



Universität Potsdam



Anne Klinnert

## Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien



Anne Klinkert  
Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien



Anne Klinnert

# Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

### **Universitätsverlag Potsdam 2015**

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel.: +49 (0)331 977 2533, Fax: -2292

E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

Webseite: <http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Die Schriftenreihe **WeltTrends Thesis**

wird herausgegeben von Prof. Dr. habil. Jochen Franzke,  
Universität Potsdam, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 19 (2015)

Anne Klinnert: Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien

Zugl.: Potsdam, Univ., Masterarbeit, 2012

Produktionsleitung: Tim Haberstroh

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2015

ISSN (print) 1866-0738

ISSN (online) 2191-1673

ISBN 978-3-86956-286-5

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URN urn:nbn:de:kobv:517-opus4-70548

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-70548>]

# Inhalt

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>6</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>2 Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik</b>	<b>13</b>
2.1 Interessen und Akteure	13
2.2 Wechselverhältnis deutscher und europäischer Außenpolitik	17
2.3 Hypothesen und Methodik	24
<b>3 Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien</b>	<b>29</b>
3.1 Phase 1: 1991 bis 2000	30
3.2 Phase 2: 2001 bis 2006	37
3.3 Phase 3: 2007 bis 2012	47
<b>4 Deutsche Zentralasienpolitik am Beispiel Kasachstans</b>	<b>59</b>
4.1 Republik Kasachstan – ein Überblick	59
4.2 Deutsch-kasachische Beziehungen	67
<b>5 Fazit</b>	<b>77</b>
<b>6 Anhang</b>	<b>83</b>
6.1 Literaturverzeichnis	83
6.2 Karte	93
6.3 Die zentralasiatischen Staaten – eine Übersicht	93
6.4 Zeittafel	95
6.5 Auszüge aus wichtigen Dokumenten	100
6.6 Statistiken	101
6.7 Liste der Interviewpartner	102

# Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ADB	Asian Development Bank
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AsDF	Asiatischer Entwicklungsfond
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BEK	Berlin Eurasischer Klub
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BOMCA	Border Management Programme in Central Asia
BK	Bundeskanzleramt
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRIC	Brasilien, Russland, Indien, China
CADAP	The Central Asia Drug Action Programme
CAREC	Central Asia Regional Economic Cooperation
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DED	Deutscher Entwicklungsdienst (heute GIZ)
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DLF	Deutschlandfunk
DM	Deutsche Mark
DKU	Deutsch-Kasachische Universität
DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband
DWK	Deutscher Wirtschaftsklub Kasachstan/Usbekistan
EAPR	Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat
EBRD	Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau
ECFR	European Council on Foreign Relations
ECO	Economic Cooperation Organisation
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EU	Europäische Union
EurasEC	Eurasian Economic Community
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
GIGA	German Institute of Global and Area Studies
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit



GTAI	Germany Trade and Invest
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (heute GIZ)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
G8	Gruppe der acht größten Industrienationen der Welt
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
IDA	International Development Association (Weltbank)
ILO	International Labour Organization
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transportation to Europe / Pipeline Management
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung (heute GIZ)
IOM	International Organisation for Migration
ISAF	International Security Assistance Force
ISE	Institut für seltene Erden und Metalle
IWF	Internationaler Währungsfond
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KAZ	Kasachstan
KGZ	Kirgisistan
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
Mio	Millionen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental Organization (dt. Nichtregierungsorganisation)
OEF	Operation Enduring Freedom
OFID	OPEC Fund for International Development
OIC	Organization of Islamic Cooperation
ÖP	Östliche Partnerschaft (Teil der ENP)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PASCH	Initiative „Schulen: Partner der Zukunft“
PKA	EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SCO	Shanghai Cooperation Organization
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPECA	Special Programme for the Economics of Central Asia (UN)
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
TACIS	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States
TJK	Tadschikistan
TRACECA	Transport Corridor Europe Caucasus Asia
TU	Technische Universität
TUR	Turkmenistan
UdSSR	Sowjetunion
UN	United Nations
UNDP	United Nations Development Programme
USA	United States of America
UZB	Usbekistan
WTO	World Trade Organization
ZfA	Zentralstelle für das Auslandsschulwesen



**Anne Klinnert, M. A.**

promoviert und lehrt an der Universität Potsdam. Von 2009 bis 2014 war sie zudem am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung tätig. Sie studierte Politikwissenschaft und Kunstgeschichte. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die deutsche Außen-, Energie- und Rohstoffpolitik, autoritäre Regime sowie politische Ikonographie.

# 1 Einleitung

Deutschland und Zentralasien liegen ungefähr 60 Längengrade auseinander (Mangold 2008: 2). Doch nicht nur die geografische Distanz, sondern auch Kultur, Geschichte und Politik lassen die fünf Länder Zentralasiens fremd und fern erscheinen. Die vielfältigen Beziehungen und die Anzahl der Aktivitäten Deutschlands vor Ort stimmen mit dieser Wahrnehmung jedoch nicht überein. Wer weiß schon, dass in Zentralasien über 200.000 Deutschstämmige leben, dass Deutschland über ein Jahrzehnt lang das einzige europäische Land war, dass Botschaften in allen fünf Ländern unterhielt oder dass es seit 1999 die Deutsch-Kasachische Universität in Almaty gibt?

Aus einer historischen Perspektive betrachtet, die lange vor der Unabhängigkeit der Länder ansetzt, ist diese Verbundenheit hingegen weniger überraschend; sie legt stattdessen eine grundsätzliche Ostorientierung Deutschlands nahe. Ulrike Guérot, Leiterin des Berliner Büros des *European Council on Foreign Relations* (ECFR), argumentiert beispielsweise, dass „wer die vergangenen 1000 und nicht die vergangenen 100 Jahre als Maßstab für das Interesse und Augenmerk deutscher Geschichte anlegt, der kann zu dem Schluss kommen, dass beides [...] seit jeher im Osten lag“ (Guérot 2012: 11). Als Beispiele führt Guérot unter anderem die Aktivitäten des Deutschen Orden im Baltikum im 12. Jahrhundert, die Herrschaft von Katharina der Großen über das russische Kaiserreich im 18. Jahrhundert, die Bedeutung Ostpreußens für die Entwicklung Deutschlands im 19. Jahrhundert sowie den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 an. Die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 hat diese Traditionslinie unterbrochen, denn „Deutschland hat immer nach Osten geschaut, man hat es nur in den vergangenen 60 Jahren vergessen“ (Guérot 2012: 11).

Wenn heute über eine Orientierung deutscher Außenpolitik auf einen erweiterten Osten über Moskau bis Peking diskutiert werde, müsse diese Zeitschiene berücksichtigt werden (Bendiek/Neyer 2010: 447). Folgt man dieser Argumentation, so müssten die zentralasiatischen Länder als Teil des *Ostens* im Fokus der deutschen Außenpolitik stehen. Ob und in welchem Maße diese Annahme zutrifft, wird in der vorliegenden Arbeit untersucht.

In einer Rede im Jahr 2008 stellte der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) bereits fest, dass zu einer modernen europäischen *Ostpolitik* unter anderem die Kooperation mit Zentralasien gehöre (Auswärtiges Amt [AA] 2008). Diese Fest-

stellung lässt sich aber nicht nur historisch herleiten, sie basiert auch auf interessengeleiteten Erwägungen. Deutschland und die Europäische Union (EU) wenden sich nämlich auch deswegen verstärkt dem *erweiterten Osten* mit Zentralasien zu, weil hier viele wichtige energetische und mineralische Rohstoffe lagern, die unter anderem für die Diversifizierung der Energiequellen von Nutzen sein können. Das Energiethema wird im Rahmen der Beziehungen zu den Ländern Zentralasiens deswegen auch besonders häufig herausgestellt, was den Eindruck entstehen lässt, als würden ausschließlich energiepolitische Interessen die europäische sowie die Außenpolitik der Mitgliedstaaten leiten. Dies zeigt sich insbesondere am Beispiel der Debatte um gesamt-europäische Energieleuchtturmprojekte wie der Nabucco-Pipeline<sup>1</sup>. Sie wird sowohl als Symbol genutzt, um sich von der als bedrohlich stilisierten Abhängigkeit von russischem Erdgas zu lösen, als auch um den Eindruck europäischer Einigkeit in der Energie- und Außenpolitik zu vermitteln (Geden 2011). Dieser Argumentation steht jedoch eine Realität gegenüber, in der Interessengegensätze innerhalb der EU dazu führen, dass die Mitgliedstaaten unterschiedliche Ziele verfolgen – gerade in sensiblen Politikbereichen wie der Außen-, Energie- und Sicherheitspolitik. So zeigt sich am Beispiel der *Nordstream*-Pipeline, die eine direkte Verbindung nach Russland schafft, dass Deutschland offensichtlich keine Angst vor einer noch stärkeren Abhängigkeit von russischem Erdgas hat. Gleichzeitig hat dieser Alleingang Protest bei anderen europäischen Ländern hervorgerufen, was auf Interessengegensätze innerhalb der EU hindeutet.

In Bezug auf die zu untersuchende Region stellen sich daher folgende Fragen: Welche nationalen Außenpolitiken werden gegenüber Zentralasien von den Mitgliedstaaten der EU verfolgt und kann daraus ein gemeinsames europäisches Vorgehen abgeleitet werden? Spielen neben den energiepolitischen noch andere Interessen eine Rolle und wie werden diese durchgesetzt?

Neben der EU und den europäischen Nationalstaaten, deren Engagement in Zentralasien als verspätet und zu passiv bezeichnet wird (Müller 2006: 7), sind auch Russland, die USA, China, die Türkei, Iran und andere aufstrebende Mächte an der Region interessiert (Erler 2007: 369). Obwohl sich die Rahmenbedingungen sowie die Interessen der Mächte grundlegend verändert haben, werden – in Anlehnung an den imperialen Wettstreit zwischen Russland und Großbritannien

1 Die Nabucco-Pipeline soll Europa unter Umgehung Russlands mit aserbajdschanischem, turkmenischem und möglicherweise auch iranischem Erdgas versorgen (Grewlich 2011: 55).

um die Kontrolle Zentralasiens im 19. Jahrhundert – die Aktivitäten der verschiedenen Weltmächte in der Region mit der Bezeichnung *New Great Game* überschrieben (Pradetto 2012: 11 ff.).<sup>2</sup> Dieser Ansatz vernachlässigt die Tatsache, dass es die (neuen) Akteure im Unterschied zum 19. Jahrhundert heute mit souveränen Staaten in Zentralasien zu tun haben, die sich der vielfältigen Interessen der Weltmächte bewusst sind und dies in Verhandlungen beispielsweise über den Zugang zu Rohstoffen oder den Betrieb von Militärstützpunkten zu ihrem Vorteil zu nutzen wissen. Aufgrund dieser günstigen Verhandlungsposition erweisen sich die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, die alle als autoritäre Regime charakterisiert werden können, als weitgehend resistent gegen externe Einflussnahmen (Urdze 2010: 68; Pradetto 2012: 23).<sup>3</sup> Umso interessanter ist es, herauszuarbeiten, wie sich eine Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens gestaltet.

Den aufgeworfenen Forschungsfragen soll am Beispiel Deutschlands nachgegangen werden. Als eines der einflussreichsten Länder und als wirtschaftlich stärkstes Land innerhalb der EU eignet es sich besonders für die Analyse. Einerseits kann anhand der Darstellung der deutschen Außenpolitik gegenüber den autoritären Ländern Zentralasiens untersucht werden, ob und inwiefern die Verfolgung von Interessen mit dem Anspruch einer wertebundenen Außenpolitik in Einklang zu bringen ist. Andererseits ist die Analyse des Wechselverhältnisses sowie der Möglichkeiten und Grenzen nationaler vor dem Hintergrund europäischer Politik gerade am Beispiel eines einflussreichen Landes innerhalb der EU besonders interessant. Dafür rückt der Begriff des Interesses als Analysekategorie ins Zentrum der Untersuchung. Zunächst werden dafür die Debatte um den Interessenbegriff in der deutschen Außenpolitik und die verschiedenen Begriffszuschreibungen (Kap. 2.1) sowie das Ineinandergreifen deutscher und europäischer Interessen im Rahmen der Außenpolitik (Kap. 2.2) dargestellt. Das methodische Vorgehen, die Untersuchungsdimensionen und verwendeten Materialien sowie die zu überprüfenden Hypothesen werden in Kapitel 2.3 vorgestellt. Daraufhin wird die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien seit der Unab-

2 Das *Great Game* des 19. Jahrhunderts rekurriert dabei vor allem auf geostrategische Interessen und machtpolitische Auseinandersetzungen um die Kontrolle Zentralasiens, dem Kernland Eurasiens, als notwendige Voraussetzung für die Weltherrschaft. Im 20. Jahrhundert wurde darauf erneut Bezug genommen. Der Geograf Halford Mackinder formulierte sie in seiner *Heartland*-Theorie 1904, der langjährige außenpolitische Berater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, 1997 in seinem Buch *The Grand Chessboard* (Brzezinski 1997; Pradetto 2012: 17 f.).

3 Zum Teil werden auch Afghanistan, die Mongolei sowie Tibet zu Zentralasien gezählt (Sadyrbek 2009: 15). In der vorliegenden Arbeit beschränkt sich diese Bezeichnung jedoch auf die fünf genannten Länder.

hängigkeit der fünf Länder 1991 beschrieben (Kap. 3). Eine Einteilung des Untersuchungszeitraums in drei Phasen gliedert die Analyse. Die dominierenden Interessen der deutschen Außenpolitik, die zentralen Akteure sowie die Mittel, mit denen sie ihre Interessen in Zentralasien durchzusetzen versuchen, bilden den Kern der Untersuchung.

Für eine vertiefende Betrachtung rückt schließlich die Republik Kasachstan als bedeutendstes Land der Region in den Fokus der Analyse (Kap. 4). Aspekte, die bereits für die gesamte Region festgestellt wurden, können an diesem Beispiel noch deutlicher herausgestellt und bekräftigt werden. Schließlich werden die zentralen Ergebnisse im Fazit diskutiert (Kap. 5).

Da die fünf Länder Zentralasiens mehr und mehr auch von der politikwissenschaftlichen Forschung wahrgenommen werden, es aber noch keine umfassende Untersuchung der deutsch-zentralasiatischen Beziehungen gibt, kann diese Arbeit ein erster Beitrag hierzu sein.

## 2 Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik

### 2.1 Interessen und Akteure

Um zu verstehen, welche Motive und Ziele die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Zentralasien leiten, müssen Interessen als Schlüsselbegriff ins Zentrum der Betrachtung rücken. Denn mit und in der Außenpolitik werden die allgemeinpolitischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziokulturellen *Interessen* gegenüber dem internationalen Umfeld wahrgenommen, so Woyke (2011: 1). Es herrscht weitgehend Konsens darüber, dass jeder Staat Interessen verfolgt und darüber hinaus gelten Interessen als „die umfassendste Beschreibung des gesamten Wertekomplexes der Außenpolitik“ (Frankel 1971, zit. n. Siedschlag 2001: 18).<sup>4</sup> Nichtsdestoweniger wird in Deutschland seit vielen Jahren eine Debatte geführt, die den Umgang mit deutschen Interessen thematisiert. Es geht dabei grundsätzlich um einen Disput zwischen denjenigen, die der Meinung sind, dass Deutschland seine Interessen deutlicher formulieren und auch verfolgen sollte, und jenen Vertretern, die überzeugt sind, dies geschehe – spätestens seit Wiedererreichung der vollen Souveränität 1990/1991 – klar und deutlich.

Die zurückhaltende Interessenformulierung und -artikulation Deutschlands nach 1945 war historisch folgerichtig und nachvollziehbar. Die Bilanz von Millionen von Toten nach zwei Weltkriegen, deren Ausbruch Deutschland maßgeblich zu verantworten hatte, führte zu einer Tabuisierung deutscher Interessen. Von extern war ein Verzicht auf Interessen durch die Vorgaben der Siegermächte gegeben, aber auch innerhalb Deutschlands zogen die „Väter“ des Grundgesetzes aus der Macht- und Expansionspolitik ihrer Vorgänger Lehren. Deutschland war, um es mit den Worten von Hans-Peter Schwarz zu sagen, nach 1945 geprägt von einer *Machtvergessenheit* nach der großen *Machtbesessenheit* der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Schwarz 1985: 105). Eine *Kultur der Zurückhaltung* beherrschte daher die

4 Der Begriff *nationale Interessen* wird in der Literatur teilweise als wenig geeignet erachtet, um Außenpolitik zu charakterisieren und zu untersuchen. Zum einen stellt er eine Tautologie dar, da alle Staaten *nationale* Interessen wie Wohlstand und Sicherheit verfolgen. Zum anderen unterstellt der Begriff, dass sich dahinter ein Kollektiv mit gemeinsamen Interessen verberge. Stattdessen aber sind Interessen je nach Individuum oder spezifischer Gruppe unterschiedlich. Es wird deswegen im Folgenden von *Eigeninteressen Deutschlands* oder *deutschen Interessen* gesprochen, die von der Mehrheit der Akteure formuliert und verfolgt werden (Pradetto 2001: 34 ff., 63; Albrecht 2001: 114). Nur in Abgrenzung zu europäischen Interessen wird in dieser Arbeit von nationalen Interessen die Rede sein.

Außenpolitik der Bundesrepublik (Hellmann 2004: 83). „So wenig das hieß, auf die Verfolgung eigener Interessen zu verzichten [...], so sehr bedeutete es, die eigenen Interessen als Bestandteil eines Interessengeflechts zu sehen, in dem durch eine Politik des Ausgleichs, der Kooperation und der Integration eine neue außenpolitische Kultur realisiert werden sollte“ (Pradetto 2001: 58 f.). Dementsprechend bildete die Westbindung durch europäische und internationale Integration das zentrale Ziel und Fundament der deutschen Außenpolitik in der Nachkriegszeit (Pradetto 2001: 47; Hacke 2001: 135).

Nach dem Ende des Kalten Krieges 1990/1991 kam es zu einer Konjunktur des Begriffs *Interesse*, da mit dem Ende der Blockkonfrontation die Möglichkeit und Notwendigkeit der Eigenpositionierung im internationalen System wieder bestand und wuchs. Aufgrund sich diversifizierender Herausforderungen, wie zum Beispiel der Entstehung neuer Staaten oder dem Ausbruch alter Konflikte, sowie neuer Koalitionsbildungen galt es, die eigenen Interessen grundlegend neu zu bestimmen. „Die Wiedereinführung des Begriffs in die deutsche Außenpolitik wird in diesem Kontext als ‚Rückkehr zur Normalität‘ interpretiert“ (Pradetto 2001: 57).

Dennoch hält die Interessendebatte in der deutschen Politikwissenschaft weiter an. Insbesondere seit den 1990er Jahren wird in regelmäßigen Abständen die außenpolitische Ausrichtung und Gestaltung der Bundesrepublik diskutiert und immer wieder taucht der oben angedeutete Grundkonflikt auf.<sup>5</sup> Die einen sehen Deutschland seit der Wiedervereinigung seines außenpolitischen Kompasses beraubt und fordern angesichts eines zu geringen Bewusstseins der eigenen Interessen – „mit dem Gestus des Tabubruchs“ (Schuster 2011: 553) – eine Neudefinition außenpolitischer Ziele und die Verfolgung deutscher Interessen (u. a. Siedschlag 2001: 24; Rusche et al. 2011; Dinger 2011: 23). Dass solche Einschätzungen zum Teil auch noch heute getroffen werden, überrascht. Denn während die Debatten in den 1990er Jahren noch die außenpolitischen Unsicherheiten einer Zeit der Transformation zum Ausdruck brachten, hat sich die *späte Nation* Deutschland heute außenpolitisch längst etabliert (Pradetto 2001: 65 f.; Rusche et al. 2011).

Die andere Seite stellt die Unsicherheit Deutschlands bei der Formulierung und Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele infrage und ist überdies bemüht, den Begriff des Interesses von seiner negati-

5 Interessante Auseinandersetzungen über die Ausrichtung deutscher Außenpolitik finden sich unter anderem in: Theiler 2001, Puglierin 2004, WeltTrends 2004, Hellmann 2006, Hacke 2006, Brand/Fochtmann/Niemann 2007, Zamirirad 2011.



ven Konnotation zu befreien. Sie fragen zum Beispiel „Sind Interessen etwas Unanständiges?“ (Wellershoff 2001: 125) und fordern ein Ende des „lahmen Mythos vom angeblichen Sonderweg deutscher Außenpolitik“ (Bunde/Oroz 2011: 26). Deutschland habe – entsprechend seiner Möglichkeiten – immer eigene Interessen verfolgt, so wie es jeder Staat tue (Hacke 2001: 139; Link 2004a: 49; Brand 2011: 34). Bereits nach 1949, so Pradetto (2001: 47), habe man in der Rhetorik (nach außen) die nationalen Interessen nicht demonstrativ in den Vordergrund gerückt, aber „alle von Adenauer bis Kohl [hätten] implizit deutsche Interessenpolitik betrieben“.

Neben diesem Grundkonflikt spielt in der Debatte auch eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung von Macht mit, denn Interessen dienen als Richtungsgeber für ein Konkurrieren um Macht. Einerseits wird der Begriff des Interesses als etwas Gefährliches verstanden und mit interessengeleiteter Politik die Angst vor einem wieder erstarkenden, großmächtigen Deutschland verbunden, dessen Vorgehen einzig auf macht- und realpolitischen Entscheidungen beruhe. Außenpolitische Entscheidungen Deutschlands, die gegen die wichtigsten Verbündeten getroffen werden, wie beispielsweise das Nein zum Irak-Krieg, werden kritisch und als eine Wiederkehr zur machtpolitischen Normalität aufgefasst (u. a. Hellmann 2004: 83 ff.). Dagegen verstehen andere den Begriff lediglich als eine Kategorie, um außenpolitisches Verhalten zu begreifen. Interessen sind dabei weder positiv noch negativ, sondern bedeuten lediglich eine Zweckgerichtetheit (Albrecht 2001: 112). In ähnlicher Weise äußert sich auch der Politikwissenschaftler Wilfried von Bredow (2004: 20 f.), wenn er darlegt, dass Machtpolitik zur Interessendurchsetzung überall auf der Welt das übliche Prinzip staatlichen Handelns sei. Er fragt sich daher, warum sich ein Akteur wie Deutschland aus dem üblichen Modus der Politik gegenüber anderen Akteuren ausklinken sollte. Auch Werner Link verweist auf die Grundmaxime der Disziplin: Macht als Mittel der Politik. Um Macht wird innerhalb des Staates konkurriert und dies gilt ebenso und „erst recht zwischen den Staaten und für ihre Außenpolitik“ (Link 2004a: 47).

Das Konzept des Interesses gilt deswegen als „Kern der Außenpolitikanalyse“ (Brand/Fochtmann/Niemann 2007: 9). Innerhalb dieses Forschungsbereiches findet auch ein Widerstreit verschiedener normativer Konzepte statt, denen jeweils unterschiedliche Vorstellungen über Bedingungen, beteiligte Akteure und Ziele der Interessenformulierung und -durchsetzung zugrunde liegen (Brand/Fochtmann/Niemann 2007: 11 f.). Dies macht eine Interessenformulierung durch politische Akteure problematisch, weshalb solche Versuche uneindeutig bleiben.

So kritisiert die Bertelsmann-Stiftung am Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands 2006, welches sechs deutsche Interessen<sup>6</sup> benennt: „Diese Liste ist ebenso umfassend wie erschöpfend. Sie sagt jedoch nicht, wann Deutschland zur Sicherung seiner Interessen aktiv werden muss, welche Ziele vorrangig sind oder wie sie erreicht werden können“ (Brand/Fochtman/Niemann 2007: 13). Die bewusste Uneindeutigkeit der Interessenformulierung beziehungsweise der Bezug auf nur allgemeine Interessen, wie Wohlstand und Sicherheit, dient dabei der Herstellung von Akzeptanz für bestimmte Instrumente und Maßnahmen zur Interessendurchsetzung in der Gesellschaft. Das Ziel der Sicherung von Wohlstand stellt einen direkteren Bezug zur Bevölkerung und ihren Bedürfnissen her als beispielsweise das der Erschließung neuer Märkte in Fernost und lässt somit auf mehr Zustimmung hoffen.

Unterschiedliche Erklärungsansätze und Definitionen von Interessen liefern die verschiedenen Theorieschulen der Internationalen Beziehungen. Auch in Bezug auf Außenpolitik wird dabei in der Literatur zumeist zwischen drei Denkschulen – der realistischen, der liberalen und der konstruktivistischen – unterschieden (Rittberger 2001; Brand/Fochtman/Niemann 2007: 18 ff.). Während sich Interessen laut dem realistischen Ansatz – verkürzt gesagt – „vor allem als ein Reflex von Staaten und insbesondere [...] der Exekutive, auf materielle Gegebenheiten des internationalen Umfeldes (Machtverteilung)“ herausbilden, stehen bei den liberalen Ansätzen individuelle und kollektive Akteure im Zentrum, die jeweils versuchen, ihre Interessen gesamtgesellschaftlich durchzusetzen (Brand/Fochtman/Niemann 2007: 18).<sup>7</sup> Dies bedeutet aber nicht, dass das internationale Umfeld keinen Einfluss auf die Interessenbestimmung dieser Akteure nimmt. Für die liberalen Ansätze zentral ist dabei die Annahme innergesellschaftlicher Interessenpluralität, weshalb auch in diesem Zusammenhang geraten wird, eher von Interessen einer Regierung als von nationalen oder Staatsinteressen zu sprechen. Durch Ergänzung und Überlappung von Partikularinteressen unterschiedlicher Akteure erhöht sich entsprechend die Durchsetzungsfähigkeit bestimmter Interessen (Brand/Fochtman/Niemann 2007: 21). Bei den kollektiven Akteuren handelt es sich sowohl um öffentliche als auch private Akteure, sodass neben Regie-

6 Ein Interesse lautet zum Beispiel: „Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren und sie vor Gefährdungen zu schützen“ (BMVg 2006: 9).

7 „Konstruktivistische Ansätze betonen dagegen die Wahrnehmungsdimension der beteiligten Akteure. [...] Interessen sind sozial konstruiert. [...] Sie formieren sich durch soziale Interaktion und sind deshalb auch veränderlich“ (Brand/Fochtman/Niemann 2007: 18 ff.).

rung, Ministerien und Verwaltungen auch Vereine, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und andere Organisationen als (außenpolitische) Akteure auftreten. Dieser Arbeit liegt das skizzierte liberale Verständnis der Interessenformulierung und -durchsetzung zugrunde, weswegen verschiedene öffentliche und private Akteure bei der folgenden Analyse der deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien berücksichtigt werden.

## 2.2 Wechselverhältnis deutscher und europäischer Außenpolitik

Da die deutsche Außenpolitik trotz Eigeninteressen nicht ohne den europäischen Kontext gedacht werden kann und die EU in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen, als einheitlicher außenpolitischer Akteur aufzutreten, verstärkt hat<sup>8</sup>, bedarf es an dieser Stelle einer Darstellung des Zusammenspiels sowie des Auseinanderreichens deutscher und europäischer Außenpolitik. Anhand der Darstellung verschiedener Positionen zum Verhältnis zwischen Deutschland und der EU soll deutlich werden, inwieweit die deutsche Außenpolitik mit der europäischen verbunden ist, aber auch, wie eigenständig sie trotz des europäischen Rahmens handeln und entscheiden kann.

Zunächst muss festgestellt werden, dass ein Großteil der deutschen und europäischen Interessen miteinander übereinstimmen und dass Deutschland, als fester Bestandteil der EU, in hohem Maße europäische Standpunkte vertritt (Pradetto 2001: 52; Schwarz 2004: 64; Jansen/Kreuzenbeck/Wilmanns 2011: 18). Deutschland und Europa, so Gareis, seien seit den Anfängen der bundesrepublikanischen Westintegration in einer „symbiotischen Beziehung“ (2006: 97) miteinander verbunden und da europäische Interessen heute im Vordergrund stünden, bliebe allenfalls zu bestimmen, wann deutsche Interessen *nicht* mit EU-Interessen übereinstimmen (Albrecht 2001: 117). Ein Grundpfeiler der deutschen EU-Politik wird deswegen im Prinzip der verflochtenen Interessen deutlich (Hacke 2001: 139 f.; Gareis 2006: 90 f.; Jansen/Kreuzenbeck/Wilmanns 2011: 19). Dieses gilt als Erbe Konrad Adenauers und meint die Berücksichtigung von Vorstellungen und Befindlichkeiten der Partnerländer bei der Interessenartikulation und -durchsetzung. Grundgedanke ist hier, dass „unsere Außenpolitik das Schicksal anderer Länder berührt wie auch deren Außenpolitik auf

8 Dies betrifft vor allem die Ernennung eines Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik 2009 sowie die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes 2010 (Algieri 2010: 61 ff.).

Deutschland rückwirkt“ (Hacke 2001: 139). Im Kern beschreibt dieses Konzept die Realität starker interdependenter Verflechtungen im europäischen und internationalen Rahmen, die kooperatives Handeln notwendig und erfolgreich machen (Keohane/Nye 2001). Wilfried von Bredow führt zum Beispiel die deutsche Exportwirtschaft als Profiteur dieses Systems an, die ohne gut funktionierende internationale Wirtschaftsbeziehungen Schaden erleiden würde (2008: 27). Auch weil sich viele Interessen nur gemeinsam im Rahmen der EU durchsetzen lassen, wie zum Beispiel die aktuellen Ziele im Rahmen der Umwelt- und Klimapolitik<sup>9</sup>, wurde Europa zum „prioritären Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik“ (Masala 2004: 55).

Bereits vor 1990 boten die europäische Integration und Westbindung die Chance, „spezifische deutsche Interessen in kollektive Politik umzumünzen und dadurch deren Realisierungschancen deutlich zu erhöhen“ (Gießmann 2004: 44). Auch August Pradetto stellt diesbezüglich fest: „Die Kontinuität der deutschen Außenpolitik in Bezug auf ‚Europa‘ erklärt sich auch aus der Kontinuität der Realisierung deutscher Interessen durch ‚Europa‘“ (Pradetto 2001: 52). Deutschland setzt also nicht nur *mit* der EU gemeinsame Ziele um, sondern auch deutsche Ziele *durch* die EU. Dies erklärt sich laut Busse damit, dass es Deutschland nur innerhalb der EU überhaupt möglich ist, Machtansprüche zu entwickeln und geltend zu machen (Busse 2004: 27). Dabei sei allerdings zu beachten, so Gareis, „dass der deutsche Spielraum dann stets am größten ist, wenn Deutschlands Anliegen und Interessen mit denen seiner Nachbarn und Partner so weit wie möglich kongruent und komplementär sind, sich zumindest jedoch nicht ausschließen“ (2006: 94).

Deutschland, das nach dem Ende des Kalten Krieges wieder ins geografische Zentrum Europas gerückt und seitdem das wirtschaftlich stärkste und bevölkerungsreichste Land der EU ist, kommt aufgrund der Interdependenz im supranationalen Staatenverbund auch eine besondere Verantwortung gegenüber den anderen EU- und seinen direkten Nachbarstaaten zu (Mey 2001: 150; Gießmann 2004: 44). So sei Deutschland für alle seine Nachbarn wichtigster außenpolitischer Fixpunkt und erziele mit seinen außenpolitischen Entscheidungen deshalb erhebliche Wirkung (Gießmann 2004: 44 f.). Die Position Deutschlands innerhalb der EU erzeugt deswegen einerseits Erwartungen an Führung und andererseits Bevormundungsängste (Gareis 2006: 93).

9 Auch Umwelt- und Klimapolitik tangieren die Außenpolitik, da die Auswirkungen des Klimawandels zunehmend als außenpolitische Sicherheitsfrage begriffen werden (AA 2012a).

Die Gefahr einer Isolation durch Entscheidungen, die gegen die Interessen anderer Mitgliedstaaten getroffen werden, sei dabei infolge der bestehenden engen Verflechtungen aber sehr viel geringer, als von manchen befürchtet (Gießmann 2004: 44 f.).

Auch wenn Deutschland eine besondere Rolle in der EU einnimmt, bedeutet dies nicht, dass die deutschen Interessen vollständig in den europäischen aufgehen. Ganz im Gegenteil. „Die einzelnen Nationalstaaten versuchen sehr wohl, nationalen Einfluß auf die Politik und auf die Gemeinschaftsinstitutionen selbst auszuüben“ (Hacke 2001: 140). In der Literatur wird zudem darauf verwiesen, dass die Definition der europäischen Interessen in den jeweiligen Hauptstädten stattfindet und die Ziele der EU sich auf Basis des Zusammenwirkens unterschiedlicher nationaler Motive und Orientierungspunkte entwickeln (Hacke 2001: 140; Jansen/Kreuzenbeck/Wilmanns 2011: 18). Dass die nationalen Interessen aller Mitgliedstaaten im Rahmen dieses Prozesses gleichermaßen Einzug finden, kann aber bezweifelt werden. Vielmehr liegt der Schluss nahe, dass vor allem die einflussreichen EU-Mitgliedstaaten, wie Deutschland und Frankreich, die zudem über gute und intensive bilaterale Beziehungen ins EU-Ausland verfügen (zum Beispiel Deutschland zu Russland), es vermögen, ihre Perspektiven und bilateralen Kooperationen in eine gemeinsame EU-Außenpolitikstrategie einfließen zu lassen und innerhalb dieser als Impulsgeber aufzutreten (Guérot 2012: 12). Die EU als Summe ihrer Mitglieder profitiert somit zum einen von den Initiativen der einflussreichen Mitgliedsländer, wird aber zugleich in ihrer Außenpolitik durch diese weitgehend determiniert. Vorteil einer unter mehreren Mitgliedstaaten abgestimmten Vorgehensweise ist aber die höhere Wahrscheinlichkeit für das Erreichen eines Konsenses. Ist dies schon auf nationaler Ebene aufgrund der Interessenpluralität mit Schwierigkeiten behaftet, so treten gerade in supranationalen Organisationen wie der EU unterschiedliche einzelstaatliche sowie interinstitutionelle Interessen zutage (Brand/Fochtmann/Niemann 2007: 10). Daher folgt nach Werner Link aus der europäischen Grundorientierung deutscher Außenpolitik die Maxime, „die erweiterte EU durch die verstärkte und strukturierte Zusammenarbeit einer Kerngruppe handlungsfähig zu machen [...]“ (2004b: 8). Doch auch in einer solchen Gruppe wird letztlich versucht, die eigenen Interessen so weit wie möglich durchzusetzen. In diesem Sinne erinnert Sven B. Gareis in Bezug auf das Konzept der verflochtenen Interessen daran, dass nationale Interessen immer als Handlungsgrundlage dienen: „So bleiben auch die Mitgliedstaaten der EU gerade in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eigenständige Akteure und versuchen auch im Bereich der vergemein-

schafteten Politik der EU ihre nationalen Sichtweisen und Interessen einzubringen“ (2006: 91). Das Zitat verdeutlicht, dass nationale Erwägungen, gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, nach wie vor die Handlungen der Akteure leiten. Der geringe Erfolg der GASP – die hinsichtlich der Bedingungen für ein gemeinsames europäisches Handeln, unter anderem aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen ihrer Mitglieder bezüglich der sicherheitspolitischen Reichweite, unkonkret und vage bleibt – dient daher häufig als Sinnbild der nicht miteinander zu vereinbarenden Einzelinteressen der Mitgliedstaaten (Algieri 2010: 118 f.).<sup>10</sup> Solange die EU keine einheitliche Strategie in der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, so der Grundgedanke, kann sie auch nicht als erfolgreicher internationaler Akteur auftreten (Algieri 2010: 113 f.). Für die Verfechter einer starken EU liegt gerade hier die Ursache ihrer Schwäche, wie Christian Hacke deutlich macht, indem er darauf verweist, dass „die wachsende Aversion gegenüber der Europäischen Union [...] nicht zuletzt auch auf die Unfähigkeit zur gemeinsam zupackenden europäischen Außenpolitik zurückzuführen“ (2001: 140) sei. Als Herausforderung und Schlüssel für das Verhältnis deutscher und europäischer Außenpolitik ergibt sich laut Hacke die Frage, welche nationalen außenpolitischen Interessen sich vergemeinschaften lassen, ohne dass Sicherheit, Wohlfahrt und Demokratie der eigenen Nation in Gefahr geraten (Hacke 2001: 140). Eine klare Bestimmung und Darlegung der Interessen Deutschlands wird deswegen als Voraussetzung für effektive europäische und internationale Politik gefordert (Hacke 2001: 140 f.; Gareis 2006: 91).

Deutsche und europäische Außenpolitik ist demnach in hohem Maße miteinander verflochten. Dabei kann eine gemeinsame EU-Außenpolitik beispielsweise von Deutschlands Stärken, wie seiner wirtschaftlichen und politischen Macht, profitieren, die dazu beiträgt, die EU als rivalisierendes Machtzentrum neben den USA oder China zu etablieren (Schwarz 2004: 64; Link 2004a: 51; Masala 2004: 55). Gleichzeitig verfügt jeder Nationalstaat neben dem europäischen über einen eigenen außenpolitischen Handlungsspielraum, innerhalb dessen er sich je nach Macht und Einfluss auch über die gemeinschaftliche Außenpolitik hinausbewegen oder sie zu seinen Gunsten beeinflussen kann. Da Deutschland bereits mehrfach eines solchen Verhaltens

10 Das Scheitern der GASP drückt sich nach Meinung Charles Grants in (1) häufig auseinanderdriftenden Positionen in zentralen Fragen, (2) der europäischen Vielstimmigkeit in internationalen Organisationen sowie (3) der militärischen Schwäche der EU aus. Dafür gebe es dreierlei Ursachen: (1) die EU-Erweiterungen, (2) die verringerte Unterstützung Deutschlands für das Integrationsprojekt und (3) eine institutionelle Dysfunktionalität (Grant 2009: 18; Algieri 2010: 171).

überführt wurde, stellt Guérot fest: „In der EU passiert nichts ohne, geschweige denn gegen Deutschland“ (2012: 16). Die Ausführungen folgender Autoren runden diese Darstellung insofern ab, als sie einen Wandel hin zu einer weniger engen Verknüpfung deutscher und europäischer Außenpolitik diagnostizieren. Dafür wird auch die innere Verfasstheit der EU betrachtet, deren Entwicklungen wiederum auf die Außenpolitik rückwirken.

Mit den EU-Erweiterungen wurde es angesichts der Heterogenität der (Interessenlagen der) Mitgliedstaaten zunehmend schwierig, gemeinschaftliche Reformen durchzusetzen und eine Vertiefung der Integration zu erreichen. Mit dieser Einsicht, so Knelangen (2005: 25), wich die deutsche Europapolitik vom Ziel eines immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker, wie es in den EU-Verträgen formuliert ist, ab und nahm eine politische Neubewertung vor. War die Bundesrepublik seit ihrer Entstehung größter Fürsprecher der europäischen Integration und bereit, für die weitere Vertiefung nationale Souveränität zugunsten der EU abzugeben sowie kurzfristige Eigeninteressen vor dem Ziel der langfristigen europäischen Einigung zurückzustellen, nahm gegen Ende der 1990er Jahre der Rekurs mit Fokus auf das nationale Interesse zu (Knelangen 2005: 25). Dieser Wandel zeigt sich sowohl in der Rhetorik als auch in konkreten Entscheidungen, wie dem Einsatz für eine Verringerung des deutschen Nettobeitrages zum EU-Haushalt oder der Durchsetzung von Übergangsfristen bei der Herstellung der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Erweiterung. „[A]ll das zeigt, dass die Unterstützung für die Integration nicht grundsätzlich abgenommen hat, aber konditionierter geworden ist“ (Knelangen 2005: 26). Die aktuelle finanzpolitische Krise der EU bestätigt die Entwicklungen der letzten Jahre insofern, als sich nun die negativen Folgen der mangelnden politischen Integration zeigen. Auch wird deutlich, wie Deutschland weiterhin versucht, seine Interessen, wie die Nichteinführung von Euro-Bonds oder die strikte Einhaltung des Fiskalpaktes, in der gesamten EU durchzusetzen. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht in der EU und die Dominanz Deutschlands werfen dabei Probleme und Verstimmungen innerhalb der EU auf. Während die von der Krise am stärksten betroffenen Länder eine Vertiefung der EU und die Einführung von Euro-Bonds fordern, beschwerten sich viele Deutsche, „*that the rest of the Union is out to squeeze them for money*“ (Grant 2009: 22).

Mit dem Nein zum Militäreinsatz in Libyen 2011 sehen einige Autoren neben der Rolle Deutschlands innerhalb der EU auch die europäische Ausrichtung der Außenpolitik der BRD in einem Wand-

lungsprozess. Ein Artikel von Ulrike Guérot aus dem Jahr 2012 zur deutschen Außenpolitik benennt beispielsweise interessante Anzeichen für einen Alleingang Deutschlands. Die Autorin stellt zuallererst fest, dass Deutschland in der *dritten Generation* angekommen sei, „für welche die traumatischen Ereignisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr die Grundlage beziehungsweise das Motiv ihres Handels sind“ (Guérot 2012: 9). In letzter Zeit verwässere Deutschland das bisher gültige außenpolitische Paradigma, europäische Integration und transatlantische Beziehungen „als zwei Seiten derselben Medaille“ zu verstehen und bringe außenpolitisch „neue Münzen [...] mit russischen und chinesischen Schriftzeichen“ in Umlauf (Guérot 2012: 10). Anzeichen für einen „außenpolitischen Kulturbruch“ seien die Enthaltung im Sicherheitsrat im März 2011 an der Seite Russlands und Chinas und die Nichtbeteiligung am Libyen-Einsatz. Guérot stellt die These auf, dass Deutschland möglicherweise andere nationale Alternativen jenseits von Europa entwickle, die sich durch einen enormen ökonomisch begründeten Machtzuwachs innerhalb der EU, eine Substitution von Außen- durch Handelspolitik sowie eine Interessenverschiebung in Richtung BRIC-Staaten<sup>11</sup> ergäben und ermöglichen (Guérot 2012: 10). So entfallen beispielsweise 45 Prozent des gesamten EU-Handels mit China auf Deutschland und, so fragt sich Guérot, wie wolle man den handelspolitischen Goliath Deutschland beschneiden und ihm verbieten, diese Beziehungen im *legitimen Eigeninteresse* auszubauen (Guérot 2012: 12). Problematisch sei aber der Verzicht auf ein normatives Konzept beziehungsweise, dass Deutschland seine wirtschaftliche Macht nicht zur politischen Konditionierung unter anderem Chinas einsetze (Guérot 2012: 12 f.). Dieser Kritik sieht sich Deutschland immer häufiger, auch in Bezug auf Zentralasien, ausgesetzt (siehe Kap. 3 und 4). Der diesbezügliche Verweis außenpolitischer Repräsentanten auf die zweigleisige Strategie Deutschlands, die auf die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen und demokratischer Strukturen gleichsam abzielt, bleibt ohne konkrete Fortschritte jedoch zahnlos (Meckel/Milbradt/Pflüger et al. 2012: 2 ff.).<sup>12</sup> Eine wertgebundene Außenpolitik im Rahmen der EU sowie die Aushandlung von Partnerschaften zwischen der EU und anderen Staaten erscheinen gegen-

11 Die Abkürzung BRIC setzt sich aus den Anfangsbuchstaben der vier aufstrebenden Wirtschaftsmächte Brasilien, Russland, Indien und China zusammen.

12 In diesem Zusammenhang verweisen einige außenpolitische Repräsentanten gern auf das Bild vom *Wandel durch Handel* und stellen fest: „Demokratie lässt sich nicht exportieren, sondern nur durch Zusammenarbeit fördern“ (Meckel/Milbradt/Pflüger et al. 2012: 2; DGAP 2012a).



über nationalen Alleingängen Deutschlands „schwierig und vor allem zeitraubend“ (Guérot 2012: 14). Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen geht noch weiter und meint, dass für Deutschland eine weitere Integration der EU und des Euroraums nicht nötig sei und man sich lediglich der Bestandssicherung widmen sollte. Deutschland sei zwar an einem stabilen Umfeld interessiert, damit Europa nicht zu viele politische Energien binde, seine eigentlichen Interessen lägen aber jenseits Europas (Guérot 2012: 13).

Während nach Guérot und Abelshausen das verstärkte bilaterale Engagement aufseiten Deutschlands einzig der Statussicherung beziehungsweise der Stärkung der deutschen Wirtschaftsmacht dient, sehen andere darin die Erweiterung rein wirtschaftlicher Partnerschaften um politische Ziele, die wiederum in den EU-Rahmen integriert werden können. Artur Ciechanowicz und Konrad Popławski vom *Centre of Eastern Studies* verweisen insbesondere auf das im Frühjahr 2012 von der Bundesregierung verabschiedete Konzept *Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen* zum Umgang mit den *neuen Gestaltungsmächten* (Ciechanowicz/Popławski 2012).<sup>13</sup> Dieses zielt auf die Institutionalisierung bisheriger Kooperationen mit Ländern, mit denen Deutschland noch nicht im Rahmen der EU, G8 oder NATO zusammenarbeitet. Obwohl dieses Konzept vor allem der Sicherung des Zugangs zu neuen Märkten gilt, eröffnet es durch das deutsche Vorweggehen im Aufbau einer umfangreichen Kooperationsstruktur auch für die EU Wege für eine weitere Zusammenarbeit (Ciechanowicz/Popławski 2012). Im Dokument heißt es: „Das Konzept der Bundesregierung integriert bewusst die Ebene der EU und schafft Synergien mit europäischen Konzepten, Strategien und Partnerschaften“ (Bundesregierung 2012a: 9).

Diese durchaus auch kritischen Aussagen, die die jüngsten außenpolitischen Entwicklungen einbeziehen, zeigen, dass es über die Rolle Deutschlands innerhalb der EU sowie über Einflussmöglichkeiten, Reichweite und gegenseitige Abhängigkeit europäischer und deutscher Außenpolitik unterschiedliche Ansichten gibt. Welche Interpretation hinsichtlich der Region Zentralasien in Bezug auf diese Arbeit zutreffend ist, soll nach der Untersuchung der Außenpolitik gegenüber dieser Region bewertet werden.

13 Zu den *neuen Gestaltungsmächten* werden vor allem China, Indien, Brasilien, Südafrika, Vietnam, Mexiko, Malaysia, Indonesien, Kolumbien, Nigeria und Angola, aber auch Kasachstan gezählt. „In this case the term ‚emerging power‘ is not used as a precise description of reality but rather as a rhetorical trick letting some countries feel they are held in esteem“ (Ciechanowicz/Popławski 2012; Bundesregierung 2012a: 43).

Was bei der Einschätzung der Außenpolitik gegenüber Zentralasien aber entscheidend sein kann, ist die Erkenntnis Hans Peter Schwarz' aus dem Jahr 1994, der bezüglich des außenpolitischen Engagements Deutschlands feststellt, dass dieses „nur in einem Punkt [...] von anderen westeuropäischen Staaten und Bündnispartnern“ (Schwarz 1994, zit. n. Pradetto 2001: 55) abweicht und zwar in Bezug auf die postkommunistischen Staaten im Osten und Südosten Europas. Deutschland, so heißt es weiter, müsse aus eigenen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen den Interessen Osteuropas mehr Gewicht beimessen als andere EU-Mitglieder und deswegen bestehe in der Stabilisierung Osteuropas ein spezifisches Interesse Deutschlands (Pradetto 2001: 55). Inwiefern und in welchen Formen ein besonderes Interesse gegenüber dem Osten Ausdruck in der Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien findet, soll im empirischen Teil der Arbeit, in den Kapiteln 3 und 4 systematisch untersucht werden. Welche Fragen diese Untersuchung leiten und welche Methoden zur Beantwortung dieser herangezogen wurden, soll im Folgenden beschrieben werden.

### 2.3 Hypothesen und Methodik

Wie bereits in den Kapiteln 2.1 und 2.2 deutlich wurde, sind *Interessen* die zentrale Kategorie, um die Außenpolitik eines Staates zu analysieren und zu verstehen. Gleichzeitig lässt dieser Begriff Raum für vieldeutige Interpretationen, wird mit positiven, neutralen oder negativen Attributen konnotiert und entsprechend dem zugrundeliegenden Politikverständnis unterschiedlich definiert. Um für die folgende Untersuchung deutscher Außenpolitik diesbezüglich Klarheit herzustellen, wurde schon in Kapitel 2.1 darauf verwiesen, dass dieser Arbeit ein auf dem Liberalismus basierendes Verständnis vom Interessenbegriff zugrunde liegt. Dieses begreift Staaten weder als einheitliche noch als die einzig außenpolitisch handelnden Akteure. Außenpolitisches Handeln ist vielmehr Ergebnis der Interessen innergesellschaftlicher Akteure, das heißt von Institutionen und Individuen auf substaatlicher Ebene. Die Interessen derjenigen Akteure werden schließlich zu Bestimmungsfaktoren der nationalen Außenpolitik, die sich im politischen Interessenvermittlungsprozess durchsetzen können (Bienen/Freund/Rittberger 1999: 3). Auf dieser theoretischen Grundlage fußend, werden unterschiedliche gesellschaftliche Akteure, unter anderem Unternehmen, Wirtschaftsverbände, NGOs, Ministerien, Parteien, politische Stiftungen, und deren Aktivitäten in die vorliegende Untersuchung zur deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien einbezogen. Da sie

sehr unterschiedliche Interessen verfolgen und es unter anderem Ziel dieser Arbeit ist, die Interessen Deutschlands gegenüber Zentralasien (als einer Summe der Interessen der einflussreichsten gesellschaftlichen Akteure) zu hierarchisieren, bedarf es der Definition verschiedener Interessendimensionen. Dabei wird vorausgesetzt, dass ein Staat mannigfaltige Interessen verfolgt. Entscheidend ist aber die Frage, für welche Interessen was für ein Umfang an Ressourcen und Personal bereitgestellt wird, also welche Interessen schließlich den größten Einfluss auf die Ausgestaltung der Außenpolitik nehmen. Die Interessendimensionen, anhand derer die Außenpolitik gegenüber Zentralasien beschrieben und bewertet werden sollen, sind (1) wirtschaftspolitische Interessen, (2) sicherheitspolitische Interessen und (3) normative Interessen. Diese Unterteilung ist aus der Literatur übernommen (u. a. Albrecht 2001; Urdze 2010), wobei hinsichtlich der dritten Dimension die Bezeichnungen variieren. Statt des Ausdrucks normative Interessen verwenden einige Autoren die Begriffe Demokratisierungsinteressen, ideologische Interessen oder Systeminteressen.<sup>14</sup> Die dritte Dimension umfasst im Folgenden außenpolitische Maßnahmen, die Staaten zu einer Annäherung und Übernahme des politischen Systems Deutschlands beziehungsweise der unterstützten Weltordnung führen; dazu gehören unter anderem die Förderung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschen- und Bürgerrechte, regelmäßiger und freier Wahlen, die Förderung von Werten, „die in einem Nationalstaat für die Weltgemeinschaft insgesamt als förderlich erachtet werden“ (Albrecht 2001: 120) sowie des Austausches auf dem Gebiet der Kultur. Sicherheitspolitische Interessen zielen zuvorderst auf Stabilität und Sicherheit ab, sowohl im eigenen Land, also für die eigene Bevölkerung und das politische System, aber auch in Bezug auf die Länder und Regionen, in denen Deutschland außenpolitisch aktiv ist. Regionale Zusammenarbeit wird dabei unter anderem als ein Mittel zur Vermeidung militärischer Auseinandersetzungen gefördert (Albrecht 2001: 120; Urdze 2010: 177). Wirtschaftspolitische Interessen schließlich umfassen „die Förderung der Volkswirtschaft durch wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten“ (Albrecht 2001: 120). Dazu gehören beispielsweise Reformen des Investitions- oder Bankenrechts, die ausländische Investitionen und die Beteiligung an Unternehmen im Ausland erleichtern. Hier wird beispielhaft auch das Wechselverhältnis der einzelnen Interessendimensionen deutlich, da auch das Wirtschaftsrecht ein Teil der Rechtsstaatlichkeit ist, die in dieser Einteilung den normativen Inte-

14 In dieser Arbeit werden die Begriffe System- und Demokratisierungsinteressen synonym verwendet.

ressen zugeordnet ist. Da es sich bei den Dimensionen um Idealtypen im weberschen Sinne handelt, sind solche Überschneidungen möglich (Weber 1992: 235). Auf diese wird gegebenenfalls hingewiesen.

Mittels einer Zuordnung zu diesen drei Interessendimensionen werde ich die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Zentralasien untersuchen und folgende Hypothesen überprüfen:

1. Es gibt eine eigenständige Zentralasienpolitik innerhalb der deutschen Außenpolitik.
2. Die Bedeutung der Region Zentralasien hat innerhalb der deutschen Außenpolitik kontinuierlich zugenommen.
3. Die deutsche Zentralasienpolitik ist Impulsgeber der europäischen.
4. Energiepolitische Interessen dominieren die Politik Deutschlands gegenüber der Region.
5. Wirtschaftliche Akteure sind im Rahmen der deutschen Zentralasienpolitik am einflussreichsten.

Zur Untersuchung der Hypothesen wird eine qualitative Analyse des Politikfeldes deutscher Außenpolitik durchgeführt, die durch quantitative Elemente ergänzt wird. Die verwendeten Methoden umfassen vor allem qualitative Analyseinstrumente wie Dokumentenanalysen von Primär- und Sekundärquellen sowie Experteninterviews. Zu den untersuchten Dokumenten zählen außenpolitische Strategien, Konzepte, Reden und Pressemitteilungen, Stellungnahmen sowie Studien, Analysen, Beiträge aus wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen. Diese werden ergänzt durch quantitative statistische Daten, beispielsweise zu Rohstoffvorkommen oder Handelsbilanzen. Die durchgeführten Experteninterviews mit Matthias Dornfeldt (MD), Dozent für Energiepolitik am *Berlin Centre for Caspian Regional Studies* der Freien Universität Berlin sowie mit den Referenten für die Region Südkaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, Markus Tschan und Gerd Benke, lieferten zusätzliche Hintergrundinformationen.<sup>15</sup> Aus letzteren beiden Interviews wird auf Wunsch des Auswärtigen Amtes nicht direkt zitiert (siehe Liste der Interviewpartner im Anhang, Kap. 6.7).

Analysiert werden die außenpolitischen Ziele, Maßnahmen und Programme Deutschlands in Bezug auf die fünf zentralasiatischen Staaten, die aufgrund historischer, politischer und geografischer Merkmale

15 Da sich die Leitfragen der halbstrukturierten Experteninterviews sehr stark an den Forschungsfragen und Hypothesen orientieren, wird auf eine Aufführung dieser im Anhang verzichtet.

derselben Region zugeordnet werden (siehe Kap. 3 und 4; Anhang, Kap. 6.3). Diese sind Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Um zu ermitteln, inwiefern die deutsche Politik gegenüber der Region mit der europäischen übereinstimmt oder sich von dieser unterscheidet, werden die Aktivitäten der EU in Ergänzung zur ausführlichen Schilderung der deutschen Politik in komprimierter Form dargestellt. Zusätzlich wird eines der fünf zentralasiatischen Länder hinsichtlich seiner Beziehungen zu Deutschland gesondert betrachtet, um Aspekte, die während der Analyse der gesamten Region ermittelt wurden (Kap. 3), stärker und am konkreten Fallbeispiel herauszuarbeiten (Kap. 4.2). Die Wahl fiel dabei auf Kasachstan, das größte und wirtschaftlich stärkste Land Zentralasiens, welches zudem der wichtigste Partner für Deutschland in der Region ist. Dieser Betrachtung geht eine politische und wirtschaftliche Einordnung des Landes voraus (Kap. 4.1). Der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Unabhängigkeit der Staaten Zentralasiens 1991 und endet im Juli 2012.

Die Intensität der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Region variiert stark und damit die Quellenlage.<sup>16</sup> Für die 1990er Jahre ist die Literatur zumeist auf den Kontext der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) beschränkt, weswegen es für diesen Zeitraum an ausführlichen Analysen Zentralasiens mangelt. Mit dem Krieg im Nachbarland Afghanistan nahm die Bedeutung der Region stetig zu, was sich auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung widerspiegelte. Die politische Aufwertung der Region im Zuge der Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie 2007 führte schließlich zur Veröffentlichung einer beträchtlichen Zahl an wissenschaftlichen Publikationen zur EU-Zentralasienpolitik.<sup>17</sup> Trotzdem sieht Mahabat Sadyrbek (2009: 12) gerade die deutsche und angloamerikanische Zentralasienforschung noch im Anfangsstadium befindlich. Eine systematische Untersuchung der deutsch-zentralasiatischen Beziehungen oder der deutschen Zentralasienpolitik gibt es bisher nicht.

16 Die Mehrheit der verwendeten Quellen ist aufgrund der Schwerpunktsetzung der Arbeit deutschsprachig. Diese werden ergänzt durch englischsprachige Publikationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten, u. a. Polen und Großbritannien, sowie durch einige amerikanische Quellen.

17 Siehe unter anderem Matveeva 2006, Warkotsch 2006, Sapper/Weichsel/Huterer 2007, Melvin 2008, Shao 2008, Dschafarow 2009, Sadyrbek 2009, Kavalski 2010 und Urdze 2010.



### 3 Die Politik Deutschlands gegenüber Zentralasien

Mit dem Ziel, die deutschen Interessen bezüglich der Region herauszuarbeiten, soll folgend die Außenpolitik Deutschlands gegenüber den zentralasiatischen Staaten seit ihrer Unabhängigkeit chronologisch nachverfolgt werden. Die vorgenommene Einteilung in drei Phasen, die sich in den Unterkapiteln widerspiegelt, ist der Literatur entnommen.

Da sich diese jedoch vordergründig auf die Außenpolitik der EU beziehungsweise auf die Bedeutung der zentralasiatischen Staaten bezieht, wurde die Phaseneinteilung im Anschluss an die empirische Analyse den Ergebnissen entsprechend angepasst (Gumpfenberg/Gumpfenberg 2005; Urdze 2010). Die Phaseneinteilung unterstellt Veränderungen in der Außenpolitik über den Zeitverlauf, sowohl hinsichtlich ihrer Intensität als auch in Bezug auf die thematischen Schwerpunkte.

Ziel ist es, in diesen Kapiteln die deutsche Zentralasienpolitik abzubilden, wobei große Energie darauf verwendet wird, gerade Widersprüche und Unterschiede zu der europäischen Zentralasienpolitik anhand des Quellenmaterials auszumachen. Anhand dieser soll unter anderem die These von der Existenz einer eigenständigen deutschen Zentralasienpolitik überprüft werden. Zu diesem Zweck und aus Gründen der Übersichtlichkeit findet sich im Anhang eine Zeittafel (siehe Kap. 6.4), die die wichtigsten Ereignisse und Maßnahmen deutscher Außenpolitik in Bezug auf die Region Zentralasien seit 1991 aufführt.

Darin aufgenommen wurden unter anderem Zentralasienreisen von Bundespräsidenten und -kanzlern, Parlamentarischen Gruppen, Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungsministern, wichtige Abkommen und Veranstaltungen sowie die Gründung von Instituten, Organisationen und Verbänden, die die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern Zentralasiens zum Ziel haben.<sup>18</sup> Die Idee dahinter ist, dass auch quantitative Veränderungen Schlussfolgerungen über die außenpolitischen Prioritäten zulassen. Somit würde zum Beispiel die Zunahme von Staatsbesuchen hochrangiger deutscher Politiker einen Bedeutungszuwachs Zentralasiens innerhalb der deutschen Außenpolitik nahelegen.

18 Die Zeittafel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

### 3.1 Phase 1: 1991 bis 2000

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte schon vor 1991 den Reformkurs Gorbatschows, denn dieser implizierte die Chance auf eine deutsche Wiedervereinigung. Die enge Zusammenarbeit setzte sich nach Erreichen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall der Sowjetunion fort. Zum einen aufgrund politischer und wirtschaftlicher Erwägungen, zum anderen mit dem Ziel gesamteuropäischer Stabilität (Reichel 1994: 157 ff.). Nach dem Ende des Kalten Krieges nahm die Anzahl der Akteure jedoch zu. Deutschland hatte es nun mit einem Dutzend neuer, unabhängiger Staaten zu tun, die sich im Dezember 1991 zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammenschlossen. Zu diesem Verbund der Nachfolgestaaten der Sowjetunion gehörten auch die fünf zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Da sowohl über die Ziele als auch die Handlungsfähigkeit der GUS Unklarheit bestand, konzentrierten sich die westlichen Staaten und somit auch Deutschland ab 1992 auf den Aufbau bilateraler Beziehungen. Bis März 1992 erkannte Deutschland alle GUS-Staaten völkerrechtlich an und nahm diplomatische Beziehungen mit ihnen auf (Bos 2007: 456). Deutschland eröffnete als einziges europäisches Land frühzeitig Botschaften in allen fünf Ländern, was zu einer besonderen Rolle Deutschlands in der Wahrnehmung der zentralasiatischen Länder führte.<sup>19</sup> Deutschlands Schlüsselposition in der Region resultiert bis heute vor allem aus seinem Wirtschaftspotenzial und der damit verbundenen Hoffnung der zentralasiatischen Staaten auf Investitionen und finanzielle Unterstützung (Bos 2007: 455 ff.). Da die BRD und die DDR bereits vor 1991 die größten Außenwirtschaftspartner der GUS-Staaten waren – zum einen unter den westlichen Ländern, zum anderen innerhalb des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – bestand auf beiden Seiten die Hoffnung, die wirtschaftliche Zusammenarbeit „auf möglichst hohem Niveau fortzuführen“ (Reichel 1994: 159). Bereits vorhandene Kontakte und Sprachkenntnisse begünstigten vor allem für ostdeutsche Unternehmen die Neuorganisation der Wirtschaftsbeziehungen (MD; Reichel 1994: 162). Außerdem verfügt Deutschland durch die Wiedervereinigung über für die zentralasiatischen Länder nützliche Erfahrungen bei der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft (Körper-Stiftung 1998: 12). Ein

19 Bis zum September 2001 blieb Deutschland das einzige europäische Land mit Botschaften in allen fünf Ländern (Bos 2007: 459).



besonderes Interesse Deutschlands galt den Rohstoffvorkommen in der Region und dabei zunächst den Erdöl- und Erdgaslagerstätten, die sich in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan befinden (konkrete Angaben zum Anteil der zentralasiatischen Reserven an den weltweiten Vorkommen, siehe Tabelle 1 im Anhang, Kap. 6.6). Im Vergleich zu heute ging man 1991 noch von weit größeren Reserven aus, ungefähr in der Größe der Vorkommen Kuwaits oder des Irak. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt; die Erdölreserven Kasachstans betragen 2007 3,22 Prozent der weltweit gesicherten Vorkommen. Obwohl dieser Wert gering erscheinen mag, verfügt Kasachstan damit ungefähr über viermal so große Reserven wie Norwegen, das ein Erdöllieferant Deutschlands ist (Urdze 2010: 188 f.). Aus diesem Grund waren bereits zu Sowjetzeiten verschiedene europäische Energiekonzerne an den zentralasiatischen Reserven interessiert, so auch die deutschen Energiekonzerne RWE und E.ON-Ruhrgas.<sup>20</sup> Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Deutschland bereits 1991 starke wirtschaftspolitische Interessen an der Region hatte und nicht erst „ab der um die Jahrhundertwende angestiegenen zusätzlichen Aufmerksamkeit für diese Region“ (Urdze 2010: 197). So bekennt auch Gernot Erler (1999: 3), Mitglied des Deutschen Bundestages (MdB) und 2007 federführend an der Konzeption der EU-Zentralasienstrategie beteiligt, dass Deutschlands Fokus auf klassischen Wirtschaftsinteressen liege. Auch Stimmen, die ein energiepolitisches Interesse der EU und Deutschlands erst ungefähr seit dem Jahr 2005 feststellen wollen, können damit in Zweifel gezogen werden (Gumpfenberg 2002; Müller 2006; Leinen 2009). Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bestätigte zudem: „*Germany has considerable economic and, though to a less instant, energy policy interests in the region*“ (Schmunk 1999: 74). Diese Annahmen wurden auch von den Interviewpartnern bestätigt, die bereits seit 1991 ein Interesse Deutschlands an der Region sehen (MD).

Die zentralasiatischen Staaten verfügen neben Erdöl- und Erdgasreserven zudem über ein erhebliches Potenzial an mineralischen Rohstoffen wie Kupfer, Chrom oder Antimon, die für die deutsche Industrie von Interesse sind. So importierte Deutschland bereits im Jahre 1996 23,5 Prozent des deutschen Gesamtimportes an Chrom

20 RWE/DEA war an der Projektierung der Erdöllagerstätte Akshabulak und die Preussag Energie an der Erschließung zweier Felder im Nordwesten Kasachstans in den 1990er Jahren beteiligt (BGR 1998: XV). Eine Beteiligung am Betrieb der Erdöllagerstätten blieb allerdings aus, obwohl Kasachstan 1996 mitteilte, dass es „eine Aktivität der deutschen Wirtschaft auf dem kasachischen Erdölmarkt begrüßen würde“ (Laumulin 1999: 24).

aus Kasachstan, 12 Prozent an Wolfram aus Usbekistan und 8,7 Prozent an Antimon aus Kirgisistan (BGR 1998: XIV). Um dieses Potenzial noch weiter ausschöpfen zu können und die hohen Infrastrukturkosten zu senken, wurde mit deutscher Hilfe in den 1990er Jahren begonnen, die Bergbau- und Rohstoffwirtschaft an marktwirtschaftliche Standards anzupassen (BGR 1998: XV). Während das deutsche Engagement im Erdölsektor in den 1990er Jahren als eher mäßig zu bezeichnen ist, konzentrierten sich die wirtschaftlichen Aktivitäten auf Projekte im Bergbau-, Infrastruktur-, Elektrizitäts-, Telekommunikations-, Verkehrs-, Transport- und Agraringenieurssektor (Erlor 1999: 3; Erlor/Müller 1999: 94). Zu den bereits in den 1990er Jahren in Zentralasien tätigen deutschen Unternehmen der Energie- und Rohstoffwirtschaft zählen zum Beispiel Siemens, RWE/DEA AG, Preussag Energie GmbH, Mannesmann, AEG, MAN TAKRAF, WEMEX, Uranerzbergbau GmbH, Fuchs Systemtechnik und Thyssen (BGR 1998: 93 ff.). Die weit größte Aufmerksamkeit kam dabei insgesamt Kasachstan zu, dem größten der fünf Länder. Die deutsch-kasachischen Beziehungen werden in Kapitel 4.2 ausführlicher diskutiert.

Der damalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP) formulierte 1994 die Ziele deutscher Außenpolitik gegenüber den GUS-Staaten, zu denen unter anderem die Unterstützung politischer und ökonomischer Reformen, die Integration der Staaten in internationale Institutionen, die Lösung von Regional- und Nationalitätenkonflikten, das Ziel, sich auf den vielversprechenden Märkten der Region zu etablieren, sowie der Ausbau der Beziehungen auf dem Gebiet der Kultur- und Medienpolitik gehörten (Bos 2007: 456 f.).

Vor allem hinsichtlich der letztgenannten Ziele wurden zügig Fortschritte erreicht. Dies belegen die in den zentralasiatischen Staaten gegründeten und eröffneten Vertretungen deutscher Institutionen und Organisationen sowie die bereits beschriebenen Wirtschaftsbeziehungen (siehe Zeittafel im Anhang, Kap. 6.4). Im kulturellen Bereich kam es zur Eröffnung von Vertretungen des Goethe-Instituts ab dem Jahr 1993 sowie zur Unterzeichnung eines bilateralen Kulturabkommens zwischen Deutschland und Kasachstan 1994. Darüber hinaus wurde der GUS-Raum zum regionalen Schwerpunkt der Auswärtigen Kulturpolitik, in deren Zusammenhang sich Deutschland beispielsweise im Herbst 1996 im Rahmen der deutschen Kulturwochen in allen zentralasiatischen Staaten präsentierte (AA 1998: 46).

Auf wirtschaftlicher Ebene wurden 1995 in Kasachstan und 1999 in Usbekistan der Deutsche Wirtschaftsklub (DWK) gegründet, ein

Kooperationsrat für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Kasachstan vereinbart, Delegiertenbüros des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aufgebaut und der bereits 1952 gegründete Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft bezog die jungen GUS-Staaten in seine Aktivitäten ein (Reichel 1994: 159 f.). Diese Vertretungen dienen deutschen Investoren als Anlaufstellen, sie liefern hilfreiche Informationen über die Länder und erleichtern die Aufnahme von Geschäftskontakten. Die Bundesregierung unterstützte darüber hinaus den Export in die zentralasiatischen Länder mit Hermes-Bürgschaften<sup>21</sup> und institutionalisierte die Wirtschaftsbeziehungen mit ihnen. Mit Kasachstan geschah dies bereits 1992 in einer Reihe von Verträgen, zum Beispiel durch ein Investitionsschutzabkommen (AA 1993: 59; Reichel 1994: 160 ff.; siehe Zeittafel Kap. 6.4).

Für die Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den zentralasiatischen Ländern stellte Deutschland ferner bilaterale Entwicklungshilfe zur Verfügung, die sich für die Region im Zeitraum von 1992 bis 1998 insgesamt auf 609 Millionen DM belief (AA 1998: 46) beziehungsweise auf 453 Millionen Euro im Zeitraum von 1992 bis 2001 (Gumpfenberg 2002: 21). Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan erhielten 1998 den Status als *Partnerländer* der Entwicklungszusammenarbeit (EZ); dieser sieht die besondere Förderung in einem bestimmten Bereich vor. Wenig überraschend handelt es sich für diese Länder um den Bereich „Wirtschaftsförderung und Aufbau der Marktwirtschaft“ (Gumpfenberg 2002: 20).<sup>22</sup> Tadschikistan erhielt erst 2002 den Status eines Partnerlandes und hatte bis dahin vor allem Nahrungsmittelhilfen von Deutschland empfangen. „Mit Turkmenistan wurde die begonnene Kooperation wegen der als unzureichend eingestuften politischen Rahmenbedingungen beendet“ (Bos 2007: 459).

Bezüglich des Ziels der Integration der Staaten Zentralasiens in internationale Institutionen unterstützte Deutschland unter anderem den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank. Zudem wurde im Juli 1992 auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München auf deutsche Empfehlung hin die Einrichtung von

21 Hermes-Bürgschaften sind Exportkreditgarantien des Bundes, die vor allem politisch verursachte Risiken decken (Wirtschaftslexikon 2012a).

22 An dieser Stelle sei auf Franz Nuscheler verwiesen, der ein Kapitel seines „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“ 1996 mit dem Titel „Entwicklungspolitik ist Interessenpolitik“ versehen hat. Hier heißt es: „Als Teil der internationalen Politik und als wichtigstes Instrument der Nord-Süd-Politik ist [die Entwicklungspolitik] untrennbar in außen- und sicherheitspolitische sowie außenwirtschaftliche Interessen eingebunden“ (Nuscheler 1996: 360).

Konsultativgruppen beschlossen, die die wirtschaftliche Umstrukturierung der zentralasiatischen Staaten unter Führung der Weltbank finanziell unterstützen sollten (Reichel 1994: 163). Außerdem hat Deutschland „nachhaltig darauf hingewirkt, daß die Europäische Union mit diesen Ländern Vertragsbeziehungen aufnimmt und ihnen präferentiellen Zugang zu unserem gemeinsamen Binnenmarkt gewährt“, so Hans-Friedrich von Ploetz (parteilos), damaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt (Körber-Stiftung 1998: 10). Grundsätzlich verstand sich Deutschland von Beginn der 1990er Jahre an als „Mittler und Anwalt der Marktöffnungsbegehren“ in den neuen GUS-Ländern, denen andere EU-Mitglieder im Zuge der Verhandlungen über EU-Partnerschafts- und Kooperationsabkommen jedoch mit wenig Verständnis begegneten (Reichel 1994: 164).<sup>23</sup> Da Deutschland als einziges europäisches Land in allen fünf zentralasiatischen Ländern zur damaligen Zeit über Botschaften verfügte, vertrat es über die eigenen Interessen hinaus auch die der Europäischen Union und der NATO vor Ort (Gumpfenberg 2002: 16).

Neben dem wirtschaftlichen Interesse wird in der Literatur vor allem auf die große Zahl der in den zentralasiatischen Ländern lebenden Deutschen als Grund für die Aktivität der Bundesrepublik in den 1990er Jahren in der Region hingewiesen. Die Zentralasienreisen von Bundespräsident Roman Herzog (CDU) und Bundesaußenminister Kinkel nach Kasachstan und Kirgisistan im Jahr 1995 thematisierten diesen Umstand (AA 1995: 58). Die Bemühungen, die Lebensbedingungen der deutschen Minderheit in Zentralasien zu verbessern, sind der Dimension des sicherheitspolitischen Interesses zuzuordnen. Dieses verlor bis zum Ende der 1990er Jahre allerdings an Bedeutung, weil ein Großteil der Deutschen die Länder inzwischen bereits verlassen hatte (Gumpel 1994: 153; Bos 2007: 459).<sup>24</sup> Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte nach seiner Zentralasienreise im Juni 2001, dass es zwar ein sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands bezüglich der Region gebe, dieses aber „in den Gesamt-Kontext der EU sowie der OSZE eingebettet sein müsse“ (Urdze 2010: 179). Nur wenige Monate später sollten sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend ändern. Trotz des grundsätzlich vorhandenen deutschen Interesses, zur Stabilisierung der Region

23 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit der EU traten für Kasachstan, Usbekistan und Kirgisistan 1999 und für Tadschikistan erst 2010 in Kraft (Urdze 2010: 193, 201). Erfolg und Bedeutung der PKAs mit den zentralasiatischen Staaten werden im Vergleich zu denen mit Russland und der Ukraine als gering eingeschätzt (Sadyrbek 2009: 43).

24 „Im Jahr 1989 lebten in Kasachstan noch etwa 950.000 Deutsche, in Kirgisistan etwa 100.000 und in Tadjikistan etwa 14.000“ (Bos 2007: 459).

beizutragen, beschäftigten Deutschland in den 1990er Jahren vor allem die Jugoslawienkriege und deren Lösung (Bar 2009: 36).

Konkrete Demokratisierungsinteressen Deutschlands für die 1990er Jahre lassen sich hinsichtlich der Region Zentralasien nicht ermitteln (Urdze 2010: 159). Einzig die Eröffnung von Vertretungen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die Konstituierung einer Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe 1995 sind im Sinne der Demokratieförderung zu begreifen (Deutscher Bundestag 2012a). Letztere hat den Informations- und Meinungs austausch mit Parlamentariern der zentralasiatischen Staaten, die Förderung parlamentarisch-demokratischer Strukturen, die Stärkung der Menschenrechte und die parlamentarische Flankierung der Außenpolitik zum Ziel. Dafür empfängt und besucht die Parlamentariergruppe regelmäßig Vertreter zentralasiatischer Parlamente.

Das Engagement der EU zwischen 1991 und 2000 in Zentralasien soll zur Kontrastierung im Folgenden knapp erläutert werden. Obwohl bereits 1991 das *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States* (TACIS)-Programm von der EU verabschiedet wurde, das technische Unterstützung für ökonomische Reformen in den GUS-Staaten bereitstellt, lässt sich kein spezieller Fokus auf die zentralasiatischen Länder feststellen (Urdze 2010: 98 ff.). Dementsprechend stellt Sigit Urdze (2010: 183 ff.) für die Jahre 1991 bis 1993 ein nicht vorhandenes wirtschaftspolitisches Interesse der EU an der Region fest. Mit der Initiierung des *Transport Corridor Europe Caucasus Asia* (TRACECA) 1993 und des *Interstate Oil and Gas Pipeline Management* (INOGATE) Programms 1994 ändert sich dies allerdings. Beide Programme zielen explizit auf die Verbesserung der Transportmöglichkeiten von Erdöl und Erdgas aus Osteuropa und dem GUS-Raum (ohne Russland) nach Europa und stoßen damit eine von wirtschafts- und speziell energiepolitischen Interessen geleitete EU-Politik gegenüber der Region – speziell gegenüber Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan – an. Diese Interessen bestehen bis heute (Urdze 2010: 191). Auch in den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und den zentralasiatischen Ländern nimmt die wirtschaftliche Dimension, deren genaue Regelung über die Hälfte der Abkommen ausmachen, eine herausragende Rolle ein (Warkotsch 2006: 147; Sadyrbek 2009: 43).

Nach Urdze (2010: 177 ff.) bestand zwischen 1991 und 2000 – gerade im Vergleich zu den USA und Russland – seitens der EU nur ein geringes, aber leicht ansteigendes sicherheitspolitisches Interesse gegenüber Zentralasien. Ziel der EU in den 1990er Jahren war es, die Stabilität der Region zu wahren, welche durch die Auseinandersetzungen

in Afghanistan zwischen Taliban und Zentralregierung sowie den 1991 ausgebrochenen Bürgerkrieg in Tadschikistan in Gefahr geraten war. Zudem stand das Thema der nuklearen Sicherheit und Abrüstung auf der Agenda, da Kasachstan nach dem Zusammenbruch der UdSSR Ansprüche auf Atomwaffen der Sowjets erhob, die auf ihrem Territorium lagerten (Urdze 2010: 177 f.).

Obwohl die EU im Rahmen der TACIS-Verordnung sowie in den Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan auf die Stärkung und Achtung der Demokratie sowie die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschenrechte Bezug nahm, lassen sich bis auf deren Thematisierung in politischen Dialogen gemäß dem Demokratie-Mainstreaming<sup>25</sup> keine konkreten Maßnahmen oder Aktivitäten ausmachen (Urdze 2010: 158). Es lässt sich daher feststellen, dass die EU durchaus Demokratisierungsinteressen gegenüber der Region in den 1990er Jahren äußerte, sie diese aber nicht nachdrücklich verfolgte.

Die ersten zehn Jahre in den Beziehungen zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Ländern sind somit vor allem durch eine Bilateralisierung, Neuorganisation und Institutionalisierung bereits bestehender Wirtschaftsbeziehungen geprägt. Sicherheitspolitische oder normative Interessen<sup>26</sup> spielten eine untergeordnete bis keine Rolle. Unter den europäischen Staaten war Deutschland „der insgesamt aktivste Staat in der Region“ (Urdze 2010: 179, 278 f.) und „[v]iele zentralasiatische Staaten sahen in der Bundesrepublik einen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Partner sowie einen Anwalt ihrer Interessen bei der Europäischen Union“ (Gumpfenberg 2002: 16). Die viel zitierte Auffassung, dass Deutschland erst seit dem 11. September 2001 oder noch später größeres Interesse an Zentralasien entwickelte (u. a. Dschafarow 2009: 66), ist nicht zutreffend.

Sicherheitspolitische und normative Interessen der EU und Deutschlands stimmen in den 1990er Jahren weitgehend überein und sind von nur geringer Bedeutung. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Interessen unterscheiden sich beide aber in Bezug auf Schwerpunkte und Instrumente.

25 Das sogenannte democracy mainstreaming umfasst die EU-Anforderungen für die bi- und multilateralen Außenbeziehungen und bestimmt die Wahl der Instrumente im Umgang mit Staaten. Es umfasst die Werte Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und good governance (Jünnemann/Knodt 2006: 113).

26 Da die außenpolitischen Bemühungen um Russland Priorität hatten, wurden ihre Interessen in und an den anderen GUS-Staaten von der deutschen Politik berücksichtigt. „Dies führte etwa im Hinblick auf die Haltung der Bundesrepublik zu den autoritären Entwicklungen in diesem Gebiet zu eher zurückhaltenden Reaktionen“ (Bos 2007: 456).

### 3.2 Phase 2: 2001 bis 2006

Die außenpolitischen Bemühungen gegenüber Zentralasien veränderten sich mit den Ereignissen vom 11. September 2001 (9/11) nicht nur auf Seiten Deutschlands. Tatsächlich begann für die fünf zentralasiatischen Staaten mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York, dem darauf folgenden Krieg in Afghanistan sowie dem *Krieg gegen den Terror* eine neue Zeitrechnung (Sadyrbek 2009: 29; Urdze 2010: 179 f.).<sup>27</sup> Obwohl, wie in Kapitel 3.1 deutlich geworden ist, auch vor dem Jahr 2001 vor allem wirtschaftliche Interessen gegenüber der Region bestanden, erfuhren die Länder durch ihre enorm gestiegene sicherheitspolitische Bedeutung eine erhebliche Aufwertung. Usbekistan stellte sich umgehend auf die Seite der USA und so wurden von seinem Territorium aus im Oktober 2001 die ersten Luftangriffe auf Afghanistan geflogen (Bos 2007: 460). Durch die unmittelbare Nachbarschaft zu Afghanistan wurden neben Usbekistan auch Turkmenistan<sup>28</sup> und Tadschikistan mit dem Ziel der Unterstützung der US-Operation unter anderem mit umfangreichen Wirtschaftshilfen umworben (siehe Karte im Anhang, Kap. 6.2; Sadyrbek 2009: 29; Urdze 2010: 180). Schließlich „erklärten vier Staaten gegen russische Einwände ihre Kooperationsbereitschaft“ (Worokatsch 2006: 98), woraufhin die USA in Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan Militärbasen errichteten (Sadyrbek 2009: 29).

Der Deutsche Bundestag stimmte im November 2001 für die Beteiligung an der *Operation Enduring Freedom* (OEF), die die Entsendung von bis zu 100 deutschen Soldaten nach Afghanistan umfasste. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte die Abstimmung über diesen Bundeswehreininsatz mit der Vertrauensfrage verbunden. Wenige Wochen später wurde durch den Deutschen Bundestag die Beteiligung an einem zweiten Afghanistan-Einsatz, der *International Security Assistance Force* (ISAF), mit bis zu 1.200 Soldaten gebilligt (Krause 2001: 17).<sup>29</sup> Die deutsche Bundeswehr nutzt seit 2002 im Rahmen der ISAF den Militärflughafen Termez im Süden Usbekistans als Lufttransportstützpunkt. 2002 waren ungefähr 150 Soldaten, 2005 circa 300 und

27 Die massive Unterstützung und Beachtung seitens der westlichen Mächte gegenüber Zentralasien seit dem 11. September 2001 wurde in der Literatur als sogenannte „zweite Chance“ für die Länder nach der Unabhängigkeit (erste Chance) bezeichnet. Zu verweisen ist insbesondere auf das Buch „Central Asia's Second Chance“ von Martha Brill Olcott (Brill Olcott 2005; Sadyrbek 2009: 30).

28 Turkmenistan entzog sich den Interessen, indem es nachdrücklich auf seiner Neutralität bestand (Urdze 2010: 180).

29 „Im Laufe der folgenden Jahre stimmte das Parlament immer wieder schrittweise Ausweitungen der Bundeswehreinsätze in Afghanistan zu, bis hin zu einer Kontingentobergrenze von 5.350 Soldaten im Februar 2010“ (Krause 2011: 17).

2010 rund 100 Soldaten in Termez stationiert, die von dort die deutschen Truppen in Afghanistan mit Nachschub versorgten (Gumpfenberg 2002: 17; Bos 2007: 460; Urdze 2010: 181).

Mit der Beteiligung von Bundeswehrsoldaten am Afghanistankrieg stiegen die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands im Vergleich zur ersten Phase enorm. Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) versuchte die Notwendigkeit der Beteiligung, die die deutsche Bevölkerung als bündnisbedingte Unterstützung des sicherheitspolitischen Partners USA begriff, zu rechtfertigen, indem er im März 2004 konstatierte: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“ (Krumm 2007: 10). Sicherheit bezieht sich dabei nicht nur auf den Krieg in Afghanistan, sondern auch auf die erweiterten sicherheitspolitischen Gefahren, die von der Region ausgehen. Dazu gehören der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, die Auswirkungen des ökonomischen Niedergangs der Region auf Europa und die Entstehung radikal islamischer Bewegungen, die die Stabilität gefährden (Urdze 2010: 179 f.).

Trotz der Bedeutungszunahme Zentralasiens als direkter Nachbarregion Afghanistans und der Beteiligung am Afghanistaneinsatz erarbeiteten weder die Bundeswehr für Deutschland noch die EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine ausdrücklich sicherheitspolitische Strategie bezüglich der Region Zentralasien (Urdze 2010: 180). Beide Akteure veröffentlichten hingegen Konzepte, die die grundsätzlichen Ziele gegenüber der Region thematisieren, wobei die militärische Dimension weitgehend unberücksichtigt blieb.

Deutschland konkretisierte seine Politik in Zentralasienkonzepten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2001, 2005) und der Bundesregierung (2002). Die Stabilisierung der zentralasiatischen Länder wurde damit zu einem zentralen Ziel deutscher Außenpolitik aufgewertet (Bos 2007: 461). Das Zentralasienkonzept des BMZ von 2001 bildete die wesentliche Grundlage für das der Bundesregierung ein Jahr später. In diesem Konzept heißt es, dass die Bemühungen zur dauerhaften Stabilisierung der Region unvermindert fortgesetzt würden, es jedoch einer Neuausrichtung der politischen Prioritäten Deutschlands in Bezug auf Zentralasien bedürfe (Bundesregierung 2002; Gumpfenberg 2002: 17; Krumm 2007: 9). Im Vergleich zum Zielkatalog von 1994 (siehe Kap. 3.1) zählen nun auch Terrorbekämpfung, Armutsminderung und die Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu den Zielen deutscher Außenpolitik in Zentralasien (Krumm 2007: 10). Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, die in der ersten Phase eindeutig die außenpolitischen



Aktivitäten dominierten, werden bis auf das Ziel der Förderung einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsentwicklung kaum thematisiert. Auch die neue militärische Dimension findet keine Erwähnung (Gumpfenberg 2002: 17). Da alle Ziele sehr allgemein und schlagwortartig aufgezählt werden, entsteht der Eindruck, dass dieses Konzept in Reaktion auf die aktuellen Ereignisse eilig zusammengeschrieben worden ist, um vor allem die Bereitschaft zu großem Engagement in Zentralasien (als Belohnung für deren Kooperation) zu bekennen, wie es auch die anderen westliche Mächte taten (Rumer 2007: 306; Urdze 2010). Eine fundierte Strategie, die auf den tatsächlichen Errungenschaften und Stärken in den Beziehungen zwischen Deutschland und Zentralasien verweist, ist nicht zu erkennen.

Zudem fällt auf, dass auf die Formulierung deutscher Interessen in den Konzepten verzichtet wird. Hatte man 1994 noch das Ziel formuliert, sich auf den vielversprechenden Märkten der Region zu etablieren, ist in den Jahren 2001 bis 2006 nicht ein einziger Verweis – vielleicht nur der von Peter Struck bezüglich „unserer Sicherheit“ – zu finden, der explizit auf deutsche Eigeneinteressen verweist. Der Einsatz deutscher Soldaten und das verstärkte entwicklungspolitische Engagement in Zentralasien (siehe unten) wirken in der allgemeinen Rhetorik wie reiner Altruismus. Da es eine altruistische Außen- und Sicherheitspolitik jedoch nicht gibt, muss davon ausgegangen werden, dass Deutschland seine wirtschaftspolitischen Interessen auch in der zweiten Phase weiter verfolgt hat. Und so ist es (siehe unten).

Obwohl die Problemdefinition im *Zentralasienkonzept des BMZ* aus dem Jahre 2005 im Vergleich zu dem der Bundesregierung weiter geht, bleibt die ökonomische Dimension auch hier weitgehend unberücksichtigt. Im Vergleich zur Bundesregierung thematisiert das BMZ aber gerade die militärstrategische Aufwertung der zentralasiatischen Staaten infolge von 9/11 und begreift diese als Ursache für die Zunahme autoritärer Tendenzen. Diese politischen Rahmenbedingungen, die laut BMZ zu einer Monopolisierung politischer Macht und ökonomischer Ressourcen führen, werden als Problem festgestellt; eine Bezugnahme darauf, was sie für die Beziehungen zu Deutschland bedeuten, bleibt aber aus (BMZ 2005). Implizit könnte die Zunahme autoritärer Tendenzen nämlich als Hemmnis für die Fortführung und Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Zentralasien begriffen werden, doch auch hier wird trotz vermehrter Bezugnahmen auf notwendige Wirtschaftsreformen jeglicher Bezug zu deutschen (Wirtschafts-)Interessen vermieden. Grundsätzlich werden die Motive Deutschlands für ein stärkeres Enga-

gement in der Region nicht deutlich, da unklar bleibt, was ein Mehr an Stabilität und Sicherheit in Zentralasien für Deutschland bedeuten würde. Das Zentralasienkonzept des BMZ von 2005 benennt die Armutsreduktion „als überwölbendes Ziel und als Querschnittsaufgabe“ (BMZ 2005), dem bzw. der oberste Priorität zukommen soll. Die Maßnahmen konzentrieren sich dabei auf drei Felder: (1) die Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, Rechtsstaatlichkeit und zivilem Wettbewerb, (2) die Unterstützung sozial- und umweltverträglicher Wirtschaftsreformen und (3) die Sicherung sozialer Grunddienste (BMZ 2005). Dafür werden die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für Zentralasien im Vergleich zu den Vorjahren weiter aufgestockt.<sup>30</sup> Betrugen die Neuzusagen der Entwicklungshilfe 1998 für das Folgejahr noch 100 Millionen DM, beliefen sie sich im Dezember 2001 auf 150 Millionen Euro für die Jahre 2002 bis 2004 mit steigender Tendenz (BMZ 2005). Deutschland wird damit innerhalb der Europäischen Union zum größten bilateralen Geber in Zentralasien (Shao 2008: 8).<sup>31</sup> Dies wird auch durch die Niederlassungen der verschiedenen deutschen Organisationen vor Ort deutlich, zu denen unter anderem die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ, heute GIZ), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED, heute GIZ), die Welthungerhilfe und die bereits erwähnten Vertretungen des Goethe-Instituts, der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sowie der FES zählen. „Ein ähnliches Netzwerk in allen Ländern der Region kann kein anderes Land vorweisen“ (Krumm 2007: 10 f.). Die EZ-Mittel unterstützen dabei faktisch die Realisierung aller drei Interessendimensionen: Durch die Hilfe bei der Durchführung von Rechts- und Justizreformen werden sowohl normative Interessen im Sinne der Demokratieförderung als auch Wirtschaftsinteressen gefördert, denn der Schutz durch zuverlässige Rechtssysteme begünstigt den Abschluss von Verträgen zwischen Unternehmen. Durch eine

30 Das Konzept des BMZ sieht insbesondere eine Intensivierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Usbekistan, Kirgisistan, Kasachstan und Tadschikistan, nicht jedoch mit Turkmenistan, vor. Bis 2004 stellte das BMZ insgesamt 604 Mio. Euro für wirtschaftliche und Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien zur Verfügung, dabei entfielen 223 Mio. Euro auf Usbekistan, 162 Mio. Euro auf Kirgisistan, 111 Mio. Euro auf Kasachstan, 84 Mio. Euro auf Tadschikistan, 21 Mio. Euro auf überregionale Projekte und 3 Mio. Euro auf Turkmenistan (Bos 2007: 460).

31 Nach einem Relevanzverlust der Entwicklungspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges stellten einige Autoren, darunter der Politikwissenschaftler Franz Nuscheler, eine erneute Aufwertung infolge der Ereignisse vom 11. September 2001 fest. Wiederum sei hier verwiesen auf das Verständnis von Entwicklungs- als Interessenpolitik, welche in „Hochzeiten“ einen „stark instrumentell eingefärbten Charakter“ haben kann (Brand 2007: 46).

politische und wirtschaftliche Transformation der Länder kann die Stabilität der Region verbessert und damit die Sicherheit erhöht werden (Lapins 2007: 22; Mangold 2007: 556 f.).

Entgegen der Tatsache, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Zentralasien in den Konzepten der Bundesregierung und des BMZ (siehe oben) weitgehend ausgespart bleiben, belegen Statistiken, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen in der zweiten Phase weiter vertieften und der Handel mit Zentralasien kontinuierlich zunahm. Wie schon in den 1990er Jahren machten die Warenlieferungen von und nach Kasachstan den Hauptanteil am Im- und Export aus und so stieg das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2001 auf 4,7 Milliarden Euro im Jahr 2006 (Mangold 2007: 555). Die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen ging auch mit dem Ausbau deutscher Kreditinstitutsvertretungen, vor allem in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan einher. „Sie kooperieren seit Jahren mit den Banken vor Ort und bieten Finanzierungsmöglichkeiten im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich an“ (Mangold 2007: 553). Die Vergabe von Hermes-Bürgschaften nahm mit der Konsolidierung, Stärkung und steigenden Kreditwürdigkeit des Bankenwesens sowie der Unternehmen in den zentralasiatischen Ländern zu, womit wiederum das Interesse deutscher Unternehmen an der Region wuchs. Wie schon in den 1990er Jahren richtet sich das deutsche Engagement auf den Maschinen- und Anlagenbau, die Informationstechnik und Telekommunikation, die Leichtindustrie, die Energiewirtschaft, den Handel, den Dienstleistungsbereich, die Landwirtschaft, die Ernährungsindustrie und die Entwicklung der Infrastruktur (Mangold 2007: 553 f.). Laut Klaus Mangold (2007: 554), dem Vorstandsvorsitzenden des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft von 2000 bis 2010, geht wirtschaftliches mit sozialem Engagement Deutschlands in Zentralasien einher, da Unternehmen in die Aus- und Weiterbildung der jungen Bevölkerung vor allem in Kasachstan und Usbekistan investieren. Teilweise geschieht dies in firmeneigenen Initiativen oder im Rahmen des Manager-Fortbildungsprogramms der Bundesregierung (MD).

Ein Blick auf die Zeittafel verdeutlicht, dass die Minister- und Kanzlerreisen zwischen 2001 und 2006 deutlich zunahmen; der Schwerpunkt der Besuchsdiplomatie lag bei Usbekistan mit seinem Lufttransportstützpunkt Termez (AA 2002: 91). Trotz des sicherheitspolitischen Fokus der Besuche reiste im Juli 2002 eine 50-köpfige Wirtschaftsdelegation des Bundeswirtschaftsministeriums in die Länder Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und Turkmenistan und im Dezem-

ber 2003 wurden die Wirtschaftsbeziehungen mit Kasachstan während einer Kasachstanreise Bundeskanzler Schröders weiter vertieft. Zudem reiste Außenminister Steinmeier 2006 mit einer Wirtschaftsdelegation nach Zentralasien (Mangold 2007: 556 f.).

Die angesprochenen Unterstützungsangebote, wie Ausbildungsprogramme, Hilfe bei Rechtsreformen und der Konsolidierung des Bankenwesens, machen ein Prinzip deutscher Außenpolitik deutlich. Maßnahmen beruhen auf Langfristigkeit sowie Selbst- und Mitbestimmung der Partnerländer, implizieren aber immer auch einen Nutzen für die deutsche Seite. Wie bereits angedeutet, verschmelzen die Bemühungen zur Durchsetzung deutscher Wirtschafts-, Sicherheits- und normativer Interessen beziehungsweise beeinflussen sich gegenseitig. In einer Veröffentlichung der FES zur Demokratieförderung in der deutschen Außenpolitik wird die Frage aufgeworfen, wo sich die deutsche Außenpolitik demokratiefördernd engagieren sollte. Die vorgestellte Antwort lautet: „dort, wo Deutschland Interessen an der nachhaltigen außen- und sicherheitspolitischen Stabilisierung für die europäische Sicherheit hat“ (Lapins 2007: 22). Der Zusammenhang von Demokratieförderung, Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit in Zentralasien wird auch im Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands aus dem Jahr 2006 herausgearbeitet, welches damit weitaus konkreter wird als die Konzepte des BMZ und der Bundesregierung. Hier heißt es: „Nicht zuletzt zur Versorgung der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF) erfüllt der zentralasiatische Raum auch eine wichtige sicherheitspolitische Funktion. Vorrangiges Ziel bleibt die Schaffung von nachhaltiger Stabilität durch Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftlicher Entwicklung und regionaler Zusammenarbeit [...]“ (BMVg 2006: 56). Das besondere Stabilitätsinteresse resultiert auch aus der Wahrnehmung Zentralasiens als in der Nachbarschaft der Europäischen Union befindlich, besonders seit den EU-Erweiterungen und der NATO-Öffnung nach Osten. Die Stabilität der Nachbarn soll sichergestellt werden (Gumpfenberg 2002: 4; Lapins 2007: 22; Erler 2007: 372; Grewlich 2010: 36). Im Weißbuch heißt es dazu, dass Zentralasien „an der Nahtstelle zwischen Europa, dem Nahen und Mittleren Osten und Asien“ liege (BMVg 2006: 56).

Die deutschen Demokratisierungsbemühungen wurden jedoch durch ein Ereignis im Zeitraum von 2001 bis 2006 herausgefordert und von anderen EU-Staaten gar infrage gestellt. Dabei handelt es

sich um das Massaker von Adijan im Mai 2005 in Usbekistan.<sup>32</sup> Bei einer weitestgehend friedlichen Demonstration in der ostusbekischen Stadt starben mehrere Hundert Menschen durch den Einsatz usbekischer Sicherheitskräfte (Dierßen 2007: 377).<sup>33</sup> Während die usbekische Regierung die Demonstrationen als einen die verfassungsmäßige Ordnung gefährdenden Aufstand bewertete und damit ihre Reaktion rechtfertigte, erklärte die EU sie zu einem Akt exzessiver, unangemessener und wahlloser Gewaltanwendung und forderte daher die usbekische Regierung auf, eine unabhängige internationale Untersuchung zu veranlassen. Nachdem die gesetzten Fristen dafür mehrmals nicht eingehalten worden waren, verhängte der Rat der Europäischen Union im November 2005 zunächst für ein Jahr Sanktionen, die ein Einreiseverbot beteiligter oder verantwortlicher Personen in die EU, ein Ausfuhrverbot von Waffen und militärischem Material nach Usbekistan sowie die Aussetzung technischer Gespräche im Rahmen des PKA mit der EU umfassten (Dierßen 2007: 377). Während die EU zunächst geeint auftrat, gingen die Meinungen unter den Mitgliedern auseinander, nachdem seitens der EU überprüft worden war, ob es zu Verbesserungen hinsichtlich laufender Gerichtsverfahren, der Kooperationsbereitschaft Usbekistans bei der unabhängigen Untersuchung, der Achtung der Menschenrechte sowie zu Aufhebungen der Inhaftierung Unschuldiger gekommen war. Großbritannien, die Niederlande und die skandinavischen Staaten setzten sich nach einem Jahr der Sanktionen für eine uneingeschränkte Verlängerung ein, Deutschland hingegen für eine Aufhebung oder Lockerung (Dierßen 2007: 378). „Trotz anhaltender Menschenrechtsverletzungen und der beharrlichen Weigerung Usbekistans, Fehler im Vorgehen in Andischan einzuräumen, erkannte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ‚positive Signale‘“ (Dierßen 2007: 378). Daran zeigt sich ein abweichendes Verhalten Deutschlands von dem der EU. So verstieß Deutschland schon Ende 2005 gegen das Einreiseverbot, als man die medizinische Behandlung des usbekischen Innenministers Zakirjon Almatov – von Menschenrechtsorganisationen auch als *Schlächter von Andijan* bezeichnet – in Deutschland ermöglichte (Urdze 2010: 210).<sup>34</sup> Deutschland rechtfertigte dies mit humani-

32 In der Literatur zum Teil auch als Andischan oder Andijon bezeichnet.

33 Die Demonstration fügte sich ein in eine Reihe von Protestaktionen gegen die Verhaftung ansässiger Geschäftsleute, denen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zur Last gelegt wurde (Krumm 2007: 5).

34 Aus Sicht der Kritiker wiegt noch schwerer, dass der Generalbundesanwalt und Bundesjustizministerin Zypries (SPD) keine Ermittlungen gegen Almatov eingeleitet haben, obwohl eine Anzeige gegen ihn gemäß dem Völkerstrafgesetz vorlag. Der Generalbundesanwalt behauptete, dass sich der usbekische Innenminister zum Zeitpunkt nicht mehr in Deutschland aufgehalten habe. Kritiker sind jedoch der Meinung, die Sache wurde bis zur Ausreise Almatovs hinausgezögert (Dierßen 2007: 382).

tären Gründen, Kritiker jedoch sehen einen Zusammenhang zwischen der Einreise Almatovs und der Nutzung der deutschen Militärbasis in Termez, über deren Nutzung zu diesem Zeitpunkt neu verhandelt wurde.<sup>35</sup> Bei den Verhandlungen erklärte Deutschland sich bereit, in einem öffentlichen Dialog über die Ereignisse von Andijan die Sichtweise der usbekischen Seite angemessen zu berücksichtigen (Urdze 2010: 381). Angesichts des Einwirkens Deutschlands auf die EU, von den Sanktionen Abstand zu nehmen, wird deutlich, dass die Dialogankündigungen nur Lippenbekenntnisse blieben. Auch spätere Äußerungen von Steinmeier, in denen er zu bedenken gab, dass ein Anmahnen der schlechten Menschenrechtslage in Usbekistan nicht möglich gewesen sei, da die Verhandlungen über die weitere Nutzung des Militärstützpunktes Termez noch nicht abgeschlossen waren, legen dies nahe (Dierßen 2007: 379 ff.). Im deutschen Verhalten wird der Vorrang sicherheitspolitischer vor normativen Interessen deutlich (Urdze 2010: 211). Dem Bericht einer russischen Zeitung zufolge hatte Usbekistan Deutschland bereits mit der Räumung des Stützpunktes in Termez gedroht (Urdze 2010: 211). Dass solche Pläne nicht nur leere Drohungen waren, zeigte sich am Beispiel der USA, die die Ereignisse von Andijan massiv kritisiert hatten. Die usbekische Regierung forderte mit Rückendeckung der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), also gemeinsam mit Russland und China, die USA 2005 auf, ihre Truppen abzuziehen.<sup>36</sup> „Termez ist seitdem der einzige von westlichen Kräften genutzte Militärstützpunkt in Usbekistan. Deutschland und die NATO halten ihn für unverzichtbar“ (Dierßen 2007: 380).<sup>37</sup>

Obwohl die Sanktionen 2006 entgegen den Vorstellungen Deutschlands beibehalten wurden, fand in der Folgezeit eine kontinuierliche Lockerung statt, wiederum begleitet von starken deutschen Bemühungen (Urdze 2010: 211 f.). „Dass sich letztlich doch die Position Deutschlands gegen die Position mehrerer anderer EU-Mitgliedstaaten durchgesetzt hat, die prinzipiell eine härtere Gangart gegenüber Usbekistan befürworteten, deutet entweder auf eine besonders starke

35 Die Fraktion Die Linke im Bundestag sah in der weiteren Nutzung des Militärstützpunktes Termez ein Unterlaufen der EU-Sanktionen (Urdze 2010: 381).

36 Dem usbekischen Ultimatum ging eine Resolution der SCO voraus, die alle ausländischen Staaten aufforderte, ihre Militärbasen in Zentralasien zu schließen. Deutschland wurde als einziges Land nachträglich von der Abzugsaufforderung ausgenommen (Krumm 2007: 5; Urdze 2010: 182). Der Abzug von circa 1000 amerikanischen Soldaten aus Usbekistan bedeutete sowohl das Ende der strategischen Kooperation beider Länder, die 2001 so einvernehmlich begonnen hatte, als auch einen Einflusszuwachs Russlands und Chinas (Krumm 2007: 5; Sadyrbek 2009: 33). Mehr zur Verschiebung der Machtverhältnisse nach dem Massaker von Andijan bei Martha Brill Olcott (2007).

37 Zudem entzog Usbekistan den EU-Mitgliedstaaten Spanien, Belgien, den Niederlanden, Schweden und Frankreich Überflugrechte. Wiederum war Deutschland von diesem Verbot ausgenommen (Urdze 2010: 182).

Verhandlungsposition Deutschlands, oder auf die Dominanz von sicherheitspolitischen Interessen über normative Motive. Letztere Variante wird angesichts der vorliegenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Maßnahmen für wahrscheinlicher gehalten“ (Urdze 2010: 212).

Auch die Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands in der ersten Hälfte des Jahres 2007, in deren Zeitraum die EU-Zentralasienstrategie (siehe Kap. 3.3) verabschiedet wurde, ließ diese Prioritätensetzung deutlich werden. Sowohl Außenminister Frank-Walter Steinmeier als auch sein Staatsminister Gernot Erler (SPD) hoben vor allem energiepolitische, geostrategische und sicherheitspolitische Aspekte hervor. Obwohl der Außenminister bei seiner vorbereiteten Reise in alle fünf Länder im Herbst 2006 Menschenrechtsdefizite mehrfach thematisierte, „macht[e] er jedoch [in einem Interview mit der Deutschen Welle TV] überraschend offen deutlich, dass die Menschenrechte anderen Interessen gegebenenfalls nachstehen müssten“ (Urdze 2010: 379).

Wiederum soll das EU-Engagement dargestellt werden, um mögliche Unterschiede zur deutschen Außenpolitik im Zeitraum von 2001 bis 2006 zu ermitteln. Wie in der gesamten Staatengemeinschaft führte die Bereitwilligkeit der zentralasiatischen Staaten, bei dem Militäreinsatz der USA unterstützend mitzuwirken, auch aufseiten der EU zu einer Revision ihres Umgangs mit den fünf Ländern. Dies mündete in die Erarbeitung eines Konzeptes, das erstmals ausschließlich den Umgang mit Zentralasien thematisiert.<sup>38</sup> Ähnlich den deutschen Zentralasienkonzepten formuliert es als Hauptziel, regionale Stabilität und Sicherheit der Länder zu fördern und sie bei einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung und Armutsreduktion zu unterstützen (European Union 2002: 3; Sadyrbek 2009: 31). Eine gestiegene Bedeutung der Region wird auch durch die Verdopplung der vorgesehenen TACIS-Mittel für die Periode von 2001 bis 2006 von geplanten 25 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro jährlich und die Initiierung von Projekten zur Reform des Justizwesens deutlich. Zudem wurde die Jahrestagung der Europäischen Bank für Entwicklung und Wiederaufbau (EBRD) im Mai 2003 erstmals in Zentralasien, in der usbekischen Hauptstadt Taschkent, abgehalten (AA 2001; Sadyrbek 2009: 30). Da von Afghanistan nicht nur die Bedrohung durch den internationalen Terror, sondern auch des grenzüberschreitenden Drogenhandels über zentralasiatisches Territorium ausgeht, verstärkte die EU in

38 Dabei handelt es sich um das Strategy Paper 2002–2006 & Indicative Programme 2002–2004 for Central Asia (European Union 2002).

diese Richtung ihre Bemühungen. Im Rahmen des TACIS-Programms wurden 2002 und 2003 Programme zur Grenzsicherung (BOMBCA) sowie Drogenbekämpfung (CADAP) in Zentralasien aufgelegt (Urdze 2010: 181). Diese Maßnahmen sowie die Beteiligung verschiedener Mitgliedstaaten am ISAF-Einsatz verdeutlichen und begründen den Bedeutungszuwachs sicherheitspolitischer Interessen der EU in Zentralasien im Vergleich zur ersten Phase.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivitäten lässt sich seitens der EU, wie schon in den 1990er Jahren, ein kontinuierlich ansteigendes energiepolitisches Interesse feststellen. Dieses wurde 2004 im Rahmen von INOGATE mit der *Baku-Initiative* bekräftigt, die eine Energiepartnerschaft unter anderem mit den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres unterstützt.<sup>39</sup> Ziel ist es, durch Diversifizierung der Energiequellen und -lieferanten die Versorgungssicherheit der EU zu erhöhen (Urdze 2010: 194). Dabei wird versucht, die Bemühungen in einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu bündeln (u. a. Müller 2006; Leinen 2009). Dass gerade Deutschland mit der Unterzeichnung des Vertrages zum Bau der *Nordstream*-Pipeline im September 2005 zwischen Gazprom und E.ON sowie BASF/Wintershall unter Beisein von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin die Bemühungen einer einheitlichen Energiestrategie zum Teil untergrub, zeigte sich am massiven Protest der baltischen EU-Mitglieder und Polens (Raabe 2009: 4 ff.).

Die ermittelte Ausweitung der Stabilitätsbemühungen und Aktivitäten zur Demokratieförderung seitens der EU in Zentralasien ist höchstwahrscheinlich auch auf das insgesamt gestiegene Interesse in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückzuführen. Sendete die EU anlässlich der Präsidentschaftswahlen in Kasachstan 1999 noch keine Beobachter, „weil die von der EU offiziell vorgegebenen Mindestanforderungen als Voraussetzung für eine Beobachtung nicht erfüllt waren und die EU sich nicht in den Verdacht bringen wollte, einem fragwürdigen Wahlprozeß Legitimität zu verleihen“ (Europäische Kommission 2000), änderte sich dies nach 2001, auch wenn die Wahlen ähnlich umstritten waren.<sup>40</sup> Eine weitere Maßnahme umfasste die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Zentralasien 2005 in Reaktion auf das Massaker von Andijan (Sadyrbek 2009: 45). Aufgabe des Sonderbeauftragten ist es, einen Beitrag zur Verwirklichung

39 Obwohl nicht alle zentralasiatischen Staaten direkte Anrainer des Kaspischen Meeres sind, schließt die Initiative Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan ein.

40 Die EU entsendete nun Wahlbeobachter und -experten zu den Präsidentschaftswahlen in Kasachstan und Kirgisistan (Sadyrbek 2009: 45).



der politischen Ziele der EU zu leisten.<sup>41</sup> Dazu zählen die Stärkung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Menschenrechte und einer verantwortungsvollen Staatsführung. Sigita Urdze stellt diese Zielstellung infrage. Ihre Recherchen und Interviews ergaben, dass sich insgesamt „kein Hinweis darauf finden [lässt], dass die Demokratieförderung für die Tätigkeit des Sonderbeauftragten für Zentralasien von besonderer Bedeutung ist“ (2010: 206). Dennoch fand mit der Ernennung eines Sonderbeauftragten eine deutliche außenpolitische Aufwertung Zentralasiens durch die EU statt.

Die zweite Phase ist infolge der Ereignisse in der Nachbarschaft Zentralasiens von (weltweit) zunehmenden sicherheitspolitischen, bei gleichbleibenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands geprägt. Ein Blick auf die Zentralasienkonzepte erweckt den Eindruck, als hätten auch die normativen Interessen massiv an Bedeutung gewonnen. Dass diesen jedoch weiterhin eine untergeordnete Rolle zukommt, wurde unter anderem anhand der Reaktionen Deutschlands auf die Ereignisse von Adijan mehr als deutlich. Bemühungen auch hinsichtlich der politischen Transformation der Länder fügen sich stattdessen in die Aktivitäten zur Unterstützung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen ein. Die EU verstärkte ebenso ihre sicherheitspolitischen und Demokratie fördernden Anstrengungen. Wie bereits in Kapitel 3.1 formuliert, dominieren in der EU im Unterschied zu Deutschland energie-, nicht wirtschaftspolitische Interessen gegenüber Zentralasien.

### 3.3 Phase 3: 2007 bis 2012

Die dritte Phase der deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien ist durch eine weitere Intensivierung der Beziehungen gekennzeichnet. Das Jahr 2007 wurde als Startpunkt gewählt, weil sich mit der Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie in diesem Jahr sowohl das Interesse der EU<sup>42</sup> und Deutschlands als auch die breite Wahrnehmung der Region in Wissenschaft und Medien verstärkte. Viele Autoren nahmen diese Strategie zum Anlass, sich mit der Region erstmals ausführlich auseinanderzusetzen, sodass die Quellenlage ab dem Jahr

41 Diese Position hatte von 2005 bis 2006 Ján Kubiš und von 2006 bis 2012 Pierre Morel. Seit dem 1. Juli 2012 ist Patricia Flor, zuvor Beauftragte für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien des Auswärtigen Amtes, Sonderbeauftragte. Während die Arbeit Kubiš' wenig erfolgreich war, galt Morel aufgrund seiner Erfahrungen mit den Ländern der Region als prädestiniert für den Posten und damit im Rahmen seiner Möglichkeiten als einflussreicher (Sadyrbek 2009: 46; EU-Info 2012).

42 Die EU wird in Publikationen zum Thema häufig als Nachzügler in der Region im Vergleich zu den USA, Russland und China bezeichnet (Erlor 2007: 369).

2006 deutlich ergiebiger ist.<sup>43</sup> Da Deutschland maßgeblich an der Ausarbeitung der EU-Strategie beteiligt war, ist sie zentraler Bestandteil der deutschen Außenpolitik.

Zur Vorbereitung der Zentralasienstrategie reiste zunächst Außenminister Steinmeier Ende 2006 als erster EU-Außenminister in alle fünf zentralasiatischen Staaten (Deutsche Welle 2006b). Im März 2007 fand daraufhin ein Treffen einer EU-Troika<sup>44</sup> mit den zentralasiatischen Außenministern zur endgültigen Abstimmung der Strategie in Astana statt. Den zentralasiatischen Staaten war es damit möglich, sich an der Erarbeitung der Strategie direkt zu beteiligen, was im Sinne der *partnerschaftlichen Politik* (siehe unten) ausdrücklich erwünscht war. Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan reichten dafür Positionspapiere ein, die bei der Ausarbeitung der EU-Zentralasienstrategie Berücksichtigung fanden (Schmitz 2007b: 78).

Die EU-Zentralasienstrategie stellt den dritten Baustein der Weiterentwicklung des EU-Außenbeziehungskonzeptes für den postsowjetischen Raum dar. Die Intensivierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) mit dem Projekt der Östlichen Partnerschaft (ÖP)<sup>45</sup> und der Ausbau der Partnerschaft mit Russland bilden die beiden anderen Säulen; Deutschland als das Land mit den intensivsten bilateralen Beziehungen in und Interesse an der Region östlich der EU hat maßgeblichen Anteil an der Realisierung dieser Initiativen gehabt (Schmitz 2007b: 75; Ochmann 2009: 1 ff.).

Hauptziele der EU-Zentralasienstrategie sind es, die Präsenz und Sichtbarkeit der EU in Zentralasien zu erhöhen, bereits vorhandene Programme besser aufeinander abzustimmen sowie eine Mittelaufstockung durchzuführen, da bisherige Bemühungen „an fehlendem Geld und Durchsetzungskraft“ scheiterten (Rahr 2006: 4; Schmitz 2007b: 75; Dierßen 2007: 328 f.). Die Vorbereitung und Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie liefert dabei ein Paradebeispiel für das Wechselspiel deutscher und europäischer Außenpolitik, zeigt aber auch Interessengegensätze innerhalb der EU sowie die Reichweite nationaler Handlungsspielräume auf (siehe Kap. 2.2). Andrea Schmitz (2007b: 76) von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) bewertet die Ausgangsbedingungen für den Erfolg der Strategie dabei als güns-

43 Siehe unter anderem Warkotsch 2006, Sapper/Weichsel/Huterer 2007, Melvin 2008, Shao 2008, Dschafarow 2009, Sadyrbek 2009, Kavalski 2010 und Urdze 2010.

44 Dieser gehörte die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, EU-Sonderbeauftragter für Zentralasien Pierre Morel und Außenminister Steinmeier als Vertreter der deutschen Ratspräsidentschaft an (EpochTimes 2007).

45 Die ÖP zielt auf die Heranführung der Länder Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Weißrussland an die Europäische Union (Ochmann 2009: 1).

tig. Um in der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft Deutschlands eine Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie zu erreichen, konzentrierte sich die Bundesregierung auf eine frühzeitige Abstimmung mit der Kommission und dem EU-Sonderbeauftragten (Schmitz 2007b: 76). Inhaltlich stellt vor allem die Frage nach der „normativen Fundierung“ eine Herausforderung dar, da hinsichtlich dieser Dimension – wie bereits am Beispiel Andijan deutlich geworden (siehe Kap. 3.2) – durchaus Uneinigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten besteht. Während die deutsche Position gegenüber den zentralasiatischen Staaten wirtschafts- und sicherheitspolitische Zielsetzungen hervorhob und laut Meinung einiger EU-Staaten ein „hauptsächlich deutsches Anliegen [...]“ motiviert durch die Interessen nationaler Akteure<sup>46</sup>, war (Schmitz 2007b: 77), bestanden andere EU-Länder darauf, dass der Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und der Notwendigkeit für politische Reformen mehr Beachtung zukommen müsse. „Bei der Zentralasienstrategie zog sich die Kontroverse um die Gewichtung von Werten gegenüber Interessen durch alle Politikebenen der EU“ (Schmitz 2007b: 77). Angesichts der heftigen Kritik an den Versuchen Deutschlands, die EU-Sanktionen gegen Usbekistan zu lockern, werden der hohe Stellenwert des *ergebnisorientierten Menschenrechtsdialogs* in der Strategie sowie die im Laufe der Planung in den Hintergrund rückenden energie- und sicherheitspolitischen Aspekte als ein „Zugeständnis der Ratspräsidentschaft an die Verfechter eines stärker normengeleiteten Handels innerhalb der EU“ und somit als Kompromisslösung verstanden (Schmitz 2007b: 77; Dierßen 2007: 387). Damit, so Schmitz, sei die deutsche Ratspräsidentschaft ihrer Rolle als neutraler Vermittler und als Vertreter eines nicht in erster Linie nationalen, sondern europäischen Interesses gerecht geworden.

Förderlich für die Umsetzung der Strategie war zudem die Gleichgültigkeit einer Mehrzahl von EU-Mitgliedstaaten gegenüber dem Thema Zentralasien und deren Konzentration auf eine bilaterale Kooperation (Schmitz 2007b: 76). So konnte Deutschland – trotz der inhaltlichen Auseinandersetzungen – die Rolle des Impulsgebers übernehmen und vermochte die Umsetzung effizient voranzutreiben und „reibungsfrei an die Arbeitsebene zu delegieren“ (Schmitz 2007b: 78). Andrea Schmitz hat ihrem Artikel den Titel „Effizienz als Leitmotiv“

46 „Bei der Sondierung nationaler Positionen und der Konsensbildung auf nationaler Ebene machten vor allem Vertreter der deutschen Wirtschaft ihren Einfluss geltend. Über nennenswerte Differenzen zwischen den Koalitionspartnern oder zwischen den Ressorts, die maßgeblich an den Vorbereitungen beteiligt waren [AA, BK, BMWi, BMZ], ist nichts bekannt. Auch von der politischen Opposition wurden keine konkurrierenden Positionen eingebracht“ (Schmitz 2007b: 77).

(2007b) aber auch deswegen gegeben, weil das Streben der deutschen Ratspräsidentschaft, die Strategie unbedingt in den sechs Monaten umzusetzen, sich negativ auf die „strategische Weitsicht und inhaltliche Substanz“ (Schmitz 2007b: 79) ausgewirkt habe. So bemerkt sie, dass es sich eher um eine politische Willenserklärung mit hoher symbolischer Bedeutung handelt, als um eine Strategie, da die konstitutiven Elemente einer solchen – die Fokussierung auf langfristige strategische Ziele und ein schlüssiges Konzept zur Zielerreichung – fehlten (Schmitz 2007b: 79).

Die EU-Zentralasienstrategie benennt dementsprechend Sicherheit und Stabilität als strategische Interessen (EU Rat 2007: 4) und differenziert sieben Bereiche, auf die sich das europäische Engagement erstrecken soll (siehe Auszüge im Anhang, Kap. 6.5). Die im Ergebnis formulierten Maßnahmen, welche sich im Einklang mit der formulierten Kritik als eher singulär und ohne konkretes Ziel darstellen, umfassen einen regelmäßigen politischen Dialog auf Außenministerbene, einen ergebnisorientierten Menschenrechtsdialog sowie einen Dialog über Energiefragen, eine Rechtsstaatlichkeits- und Europäische Bildungsinitiative sowie die Unterstützung beim Aufbau einer „E-Seidenstraße“<sup>47</sup> (EU Rat 2007: 3 f.). Deutschland trägt durch die gemeinsame Koordination der Rechtsstaatsinitiative mit Frankreich und der Unterstützung der EU-Wasser- und Umweltinitiative durch eine eigene Wasserinitiative (AA-Wasserinitiative) zur Umsetzung bei. Die geplante Mittelaufstockung umfasst für den Zeitraum von 2007 bis 2013 die Bereitstellung von 750 Millionen Euro durch die EU (Schmitz 2007a: 331; Erler 2007: 373).

Hinsichtlich der Verankerung des Themas Menschenrechte innerhalb der Strategie muss hinzugefügt werden, dass Form und Modalitäten des im Zentrum stehenden Menschenrechtsdialogs unklar bleiben (Dierßen 2007: 388). Die deutschen und europäischen Bemühungen hinsichtlich der Verbesserung der Menschenrechtssituation müssen daher trotz der Bekenntnisse in den EU-Dokumenten, wie schon für die Jahre zuvor, als nachrangig bezeichnet werden (Urdze 2010: 160). In einem der Interviews, die Sigita Urdze im Rahmen ihrer Untersuchung zur EU-Demokratieförderung in Zentralasien durchführte, bekennt ein europäischer Politiker bezüglich der Bedeutung der Demokratisie-

47 Der Verweis auf die Seidenstraße fiel in Bezug auf die Zentralasienstrategie häufig, da diese ihrer Wiederbelebung dienen sollte. Der Begriff Seidenstraße existiert seit der Antike und bezeichnet ein Netz von Karawanenstraßen zwischen China und dem östlichen Mittelmeer, auf denen unter anderem Waren gehandelt wurden (Fragner 2007: 32 f.). Die E-Seidenstraße zielt auf die Einbindung Zentralasiens in europäische Kommunikationsnetze (EU Rat 2007: 10).

rung für die Außenbeziehungen: „[W]e say a lot and do little I'm afraid“ (Urdze 2010: 160). „Festhalten lässt sich in Hinblick auf die Zentralasienstrategie, dass keine Hinweise darauf vorliegen, dass der Entstehungsanlass oder die Umsetzung in einem engeren Zusammenhang mit dem Motiv der Demokratieförderung stehen. Letzterer Aspekt ist zwar auf Drängen einzelner EU-Mitgliedstaaten darin aufgenommen worden, ist jedoch in der Umsetzung von nachrangiger Bedeutung. Sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Umsetzung ist [...] eine Dominanz des Einflusses wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen auf Seiten der EU und insbesondere Deutschlands als eines besonders interessierten Mitgliedsstaates festzuhalten“ (Urdze 2010: 205). Auf Basis dieser Aussagen liegt der Schluss nahe, dass Deutschland mit der EU-Zentralasienstrategie versucht hat, *seine* Interessen *durch* die EU durchzusetzen (siehe Kap. 2.2).

Zuletzt muss festgestellt werden, dass auch in der EU-Zentralasienstrategie sicherheitspolitische Interessen weitgehend unberücksichtigt bleiben. Im Kontrast dazu äußert der „Architekt der Zentralasienstrategie“ (MD), der damalige Staatsminister Gernot Erler, dass das Sicherheitsinteresse an erster Stelle stehe. Während der Wortlaut der Strategie Afghanistan nur als ein sich in der Nachbarschaft befindliches Land thematisiert, macht Erler explizit die Bedeutung zentralasiatischer Transportwege und Stützpunkte „für einen Erfolg der ISAF-Mission in Afghanistan“ deutlich (Erler 2007: 372).

Die Untersuchung der EU-Zentralasienstrategie hat indes gezeigt, wie stark ein Mitgliedstaat auf die Außenpolitik der EU Einfluss nehmen kann, wenn er seine Energien bündelt, einflussreich genug ist und über spezifische Expertise einer Region gegenüber verfügt. Unter diesen Bedingungen ist die Durchsetzung deutscher Interessen im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie nur plausibel und wird vom EU-System auch nicht unterbunden (Schmitz 2007b: 79).

Die Verabschiedung der EU-Zentralasienstrategie steht aber auch für einen Wandel hin zu einem neuen Selbstbewusstsein bei der Formulierung deutscher und europäischer Interessen, welches die gesamte dritte Phase prägt. War die zweite Phase von einer Verklärung politischer und wirtschaftlicher Ziele durch die Überdehnung des Sicherheitsbegriffes gekennzeichnet, wird man nun, wie in den 1990er Jahren, wieder konkreter. Angesichts wachsender Konkurrenz um Ressourcen und wirtschaftliche wie politische Einflussphären mit China, Russland, den USA und anderen aufstrebenden Mächten, kommt die deutsche Politik den Forderungen nach einer klaren Formulierung eigener und gemeinsamer Interessen nach (siehe Kap. 2.1 und 2.2). Eine Rede des Staats-

ministers Gernot Erler, die er im Mai 2006<sup>48</sup> anlässlich des Forums *Neue Perspektiven für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Zentralasien* von InWEnt und UNDP hielt, ist ein Beispiel dafür. Dort heißt es, Stabilität in Zentralasien sei oberstes Ziel und im europäischen Interesse, die Energieressourcen der Region hätten *strategische Bedeutung* für Deutschland und Europa und es liege im deutschen und europäischen Interesse, notwendige Reformprozesse sowie die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern (Erler 2006). In einem weiteren Beitrag Erlers äußert er, dass die wirtschaftliche Kooperation im gegenseitigen Interesse und Zentralasien auch jenseits der Energiezusammenarbeit ein attraktiver Wirtschaftspartner sei (Erler 2007: 373). Neben der ausdrücklichen Formulierung eigener Interessen wird die Grundorientierung deutscher Außenpolitik auf Kooperation deutlich. Da sich diese bereits in den Jahren zuvor als erfolgreich erwiesen hat, wird sie beibehalten und verstetigt. In diesem Sinne verlautbart auch Außenminister Steinmeier in einer Rede im November 2007 anlässlich der Konferenz *Zentralasien und Europa: Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jh.* im Auswärtigen Amt, dass Kooperation – durch regionale Zusammenarbeit und wirtschaftliche Verflechtung – der beste Weg zu politischer Stabilität sowie Wachstum und Wohlstand sei (AA 2007). Dem in der Literatur vielfach rezipierten Erklärungsansatz von einem *New Great Game*<sup>49</sup> in Zentralasien zwischen den Großmächten setzt Deutschland das Prinzip der *partnerschaftlichen Politik* entgegen, welches die zentralasiatischen Staaten selbst sowie die Groß- und Regionalmächte mit einbezieht (Erler 2006).<sup>50</sup> Gerade weil die Interessen aller Mächte in der Region sehr ähnlich sind (wirtschafts- und sicherheitspolitisch), plädiert Erler für Transparenz bei der Zielformulierung, Zusammenarbeit und Abstimmung der Aktivitäten mit den USA und Russland sowie die Kenntnisnahme der enger werdenden Beziehungen Chinas zu den zentralasiatischen Ländern im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (Erler 2006, 2007: 374; Schmitz 2007b: 75). Der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempel bringt dieses Prinzip, dass in der heutigen interdependenten Welt erfolgreich zu sein scheint, auf den Punkt: „Wer hier seine Interessen durchsetzen

48 Diese Rede von 2006 wird in den Zeitraum 2007 bis 2012 eingeordnet, weil sie die Politik dieser dritten Phase (im Rahmen der EU-Zentralasienstrategie) beschreibt.

49 Diesbezüglich ist vor allem auf Pradetto (2012) zu verweisen. Seine empirischen Befunde widerlegen die These machtpolitischer Konkurrenz und die Dominanz strategischer Interessen unter den Großmächten und damit die eines *New Great Game*.

50 Als Regionalmächte mit wachsendem Einfluss werden neben den Großmächten USA, EU, Russland und China vor allem der Iran und zunehmend auch Indien und die Türkei wahrgenommen (Schmitz 2007b: 75).

will, muß auf Konsens setzen. [...] In ihr besitzt besondere Macht derjenige, der seine Ziele dadurch erreicht, daß er andere veranlaßt daran mitzuwirken“ (Czempiel 1999: 227).

Der deutsche Ansatz für Zentralasien, wie bereits am Umgang mit dem Massaker von Andijan deutlich geworden, verzichtet auf drastische Sanktionen, wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen als Mittel zur Interessendurchsetzung. Vielmehr werden die Beziehungen grundsätzlich aufrechterhalten und das Angebot zur Unterstützung der Transformation wird immer wieder erneuert. Obwohl dieser Ansatz gerade aus Sicht von Menschenrechtsaktivisten zu kritisieren ist, besteht bisher keine Einigkeit darüber, welche politische Strategie autoritäre Regime<sup>51</sup> eher zu einer Anpassung an westliche Normen und Gesetze führt: die der Sanktion oder die der Kooperation bei gleichzeitiger Thematisierung von Defiziten. Die außenpolitische Elite Deutschlands ist sich indes einig, dass Ersteres kontraproduktiv und das zweite Vorgehen somit erfolgsversprechender sei (Meckel/Milbradt/Pflüger et al. 2012: 2 f.). Dieser Strategie folgte auch Außenminister Steinmeier auf seiner Zentralasienreise 2006, als er den umstrittenen turkmenischen Staatschef Saparmurat Atajewitsch Nijasow<sup>52</sup> traf, der sich *Turkmenbaschi*, Führer aller Turkmenen, nennen ließ und wegen schwerer Verstöße gegen Menschen- und Bürgerrechte in der Kritik stand. Ziel war es, zu sondieren, ob engere politische und wirtschaftliche Beziehungen möglich seien (Deutsche Welle 2006a). Gedanke dahinter war, dass bei einem Zugehen Deutschlands auf das autokratische Land mit einem Entgegenkommen (zum Beispiel in Form der Einhaltung bestimmter Normen) zu rechnen sei und damit eine „Win-win-Situation“ entstehe (Krumm 2007: 15). Sanktionen würden dagegen zumeist geringere Wirkung erzielen und erschweren die Einflussnahme. Empirische Belege dafür bietet das GIGA-Institut in Hamburg in einer Veröffentlichung mit dem Titel „Peitsche statt Zuckerbrot: Sind Sanktionen wirkungslos?“ (2010). Darin heißt es: „Die meisten der sanktionierten autoritären Regime haben sich als erstaunlich resistent gegen Außendruck erwiesen. [...] Autoritäre Regime sind durch Sanktionen zumeist wenig zu beeinflussen, weil sie über strategische

51 Alle fünf zentralasiatischen Staaten werden als autoritäre Regime eingestuft (Allison 2007: 258; Urdze 2010: 68). Eine politische Einordnung findet am Beispiel Kasachstans in Kapitel 4.1 und für alle fünf Länder im Anhang, Kapitel 6.3 statt.

52 Besonders ausgeprägt in Turkmenistan war bis Ende 2006 der auf den Präsidenten konzentrierte Personenkult. Dazu gehörte, dass er sich als Nachfahr Alexander des Großen bezeichnete, sein Konterfei Gebäude und Produkte aller Art schmückte und Ortschaften, Plätze und Straßen den Namen *Turkmenbashi* erhielten sowie die intensive Verbreitung seines Buches „Ruhnama“ („Buch der Seele“) (Kunze 2006: 83).

Rohstoffe verfügen oder alternative Handels- und Bündnispartner finden. Insbesondere China und Russland verhindern häufig eine einheitliche Sanktionsfront“ (Basedau/Portela/von Soest 2010: 1). So wurde auch das Bestreben Kasachstans, für das Jahr 2010 den OSZE-Vorsitz zu übernehmen, das zunächst auf wenig Unterstützung stieß<sup>53</sup>, von Deutschland begrüßt und gefördert. Dieses Vorhaben demonstrierte aus Sicht Deutschlands „den Willen Verantwortung zu übernehmen und sich für die Instrumente und *acquis* der OSZE einzusetzen“, so Staatsminister Erler (Erler 2006; Krumm 2007: 15). Dass der OSZE-Vorsitz Kasachstans im Jahr 2010 schließlich weniger Impulse für eine fortschreitende Transformation im postsowjetischen Raum zeigte, als zunächst gehofft, lässt hingegen die Mängel einer vordergründig auf gemeinsame Interessen statt Werte abzielenden Politik im Umgang mit autoritären Regimen deutlich werden (Schmitz/Somfalvy 2011: 1).<sup>54</sup>

Nachdem mit der vorangegangenen Analyse der EU-Zentralasienstrategie die gemeinsamen Interessen Deutschlands und der EU deutlich geworden sind, soll nun, wie in den Kapiteln zuvor, der Blick konkret auf die nationale Dimension gelegt werden. Auch dort wird ein gleichbleibend hohes Interesse Deutschlands an der Region Zentralasien deutlich.

Die Maßnahmen der EZ wurden als Instrument der Interessendurchsetzung und als Teil der deutschen Außenwirtschaftspolitik fortgesetzt (Gotkowska 2010: 51). Für die Jahre 2007/2008 und 2009/10 rangiert Deutschland unter den bi- und multilateralen Gebern, je zentralasiatischem Land, auf Platz 2 bis 7 (siehe Tabelle 2, Kap. 6.6). Im Rahmen der EZ unterstützt Deutschland mit dem Ziel eines einheitlichen Wirtschaftsraumes den Wunsch der zentralasiatischen Staaten nach Beitritt zur WTO<sup>55</sup> und fördert die Angleichung des Wirtschaftsrechts sowie die Reform der Rechtssysteme in Zentralasien (Schmitz 2007a: 331; AA 2007). Ein Beispiel für das deutsche Engagement liefert das Anfang 2007 eröffnete Rechtsberatungszentrum der GTZ (GIZ) in Taschkent (AA 2007).

53 Vor allem die USA und Großbritannien befürchteten eine Minimierung der Demokratie- und Menschenrechtsstandards während des Vorsitzes Kasachstans. Die Befürworter hingegen erhofften sich positive Rückwirkungen auf den Transformationsprozess in Kasachstan sowie einen Reformschub, der auch die anderen Länder der Region erfassen könnte (Niepagenkemper 2007: 2).

54 Nach Meinung verschiedener Autoren diene der OSZE-Vorsitz Kasachstan vor allem zur innenpolitischen Herrschaftssicherung. Die Reaktionen auf die ethnischen Unruhen in Kirgisistan im Frühjahr 2010, die sich während des kasachischen Vorsitzes ereigneten, verdeutlichten lediglich die geringe Handlungsfähigkeit der OSZE im Konfliktfall. Trotz des Anspruchs, eine Regionalmacht und ein Konfliktschlichter zu sein, unternahm Kasachstan keine Versuche zur Stabilisierung der Situation und schloss stattdessen in Ermangelung einer Strategie die Grenzen zu Kirgisistan (Schmitz 2010; Schmitz/Somfalvy 2011: 1).

55 Nur Kirgisistan ist seit 1998 Mitglied der WTO.



Auch in jüngster Zeit bleibt Deutschland innerhalb der EU der wichtigste Handelspartner für die zentralasiatischen Staaten. Der Außenhandel Zentralasiens mit der EU belief sich im Jahr 2007 auf 22,9 Milliarden Euro; an diesem hat Deutschland mit sieben Milliarden Euro den größten Anteil (Peyrouse 2009: 5).<sup>56</sup> Ein gleichbleibend starkes bis zunehmendes Wirtschaftsinteresse an der Region wird unter anderem durch die Tage der deutschen Wirtschaft in Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan<sup>57</sup> deutlich (siehe Zeittafel, Kap. 6.4). Kirgisistan und Tadschikistan sind aufgrund der geringen Rohstoffvorkommen und des Marktvolumens von nachrangigem Interesse (Shao 2008: 8). Für die drei wichtigsten Handelspartner sollen die Wirtschaftsbeziehungen nachfolgend etwas ausführlicher beschrieben werden: Vor allem Turkmenistan, das sich seit dem Tod des repressiv herrschenden Präsidenten Nijasow im Dezember 2006 zunehmend öffnet, rückt mehr und mehr in den Fokus. Für die EU ist das Land vor allem wegen seiner Erdgasvorkommen interessant, da es der Realisierung europäischer Energieprojekte, wie der Nabucco-Pipeline dienen könnte (Grewlich 2011).<sup>58</sup> Für Deutschland hingegen besteht ein weitgefasseres wirtschaftliches Interesse: „Der vom Volumen her noch kleine, aber stetig wachsende Absatzmarkt in Turkmenistan gelangt mehr und mehr in das Blickfeld deutscher Unternehmen. Dafür gibt es einen einfachen Grund: hohe und in den kommenden Jahren zunehmende Erlöse aus dem Erdgasexport. Diese bilden eine solide Basis für die von der Regierung angestrebte Diversifizierung der Wirtschaft“ (DWK KAZ 2012: 24). Eine solche will Deutschland durch die Bereitstellung von Technologie und Know-how unterstützen. Im Februar 2008 empfing der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow deshalb den deutschen Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) und eine ihn begleitende Wirtschaftsdelegation, um deutsche Unternehmen zu weiterem Engagement in Turkmenistan einzuladen (Zentralasien-Analysen 2008: 27). Nach Angaben aus dem

56 Im Vergleich dazu umfasste der Außenhandel Zentralasiens 2007 mit China 14 Milliarden US-Dollar und der mit Russland 21 Milliarden US-Dollar (Peyrouse 2009: 5).

57 In einem Bericht der *Germany Trade & Invest*, der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing, wird die erstmalige Durchführung des *Tags der deutschen Wirtschaft* in Aschgabat 2011 als Eintritt in eine neue Phase der deutsch-turkmenischen Wirtschaftsbeziehungen bezeichnet (GTAI 2012).

58 Das Nabucco-Projekt sollte Erdgas unter Umgehung Russlands nach Europa transportieren. Aufgrund unsicherer Erdgaszusagen und -mengen sowie russischer Interventionen gilt das Projekt als gescheitert. Die EU konzentriert sich nun auf andere Alternativen, die Russland wiederum einbeziehen (zum Beispiel *South Stream*), beziehungsweise auf kleinere Pipeline-Teilstrecken (Handelsblatt 2012).

Jahr 2011 sind 62 deutsche Firmen<sup>59</sup> in Turkmenistan registriert, 125 Investitionsprojekte wurden mit diesen Unternehmen realisiert und die „deutschen Ausfuhren nach Turkmenistan sind laut statistischem Bundesamt stetig gestiegen, und zwar von 181,9 Millionen Euro im Jahr 2008 über 255,3 Millionen im Folgejahr auf 330,5 Millionen Euro 2010“ (DWK KAZ 2012: 25). Die Intensivierung wirtschaftlicher Kontakte geht dabei auch mit einer Aufwertung der politischen Beziehungen einher. So wurden im Februar 2011 erstmals deutsch-turkmenische politische Konsultationen durchgeführt (AA 2011a).

Für Usbekistan ist Deutschland der fünftwichtigste Warenlieferant nach Russland, China, Südkorea und den USA (Shao 2008: 8). Das deutsch-usbekische Außenhandelsvolumen betrug 2007 329 Millionen US-Dollar (Peyrouse 2009: 6). Während eines Besuches des Bundeswirtschaftsministers Glos und einer deutschen Wirtschaftsdelegation in der usbekischen Hauptstadt Taschkent im März 2008 wurden zusätzliche Vereinbarungen unterzeichnet, um die Beziehungen weiter auszubauen. „Gegenwärtig gibt es in Usbekistan rund 140 Unternehmen mit einer deutschen Kapitalbeteiligung (im Wesentlichen Handelsunternehmen), darunter 25 mit 100%igem deutschem Kapital“ (DWK UZB 2011: 22).

Kasachstan als bevorzugtes Partnerland Deutschlands steht dabei noch stärker als in den Jahren zuvor im Fokus, was sich in verschiedenen Wirtschaftsverträgen manifestiert. Besonders hervorzuheben ist die vereinbarte Rohstoffpartnerschaft beider Länder vom Februar 2012. Die intensiven Beziehungen beider Länder werden in Kapitel 4.2 näher diskutiert.

Hinsichtlich der sicherheitspolitischen Dimension verrät ein Blick auf die Zeittafel, die jährliche Besuche in Usbekistan verzeichnet, ein gleichbleibend starkes sicherheitspolitisches Interesse Deutschlands, bedingt durch die fortlaufende Nutzung des Lufttransportstützpunktes Termez und die Weiterführung des Krieges in Afghanistan.<sup>60</sup> Mit dem geplanten Ende der ISAF-Mission nimmt nach Meinung verschiedener Autoren die Bedeutung der zentralasiatischen Staaten noch zu (MD).<sup>61</sup> Um den sicheren Abzug von circa 130.000 Soldaten

59 Zu ihnen gehören unter anderem Daimler, Siemens, Salzgitter-Mannesmann und Zeppelin Baumaschinen (DWK KAZ 2012: 25).

60 „As long as Germany keeps its position in the [...] ISAF in Afghanistan, it will be a priority to maintain good relations with the Uzbek government to ensure the continued use of the Termez base“ (Shao 2008: 8).

61 Seit die Transportrouten über Pakistan als nicht mehr ausreichend sicher gelten, sind die zentralasiatischen Staaten als logistische Alternative immer bedeutsamer geworden. Die Kooperation mit ihnen wurde zu einer notwendigen Voraussetzung für das Gelingen der Mission (Lang/Matusiak/Strachota 2012).

und deren Ausrüstung bis Ende 2014 zu gewährleisten, werden die beteiligten Staaten und somit auch Deutschland alles tun, um die guten Beziehungen beizubehalten. Die sicherheitspolitischen Interessen in Zentralasien werden damit über das Jahr 2012 hinaus hoch bleiben (Lang/Matusiak/Strachota 2012). Zudem bedeutet dies eine nochmalige politische Aufwertung der zentralasiatischen Länder, die sich seit 2001 fortsetzt.

Die Bemühungen zur Durchsetzung normativer Interessen in Zentralasien werden auch in der dritten Phase fortgeführt. Das politische Lobbying, welches sich an politische Entscheidungsträger sowie zukünftiges politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Führungspersonal richtet, spielt dabei eine besondere Rolle. *„German political foundations are in charge of this kind of activity, which they implement by holding conferences and seminars releasing publications, organizing training events and research trips and offering grants“* (Gotkowska 2010: 50). Im Jahr 2010 ist die FES, mit Ausnahme Turkmenistans, in allen zentralasiatischen Ländern vertreten, die KAS in Kasachstan und Usbekistan und die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in Kirgisistan. Diese Präsenz hilft, Kontaktnetzwerke vor Ort zu knüpfen sowie Wissen über die zentralasiatischen Länder zu generieren, wovon wiederum deutsche Entscheidungsträger profitieren (Gotkowska 2010: 50). Auch in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik und Außenwissenschaftspolitik sieht Justyna Gotkowska (2010: 52) ein hilfreiches Mittel zur Durchsetzung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Ziele Deutschlands. Durch die Finanzierung und Förderung von Deutschsprachkursen und Deutschunterricht an Schulen, Zuschüssen für Deutschlandreisen von Deutschlehrern aus Zentralasien, die Gründung von Instituten für Deutschland- oder Europastudien sowie die Verbreitung deutscher Kultur, Musik, Kunst und Literatur in Zentralasien werden ein positives Image aufgebaut sowie die deutsche Kultur in Zentralasien bekannt gemacht (Gotkowska 2010: 52).

Wie bereits seit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten 1991 übernimmt Deutschland auch in der dritten Phase zusätzlich Aufgaben der EU. So übernahm der deutsche Botschafter in Kirgisistan schon vor der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stellvertretend für alle EU-Mitgliedstaaten die Aufgaben der lokalen EU-Präsidentschaft und vertrat die EU in allen fünf Hauptstädten. Da sich dies auch nach der deutschen Ratspräsidentschaft fortsetzte, hatte Deutschland zwei Jahre lang die lokale EU-Ratspräsidentschaft in der Region inne (Erler 2006). Daher konnte auch für diese Phase ermittelt werden, dass Deutschland das präsenteste europäische Land in der Region war.

Es ist zudem deutlich geworden, dass die deutschen und europäischen Interessen im Zeitraum von 2007 bis 2012 stärker als zuvor miteinander korrespondierten und sich angeglichen haben, weil Deutschland einerseits um Konsens bemüht war und andererseits in Bezug auf Zentralasien seine Sichtweisen, Ziele und Interessen auf die anderen EU-Mitglieder übertragen beziehungsweise sie durch die EU verwirklichen konnte. Die Bedeutung der Region für Deutschland und die EU insgesamt sowie die Bemühungen zur Durchsetzung der drei Interessendimensionen haben zugenommen, wobei nach wie vor wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen gegenüber normativen Interessen dominieren. Nach Andrea Schmitz und Alexander Wolters (2012: 6, 29) hat diese Prioritätensetzung dazu beigetragen, den Status quo in den autoritär regierten Ländern Zentralasiens zu sichern, indem durch umfangreiche Transferleistungen die staatlichen Institutionen und Repressionsapparate gestärkt wurden, welche gesellschaftlichen Wandel blockieren. Wie dieser Status quo ausgestaltet ist, soll am Beispiel Kasachstans im folgenden Kapitel untersucht werden.

## 4 Deutsche Zentralasienpolitik am Beispiel Kasachstans

Nachdem der Fokus bisher auf der Außenpolitik Deutschlands lag, ihren Zielen, Maßnahmen und Aktivitäten, soll nun das politische System sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Verfasstheit eines der zentralasiatischen Länder analysiert werden. Am Fallbeispiel Kasachstan, dem größten und wirtschaftlich stärksten sowie für Deutschland als Handelspartner bedeutendsten Land der Region, gilt es insbesondere zu zeigen, wie es um die Reformfähigkeit sowie um den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt bestellt ist.

Die fünf zentralasiatischen Länder Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zeichnen sich durch religiöse, ethnische und geografische Heterogenität aus. Ihre gemeinsame politische Vergangenheit als Teilstaaten der Sowjetunion rechtfertigt es aber, sie als einer Region zugehörig zu beschreiben (Pradetto 2012: 12; siehe Anhang, Kap. 6.3). Deshalb lässt die Beschreibung Kasachstans auch Rückschlüsse auf den Zustand der anderen Länder sowie deren Verhältnis zu Deutschland zu.

Das folgende Teilkapitel dient der Einordnung Kasachstans in einen bestimmten Regimetypus. Ob es sich im Falle Kasachstans eher um ein autoritäres oder ein demokratisches Land handelt, hat womöglich Implikationen für den Umgang Deutschlands mit diesem Land. In Kapitel 4.2 werden die außenpolitischen Bemühungen Deutschlands der letzten Jahre gegenüber Kasachstan dargestellt und daraufhin befragt.

### 4.1 Republik Kasachstan – ein Überblick

Die Republik Kasachstan ist seit 1991 unabhängig. Mit der Verfassung von 1993, die das Land als parlamentarische Demokratie konstituierte, setzte eine kurze Phase der politischen Liberalisierung ein, die jedoch ein Übergangsphänomen bleiben sollte (Schmitz 2009: 9; Helms 2012: 132 f.). Die entscheidende Weichenstellung im politischen Transformationsprozess, so Schmitz (2009: 9), kam hingegen der Verfassungsänderung von 1995 zu, die Kasachstan in eine Präsidialrepublik transformierte. Seither konzentriert sich die Macht im politischen System auf den Präsidenten: Er „bestimmt die Regierungspolitik prinzipiell uneingeschränkt, steht über den Gewalten und entscheidet über die Besetzung sämtlicher Schlüsselpositionen im Staat. Darüber hinaus steht es ihm frei, beliebig oft für das Präsidialamt zu

kandidieren“ (Schmitz 2009: 9). Dieses Amt hat seit der Unabhängigkeit dieselbe Person inne: Nursultan Nasarbajew (\*1940); zugleich ist er Vorsitzender der Partei *Nur Otan* (dt. Leuchtendes Vaterland) (Schmitz 2009: 9). Formales Oberhaupt der Regierung ist der Premierminister, der vom Präsidenten ernannt und vor allem mit der Ausführung und Umsetzung von Politiken betraut ist, ohne dabei die Autorität des Präsidenten infrage zu stellen. Da er Kabinettsmitglieder zwar vorschlagen, aber nicht über deren Auswahl entscheiden darf, wird er häufig als *Marionette* des Präsidenten bezeichnet (Dave 2008: 51; Helms 2012: 133). Komplementiert wird die Exekutive durch ein Präsidialamt, das nach Aussage von Bhavna Dave (2008: 51) über beachtlichen Einfluss gegenüber der Regierung und über weitreichende Machtressourcen verfügt. Ein weiteres Machtzentrum sieht Dave im kasachischen Sicherheitsrat, der seit Anfang der 2000er Jahre mehr und mehr an Einfluss gewinnt, indem er die Anstrengungen zur nationalen Sicherheit und Verteidigung koordiniert. Vorsitzender des Sicherheitsrates ist zumeist einer der engsten Vertrauten des Präsidenten (Dave 2008: 51; President of the Republic of Kazakhstan 2012). Das bikamerale Parlament nimmt hingegen eine marginale Rolle im politischen System ein, da es von der Präsidentenpartei und -anhängern dominiert wird.<sup>62</sup> Beispielsweise schlug das Parlament 2010 vor, Nasarbajew den Titel „Führer der Nation“ zu verleihen sowie ihm und seiner Familie lebenslange Immunität zuzusichern, was daraufhin einstimmig beschlossen wurde (Pradetto 2012: 110).<sup>63</sup> Die politischen Parteien sind keine Programmparteien, sondern „klientelistische und hochgradig personalisierte Systemparteien“ (Heinemann-Grüder/Haberstock 2007: 121). Oppositionsparteien und Regimekritiker haben es darüber hinaus aufgrund von Wahlmanipulationen und einer rigiden Gesetzgebung schwer. So finanziert der kasachische Staat nicht die Wahlkampagnen der Parteien, sodass auf parteieigene Mittel zurückgegriffen werden muss. Da aber die politischen und wirtschaftlichen Eliten weitgehend übereinstimmen<sup>64</sup>, verfügt die Opposition nur über geringe Ressourcen (Helms 2012: 137). Darüber hinaus versteht es die politische Führung in Kasachstan, oppositionelle The-

62 Seit den Wahlen 2012 sind neben der Partei *Nur Otan* zwei weitere Parteien im Parlament vertreten. Diese haben knapp die 7-Prozent-Hürde mit 7,47 Prozent und 7,19 Prozent überwunden. Die eine gilt als *Klon-Partei* von *Nur Otan*, der Parteivorsitzende der anderen Partei war bis vor Kurzem selbst Mitglied der *Nur Otan*. Wahlbeobachter der OSZE beschreiben die Wahlen als undemokratisch (Helms 2012: 132 ff.).

63 Mit dem zugehörigen Gesetz wird dem Präsidenten auch nach Ausscheiden aus dem Amt ein prinzipielles Vetorecht bei allen politischen Entscheidungen gewährt (Helms 2012: 142).

64 Wir haben es „mit einer Form des Korporatismus zu tun, in dem ökonomische und politische Eliten endgültig miteinander verwachsen sind“ (Satpajew/Umbetalijewa 2011: 5).

men und Gruppen in das System zu inkorporieren beziehungsweise zu beaufsichtigen, zum Beispiel indem eine *konstruktive Zusammenarbeit* zwischen NGOs und staatlichen Organen von der Regierung vorgesehen ist (Schmitz 2009: 9). Die schon zuvor restriktive Medien-gesetzgebung in Kasachstan wurde während des letzten Parlaments-wahlkampfes verschärft, die Folge ist eine (noch) stärkere Selbstzensur (Schmitz 2009: 9; Helms 2012: 135). Zentrale Eckpfeiler des poli-tischen Systems sind in Kasachstan somit häufig nur Fassade: „Es gibt Parteien, aber kein Parteiensystem. Es gibt ein Parlament, aber keine eigenständige Legislative. Es gibt Gerichte, aber keinen Rechts-staat. Zwar existieren NGOs, aber keine Zivilgesellschaft“ (Satpajew/ Umbetalijewa 2011: 3). Dass die Parlamentswahlen 2012 vorgezogen wurden, hat nach Meinung von Beobachtern auch mit den Ereignis-sen des Jahres 2011 zu tun. Zwischen Juni und November 2011 kam es zu anhaltenden Streiks und Demonstrationen unter Erdöl- und Erdgasarbeitern in Westkasachstan, die von den kasachischen Sicher-heitskräften gewaltsam beendet wurden und viele Verletzte sowie min-destens 16 Todesopfer forderten (Helms 2012: 134). Diese Ereignisse, die von westlichen Medien und Politikern kaum bis zurückhaltend kritisiert wurden<sup>65</sup>, instrumentalisiert die kasachische Führung seit-dem für vielfältige Vergeltungsaktionen. Oppositionelle Zeitungen und Aktivisten sowie kritische Stimmen werden mit Verweis auf eine Beteiligung beziehungsweise Befürwortung der Streiks verboten, ver-urteilt und inhaftiert (Helms 2012: 135).<sup>66</sup> Das jüngste Beispiel für diese Vorgehensweise tangiert sogar die deutsch-kasachischen Bezie-hungen: Der Goethemedailienpreisträger des Jahres 2012, der kasa-chische Theaterregisseur Bulat Atabajew, wurde einige Monate nach Bekanntwerden der Ehrung am 15. Juni 2012 inhaftiert.<sup>67</sup> Er hatte während der Streiks und Demonstrationen Partei für die Arbeiter ergriffen und eine Benefizaufführung in Almaty organisiert. Seither stand er unter Beobachtung der Behörden und wurde bereits mehr-mals verhört (Bensmann 2012). Das Verhalten der kasachischen Füh-rung kann in diesem Fall ohne weiteres als politisches Kalkül und als

65 Vor allem deutsche Menschenrechts- und linke Organisationen berichteten von den Ereignissen. Eine Verurteilung der deutschen Regierung blieb aus.

66 Über dieses Ereignis hinaus werden die kasachischen Sicherheitskräfte regelmäßig für ihr Vorgehen kritisiert, dass Fälle von Folter und anderen Misshandlungen umfasst (Amnesty International 2012). Seltener kommt es auch zu politisch motivierten Morden, wie zum Beispiel 2006 an dem führenden Oppositionspolitiker Sarsenbaev. Da es sich dabei um Rivalen beziehungsweise Kritiker des Präsidenten handelte, wird seine Zustimmung zu den Morden vermutet (Saidazimova 2006).

67 Die Verleihung der Medaille für sein Lebenswerk war für den 28. August 2012 in Weimar geplant. Das Goethe-Institut forderte die kasachische Regierung auf, Atabajew frei und zur Verleihung nach Deutschland reisen zu lassen (Goethe-Institut 2012).

eine Drohung an andere kritische Stimmen im Land gesehen werden. Nasarabajew macht deutlich, dass ihn auch ein möglicher Konflikt mit dem Partnerland Deutschland nicht davon abhält, gegen Oppositionelle im Land vorzugehen. Die nur verhaltene Kritik infolge der Niederschlagung der Proteste in Westkasachstan und die kurz darauf geschlossene Rohstoffpartnerschaft mit Deutschland (siehe Kap. 4.2) bestärken ihn darin. Die Verhaftung Atabajews, „die einen internationalen Aufschrei über ein Ereignis provoziert, das im Westen schon längst vergessen war“ (Bensmann 2012), ist in Deutschland auf geringfügig stärkeren Protest gestoßen<sup>68</sup>, nicht jedoch vonseiten der Bundesregierung, denn sie will die guten wirtschaftlichen Beziehungen und militärischen Verträge nicht gefährden.<sup>69</sup>

Das gilt auch für die anderen Mächte, die mit Zentralasien kooperieren. Ihr Interesse an den dort lagernden Rohstoffen und der weiteren Unterstützung der ISAF-Mission (siehe Kap. 3.3) durch Zentralasien macht sie abhängig. Hinzu kommt das wachsende Selbstbewusstsein der zentralasiatischen Staatschefs aufgrund positiver wirtschaftlicher Entwicklungen, die die Handlungsspielräume und Machtvolumina der Präsidenten entsprechend vergrößern. Die Chancen auf Einflussnahme externer Akteure sind in gleicher Weise geschrumpft. „Es ist kein Zufall, dass das politische Klima in den fünf Staaten in dem Maße restriktiver geworden ist, in dem Zentralasien in den letzten Jahren von der Peripherie zum Drehkreuz der Großmächte geworden ist“ (Sapper/Weichsel/Huterer 2007: 7). August Pradetto beschreibt in seiner aktuellen Publikation dazu ausführlicher, wie es den zentralasiatischen Staatschefs gelingt, die Interessen der unterschiedlichen Akteure in der Region (Russland, China, USA, EU, Japan, Indien, Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien) so auszubalancieren, dass kein einzelner Akteur zu großen Einfluss gewinnt (2012: 128).<sup>70</sup> Er bezeichnet diesen außenpolitischen Ansatz als *multi-vektoral* und sieht ihn im Falle Kasachstans besonders geschickt angewandt (Pradetto 2012: 122 ff.). Dass die deutsche Strategie eine partnerschaftliche Politik im Umgang mit Kasachstan und den anderen Ländern verfolgt, erweist sich unter diesen Bedingungen als sehr nützlich, denn Deutschland erweckt auf diese Weise gar nicht erst den Eindruck, Einfluss üben zu wollen.

68 Die Verhaftung wurde von der Bundestagsfraktion der Grünen und dem Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie dem Ausschuss für Kultur und Medien des Bundestages verurteilt. Sie forderten die sofortige Freilassung des Theaterregisseurs (Deutscher Bundestag 2012b, 2012c, Welt Online 2012).

69 Atabajew wurde Anfang Juli aus der Haft entlassen (Erler 2012).

70 Aufgrund dessen lehnt Pradetto den neo-realistischen Erklärungsansatz, der ein *New Great Game* heraufbeschwört, für Zentralasien ab (2012: 130).



Gefahren für die kasachische Herrschaft drohen deswegen vielmehr von innen. Wie in allen Ländern, in denen die Macht seit Jahrzehnten fast ausschließlich auf eine Person konzentriert ist, sieht sich auch Kasachstan mit dem Problem der Nachfolge konfrontiert. Das derzeitige System, welches perfekt auf Präsident Nasarbajew ausgerichtet ist und von ihm durch gezielte Kooptation politischer Interessengruppen und durch eine intelligente Personalpolitik ausbalanciert wird, könnte bei seinem plötzlichen Ausscheiden aus dem Amt ins Chaos abgleiten (Eschment 2007: 176; Satpajew/Umbetalijewa 2011: 2 ff.; Helms 2012: 141 f.). Sowohl die vorgezogenen Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen im April 2011 und Januar 2012 wurden in der Literatur daher auch mit dem Wunsch Nasarbajews erklärt, die Machtverhältnisse (nach den Unruhen 2011) zu konsolidieren, um die nächste Legislaturperiode für die Ausgestaltung einer Nachfolgeregelung nutzen zu können (Helms 2012: 141 f.). Anzeichen innerelitärer Machtkämpfe aufgrund der bisher offenen Nachfolge geben dazu weiteren Anlass. Es ist davon auszugehen, „dass alle wichtigen Elitegruppen sich insgeheim auf die Realisierung des Projekts ‚Nachfolger‘ vorbereiten, was einen der Gründe für das anhaltend hohe Konfliktpotential innerhalb der Elite darstellt und zu Zusammenstößen zwischen unterschiedlichen Einflussgruppen führen kann“ (Satpajew/Umbetalijewa 2011: 4). Die älteste Tochter des Präsidenten, Dariga Nasarbajew, die als eine mögliche Nachfolgerin gehandelt wird, sitzt nach langer politischer Abwesenheit seit 2007 für *Nur Otan* wieder im Parlament, nachdem sie bis zu deren Anschluss an die Regierungspartei Vorsitzende der Partei *Assar* war. „Mithilfe ihm nahe stehender Personen [...] und anderer Optionen versucht er eine Nachfolgeregelung zu finden, die ihm unbefristete Mitbestimmungsrechte nicht nur per Gesetz, sondern auch durch von ihm eingesetzte Vertrauenspersonen sicherstellen würde“ (Helms 2012: 141). Bereits heute werden alle wichtigen Ämter im Staat, im Medien-sektor und in der Wirtschaft von der Präsidentenfamilie und verbundenen Machtgruppen kontrolliert (Pradetto 2012: 109).

Der Einfluss des Islam<sup>71</sup> und die Gefahr islamistischen Terrors sind – wenn auch zunehmend<sup>72</sup> – in Kasachstan vergleichsweise niedrig. Grund dafür sind die mehrheitlich säkulare Orientierung und die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, die große Loyalität zum Staatswesen

71 Ungefähr 65 Prozent der Kasachen sind sunnitischen Glaubens (Sapper/Weichsel/Huterer 2007: 174).

72 Im Jahr 2011 ereigneten sich mehrere Bombenanschläge und das erste Selbstmordattentat in der Geschichte des Landes; diese richteten sich mehrheitlich gegen die Sicherheitskräfte. Zu einigen Anschlügen bekannte sich die islamistische *Jund al-Khilafah-Brigade* (dt. Soldaten des Kalifats) (Die Presse 2011).

erzeugt. Nichtsdestoweniger zeigen sich Tendenzen einer zunehmend auseinanderdriftenden Gesellschaft, für die extremistische Gruppierungen ein mögliches Ventil bieten. Gleichzeitig kommt es zu einer Zunahme nationalistischer Bestrebungen, die internationale Abkommen und Verträge als nachteilig für das Land begreifen und ein Ende des *Ausverkaufs* fordern (Helms 2012: 144). Unter dem festgezurrten Dach der Regentschaft Nasarbajews sammeln sich also verschiedenste Interessengruppen unterschiedlicher politischer Lager, die bereits heute, aber mehr noch im Falle einer Lockerung der Kontrolle und Repression – beispielsweise in Folge des Ausscheidens Nasarbajews –, um Einfluss, Macht und Zugang zu politischen Ämtern konkurrieren werden.

Die Bedeutung des Islam ist auch deswegen geringer, weil Kasachstan über einen großen russischen Bevölkerungsanteil verfügt. Die „staatstragenden Eliten aller fünf Republiken sind bis heute in hohem Maße von der Sowjetzeit geprägt und säkular orientiert“ (Krämer 2007: 75). Das sowjetische Erbe spielt bis heute insgesamt eine große Rolle, obwohl allen Staaten nach der Unabhängigkeit eine *kulturelle Wiedergeburt* auferlegt wurde. Durch die Neuordnung bedeutender Orte, Symbole und Ereignisse im historischen Kontext wurden nationale Traditionen erfunden, um an eine angeblich vorsowjetische Identität anzuknüpfen<sup>73</sup> sowie die Nationenbildung zu stärken (Laruelle 2007: 143). Eine solche Identität, die sich auf die heutigen Landesgrenzen beschränkte, gibt es jedoch nicht. Tatsächliche Kontinuität besteht stattdessen hinsichtlich der autoritären Machtstrukturen, die von der vorsowjetischen Zeit, die durch traditionelle Klan- und Stammesstrukturen geprägt war, über die sowjetische Zeit mit sehr langen Amtszeiten der (lokalen) Parteiführer bis in die heutige Zeit reicht (Halbach 2007: 78). So begann Nasarbajews politische Karriere bereits vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als er sowohl das Amt des Ministerpräsidenten der Kasachischen Sowjetrepublik als auch von 1989 bis 1991 das des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei inne hatte (Halbach 2007: 87; Pradetto 2012: 109). Lediglich im Bereich der Wirtschaft wurde mit den sowjetischen Traditionen sehr schnell gebrochen:

Obwohl Kasachstan das rohstoffreichste und bereits zu Sowjetzeiten am weitesten industrialisierte Land war, hielt der wirtschaftliche Niedergang, der alle fünf Länder ab 1991 erfasste, aufgrund der starken ökonomischen Verflechtungen mit der Sowjetunion auch hier bis

73 „Turkmenistan und Usbekistan etwa schafften in den 1990er Jahren das kyrillische Alphabet als Symbol der Russifizierung ab. Allerdings führten sie nicht die traditionelle arabische Schrift ein, sondern ein lateinisches Alphabet, ähnlich dem, das in den späten 1920er und 1930er Jahren auf Moskauer Geheiß bereits schon einmal gegolten hatte“ (Laruelle 2007: 140).

Mitte der 1990er Jahre an (Halbach 2007: 95). Danach gelang die wirtschaftliche Konsolidierung vor allem aufgrund der – im Vergleich zu den anderen zentralasiatischen Staaten – weitreichenden Reformen des Bankenwesens, des Wirtschafts- und Eigentumsrechts sowie der Verwaltung<sup>74</sup>, was „das Land zum Magneten für ausländische Investitionen“ (Halbach 2007: 96) machte.<sup>75</sup> Auch wurden die ehemaligen Staatsunternehmen der Öl-, Gas- und Metallbranche Mitte der 1990er Jahre privatisiert.<sup>76</sup> Kasachstan wird daher zumindest mit Blick auf die Wirtschaft als liberal bezeichnet (Schmitz 2009: 7; Heinemann-Grüder/Haberstock 2007: 122). Die wirtschaftliche Potenz gründet sich auf die bedeutenden Vorkommen fossiler und mineralischer Rohstoffe, zu denen Erdöl und -gas, Kohle, Wolfram, Eisenerz, Uran, Nickel, Chrom, Zink, Kupfer, Mangan und andere zählen (Schmitz 2009: 7). Diese werden exportiert oder dienen als Grundlage für die industrielle Produktion, die circa 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) einnimmt. Mit dem Zufluss ausländischer Direktinvestitionen, die in Zentralasien zu 80 Prozent auf Kasachstan entfallen, wurde ein enormer Wachstumsprozess in Gang gesetzt, der zwischen 1997 und 2007 eine Verfünffachung des BIP zur Folge hatte. Bis zu einem Konjunkturereinbruch 2007 aufgrund der Krise auf dem US-Hypothekenmarkt betragen die jährlichen Wachstumsraten etwa zehn Prozent (Schmitz 2009: 7 f.). Obwohl auch das Pro-Kopf-Einkommen deutlich zunahm (von 1456 US-Dollar 1997 auf 6.748 US-Dollar 2007 und auf über 10.000 US-Dollar seit 2010), verlaufen die Reduzierung der Armut auf dem Land<sup>77</sup> sowie die Reform des Gesundheits- und Bildungssystems noch schleppend

- 74 Ungewöhnlich für autoritäre Regime, wurde die Verwaltung 1997 verkleinert sowie die Anzahl der Ministerien und Landkreise verringert. Zudem kam es zu einer generellen Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst mit dem Ziel der Qualitätssicherung sowie zu einer Trennung zwischen politischen und administrativen Beamten. Dies soll die Effektivität der Verwaltung sichern und dort die Korruption reduzieren. Die politischen Beamten, zu denen Minister, Gouverneure und Staatsorganvorsitzende gehören, können dagegen weiter wie bisher auf Basis persönlicher Loyalitätsbeziehungen die *staatliche Einheit* sicherstellen (Geiß 2007: 166). Die weitreichenden Reformen von 1997 nahm Nasarabajew außerdem zum Anlass, die Hauptstadt von Almaty nach Astana zu verlegen, was „Anlass und Möglichkeit [gab], die Zusammensetzung der politischen Elite erheblich“ (Eschment 2007: 177) und zu seinen Gunsten zu verändern.
- 75 Die weitreichenden Reformen von 1997 nahm Nasarabajew außerdem zum Anlass, die Hauptstadt von Almaty nach Astana zu verlegen, was „Anlass und Möglichkeit [gab], die Zusammensetzung der politischen Elite erheblich“ (Eschment 2007: 177) und zu seinen Gunsten zu verändern.
- 76 In jüngster Zeit ist die politische Führung bemüht, Kontrolle über die strategisch wichtigen Industrien zurückzugewinnen oder zu wahren, unter anderem durch die Besetzung der Führungspositionen in der Wirtschaft mit Familienmitgliedern oder Getreuen. Man spricht hier auch von *ökonomischem Nationalismus* (Schmitz 2009: 9).
- 77 „Besonders benachteiligt sind der dicht bevölkerte, an Usbekistan grenzende Süden des Landes, aber auch die ölreichen Westprovinzen“ (Schmitz 2009: 10). Dies liefert eine Erklärung dafür, warum gerade dort 2011 die Proteste ausbrachen.

(Halbach 2007: 96; Schmitz 2009: 9 f.). Vom Wachstum und den sozialen Verbesserungen profitierte vor allem der Mittelstand, also die „gut ausgebildete Schicht von Geschäftsleuten, Beamten und Angestellten in den städtischen Zentren“ (Schmitz 2009: 9). Mit ihrer Zustimmung zum derzeitigen System verleihen sie dem Präsidenten ein hohes Maß an Legitimität. Insgesamt kann festgestellt werden, „dass die Wirtschaftspolitik als das Fundament gilt, auf dem die regionalen und, zumindest partiell, auch die internationalen Aspirationen<sup>78</sup> des kasachischen Staates fußen“ (Schmitz 2009: 11).

Auf Basis dieser Darstellung sind Kasachstan und die anderen vier zentralasiatischen Staaten als autoritäre Regime zu charakterisieren. Will man dies spezifizieren, ließen sich die Attribute „präsidentiell, dynastisch, patrimonial und [...] sultanistisch“ anfügen (Heinemann-Grüder/Haberstock 2007: 121). Der Politikwissenschaftler August Pradetto (2012: 119) diagnostiziert einen *modernen Sultanismus*, der sich durch eine Mischung von Kalifatstraditionen, sowjetischer Repression und Bürokratie sowie frühkapitalistischer Rentierstaatlichkeit auszeichnet.

Der derzeit dominierende Erklärungsansatz der Zentralasienforschung betont vor allem das strukturelle Erbe des Sowjetsystems und die daraus resultierende politische und institutionelle Pfadabhängigkeit. „Danach gibt es unter der Oberfläche neuer formaler Arrangements eine große Kontinuität informeller Institutionen und Herrschaftsnetzwerke (Clans), die den neuen Bedingungen angepasst sind“ (Grävingsholt 2007: 411). Pradetto lehnt in diesem Zusammenhang auch den *Failed-states*-Erklärungsansatz ab, der häufig von westlichen Staaten bemüht wird. Das kasachische Herrschaftssystem sei – bis auf das Problem der Nachfolge – stabil, da es über „Repression erzwungene, [...], aber auch durch traditionelle Strukturen und Verhaltensmuster gestützte Legitimität“ (Pradetto 2012: 131 f.) verfüge. Zudem sei das loyalitätserzeugende Verteilungspotenzial aufgrund der hohen Rohstoffeinnahmen entsprechend groß (Pradetto 2012: 132). Abschließend lässt sich daher feststellen: „Politisch scheint Zentralasien einen Weg einzuschlagen, der nicht zu einem Staat ‚westlicher Prägung‘ führt“ (Stadelbauer 2007: 24).

78 Kasachstan erhebt den Anspruch einer Regionalmacht und will darüber hinaus den Anschluss an die 50 konkurrenzfähigsten Länder der Welt erreichen. Die Handlungsmöglichkeiten im zentralasiatischen Raum sind aufgrund der Konkurrenz mit Usbekistan und anderer Differenzen begrenzt, weswegen sie sich vor allem um einen internationalen Prestigezuwachs bemühen (Schmitz 2009: 12, 29). „Astana verschafft sich hier zunehmend Gehör, indem es als regionaler Sicherheitslieferant und als Repräsentant einer für Vermittlungsaufgaben prädestinierten ‚eurasischen‘ Identität auftritt“ (Schmitz 2009: 29). Dafür ist auch die „Anerkennung in internationalen Foren und durch Staaten außerhalb der Region [...] von entscheidender Bedeutung“ (Schmitz 2009: 29).

## 4.2 Deutsch-kasachische Beziehungen

An dieser Stelle sollen die Beziehungen zwischen Kasachstan und Deutschland in Ergänzung zu Kapitel 3 genauer betrachtet werden. Wie bereits deutlich geworden ist, sind und waren die Beziehungen beider Länder im Vergleich zu den anderen Staaten Zentralasiens von jeher intensiv und der Austausch fand quantitativ auf einem deutlich höheren Niveau statt. Angesichts der erneuten Intensivierung der Partnerschaft seit 2007 und den vermehrten außenpolitischen Aktivitäten Deutschlands, werden vor allem Ereignisse im Zeitraum der dritten Phase, 2007 bis 2012, in den Blick genommen.

Deutsch-Kasachischer Wirtschaftsrat, Deutsch-Kasachisches Wirtschaftsforum, Deutsch-Kasachische Regierungsarbeitsgruppe Wirtschaft und Handel, Deutscher Wirtschaftsclub in Kasachstan, Delegiertenbüro der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien (siehe Zeitafel im Anhang, Kap. 6.4) – die Anzahl an Dialogforen und Institutionen zur Stärkung der deutsch-kasachischen Beziehungen ist gewaltig und ihr Wirtschaftsbezug eindeutig. Legten die Ausführungen in Kapitel 3 eine Dominanz wirtschaftlicher Interessen bereits nahe, räumt die Ausgestaltung der deutsch-kasachischen Beziehungen letzte Zweifel endgültig aus. So besuchten innerhalb von nur 1,5 Jahren zwischen 2010 und 2011 zehn Wirtschaftsdelegationen aus Deutschland Kasachstan (Kazakh.net 2011). Die 2007 gegründete Deutsch-Kasachische Regierungsarbeitsgruppe Wirtschaft und Handel, in der Vertreter der Wirtschaftsministerien beider Länder bilaterale Wirtschaftsfragen diskutieren, dient zum Beispiel der politischen Begleitung strategischer Unternehmensprojekte sowie der Durchsetzung von Wirtschaftsreformen (BMW 2009). Der Vorstand des 2010 gegründeten Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsrates setzt sich wiederum aus „Firmenvertretern, unter anderem von Siemens, Thyssen Krupp, Knauf, Claas, Metro und Deutsche Bank“ (Ost-West-Contact 2012: 13) zusammen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die kasachische Modernisierung durch den Transfer deutscher Technologien und deutschen Know-hows voranzubringen. Aufgabe des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien und des Mitgliederverbandes deutscher und kasachischer Firmen, des Deutschen Wirtschaftsclubs, ist es, den Markteinstieg von Firmen zu begleiten, zu erleichtern und bei Problemen zur Seite zu stehen (Hetsch 2012: 14). Das starke deutsche Engagement spiegelt sich auch in der Anzahl von Vertretungen vor Ort wider. Zurzeit sind in Kasachstan 160 deutsche Firmen mit einer Repräsentanz vertreten sowie 170 Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung tätig (Ost-West-Con-

tact 2012: 13). Kasachstan ist mit einem 85-prozentigen Anteil am Zentralasienhandel der wichtigste Partner für Deutschland in der Region und Deutschland für Kasachstan bevorzugter Partner in der EU (Cordes 2012: 18). Das Handelsvolumen beider Länder vergrößert sich seit den 1990er Jahren stetig. So stiegen zwischen 2010 und 2011 die Exporte nach Kasachstan um 25 Prozent auf 1,72 Milliarden Euro und die Importe um 16 Prozent auf 4,46 Milliarden Euro (Ost-West-Contact 2012: 11 f.). Dieser Umfang spiegelt die Bedeutung Kasachstans aber nur unzureichend wieder: „Nimmt man die bloßen Zahlen, spielt Kasachstan für den Außenhandel Deutschlands keine große Rolle“ (Ost-West-Contact 2012: 12). Das Interesse an der Region speist sich daher vielmehr aus der Tatsache, dass in Kasachstan strategisch bedeutende Rohstoffe lagern. Diese können im Austausch für Güter erworben werden, die die Stärke deutscher Wirtschaft ausmachen und deren Absatz die Stellung Deutschlands als Exportweltmeister auch in Zukunft sicherstellen kann. Es handelt sich dabei um die klassischen deutschen Exportprodukte der Infrastruktur-, Telekommunikations-, Anlagenbau- und Eisenbahntechnikbranche, deren Absatzmöglichkeiten in der Europäischen Union weitgehend ausgeschöpft und rückläufig sind (Erler 2008: 15; Peyrouse 2009: 6). Kasachstan, das in seinem Bestreben, so schnell wie möglich zu den 50 ökonomisch konkurrenzfähigsten Ländern der Welt zu gehören, auf solche Technologien und das zugehörige Know-how angewiesen ist, wird somit zu einem interessanten Handelspartner. Die Bedeutung Deutschlands für Kasachstan ist damit nicht zu unterschätzen: „Als Zulieferer rangiert Deutschland hinter China auf Platz zwei, wobei amerikanische Firmen den Deutschen auf den Fersen sind“ (Ost-West-Contact 2012: 12). Auf beiden Seiten ist man daher bestrebt, die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen, da noch enormes Potenzial bestehe. Hinsichtlich der Bedeutung für die Versorgung mit strategischen Rohstoffen ist Kasachstan bereits der dritt- bis sechstgrößte Erdöllieferant Deutschlands (BMW i 2011; BMW i 2012).<sup>79</sup> Von weit größerer Bedeutung vor allem für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung Deutschlands ist aber die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen oder *Seltenen Erden* durch Kasachstan. Bei den *Seltenen Erden* handelt es sich um 17 Elemente des Periodensystems, deren besondere Eigenschaften für die Herstellung bestimmter Produkte, zum Beispiel von Brennstoffzellen, Displays, Akkus für Hybrid- und Elektrofahrzeuge oder Dauermagneten in Windkraftanlagen,

79 Kasachstan konkurriert um diese Plätze mit Norwegen, Libyen und Nigeria. Platz eins und zwei nehmen Russland und Großbritannien ein. Die Fördermengen variieren je Monat (BMW i 2011; BMW i 2012). Kasachstan verfügt über die neungrößten Erdölreserven weltweit (Cordes 2012: 18).

verwendet werden. Obwohl zumeist nur eine geringe Menge dieser Elemente benötigt wird, ist ohne sie die Herstellung dieser Technologien, welche unter anderem Deutschlands Energiewende sicherstellen sollen, nicht möglich (ISE 2012). China kontrolliert circa 95 Prozent der erschlossenen Vorkommen, obwohl nur ein Drittel aller Reserven an *Seltenen Erden* auf chinesischem Territorium lagern. Diese faktische Monopolstellung nutzt das Land für die eigene Produktion gekonnt aus, indem es deren Ausfuhr durch Exportquoten und -zölle beschränkt, um den Konkurrenten auf dem Weltmarkt den Zugang zu erschweren (Zeit Online 2012; Hoffmann 2012a).<sup>80</sup> Auch Kasachstan verfügt über große Vorkommen, die aber noch weitgehend unerschlossen sind. Bei der strategischen Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich<sup>81</sup>, die Deutschland am 8. Februar 2012 mit der Republik Kasachstan geschlossen hat, handelt es sich daher um ein Abkommen mit Weitsicht (Bundesregierung 2012b). Deutschland will langfristig seinen Bedarf an seltenen Metallen und Erden absichern, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.<sup>82</sup> Das Prinzip der beschlossenen Partnerschaft spiegelt die oben erläuterten gegenseitigen Interessen wider: „Rohstoffe gegen Technologie“ (Ost-West-Contact 2012: 11). Während deutschen Unternehmen die Suche und der Abbau der wichtigen Rohstoffe ermöglicht werden, fließen Investitionen und Technologien nach Kasachstan; es gilt – so der Originalvertragstext – „zur Diversifizierung und Modernisierung der deutschen und kasachischen Wirtschaft beizutragen“ (Bundesregierung 2012b: 2; siehe Auszüge aus dem Abkommen im Anhang, Kap. 6.5). Kasachstan hat sich den Zugang Deutschlands zu seinen Rohstoffen dabei umfangreich vergüten lassen. Denn zunächst wird vor allem das zentralasiatische Land von der breiten Unterstützung und Beteiligung deutscher Unternehmen an der Modernisierung und Industrialisierung profitieren. Deutschland ist

80 2010 senkte China beispielsweise die Exportquote für *Seltene Erden* von 50.000 auf 30.000 t, während sich der weltweite Bedarf auf 48.000 t beläuft (Steinbach 2011: 48). Mit solchen Maßnahmen verstößt das Land gegen seinen Beitrittsvertrag zur Welthandelsorganisation, weswegen die EU, die USA und Japan China im März 2012 bei der WTO angezeigt haben (Zeit Online 2012).

81 Der offizielle Titel lautet „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich“. Im Folgenden wird dieses Abkommen als *Rohstoffpartnerschaft* bezeichnet.

82 Die Notwendigkeit der Sicherung alternativer Bezugsquellen für nichtenergetische mineralische Rohstoffe, von deren gesichertem Import die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und Wirtschaft abhängt, gehört seit einigen Jahren zu den prioritären Regierungsprojekten. Im Oktober 2010 wurde diesbezüglich eine neue Rohstoffstrategie vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) verabschiedet. Im selben Monat wurde die Deutsche Rohstoffagentur ins Leben gerufen „als eine neue organisatorische Sondereinheit in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe“ (BMWi 2010a, 2010b). Eine Aufgabe der Rohstoffagentur ist es, die Kooperation mit rohstoffreichen Ländern zu fördern (BMWi 2010a).

buchstäblich in *Vorkasse* gegangen, da bis zur Erschließung von Lagerstätten noch einige Zeit vergehen wird und erhebliche Schwierigkeiten beseitigt werden müssen, weil der Sektor bisher noch sehr wenig entwickelt ist (MD; DWK KAZ 2012: 6). Zu den deutschen Leistungen gehören die außenwirtschaftspolitischen Instrumente, wie Exportkreditversicherungen, Investitions Garantien und ungebundene Finanzkredite sowie weitere Förder- und Beratungsmaßnahmen (Bundesregierung 2012b: 7; siehe Auszüge aus dem Abkommen im Anhang, Kap. 6.5). Die kasachische Regierung wiederum unterstützt deutsche Unternehmen in administrativen Angelegenheiten, unter anderem bei der Beantragung von Arbeitsgenehmigungen, der Registrierung und Einrichtung von Repräsentanzen (Bundesregierung 2012b: 6). Das Abkommen gilt zunächst für fünf Jahre und wird „stillschweigend jeweils um weitere fünf Jahre“ verlängert, sofern es nicht von einem Partner aufgekündigt wird (Bundesregierung 2012b: 10). Die ersten konkreten Wirtschaftsverträge zwischen kasachischen und deutschen Unternehmen wurden noch am Tag der Unterzeichnung und am Folgetag aufgesetzt. Es sollen 30 bis 50 Einzelverträge im Gesamtwert von drei bis 4,5 Milliarden Euro unterzeichnet worden sein; der größte darunter mit einem Volumen von 230 Millionen Euro zwischen Siemens und der kasachischen Eisenbahngesellschaft (DWK KAZ 2012: 5).<sup>83</sup> In einem nächsten Schritt werden prioritäre Projekte vom deutschen und kasachischen Wirtschaftsministerium vorgeschlagen, die bei positiver Entscheidung durch die Deutsch-Kasachische Regierungsarbeitsgruppe Wirtschaft und Handel stärker als andere gefördert werden.

Für Kasachstan bringt ein noch stärkeres deutsches Engagement im Land weitere Vorteile mit sich, denn die als konservativ und als schwer zu überzeugen geltenden deutschen Unternehmen bleiben – wenn sie sich erst einmal für eine Beteiligung entschlossen haben – in guten und in schlechten Zeiten und verleihen Kasachstan damit „den Stempel eines ernsthaften Industriestandorts“ (DWK KAZ 2012: 5). Wo deutsche Unternehmen aktiv sind, werden andere europäische Länder nachziehen, so die These.

Da dieses Abkommen, welches den jüngsten Meilenstein in den deutsch-kasachischen Beziehungen darstellt, eindeutig durch nationale Interessen motiviert ist, sprechen die deutschen Akteure sie auch direkt an. Wie schon in Kapitel 3.3 für die gesamte Region festgestellt, formuliert Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre seine Interessen

83 Bereits im Juli 2010 wurden im Rahmen eines Kasachstanbesuches der Kanzlerin Wirtschaftsverträge im Wert von 2,3 Milliarden Euro unterzeichnet (Kazakh.net 2011).



an Kasachstan deutlich und verschleiert dabei keineswegs den Vorrang wirtschaftlicher Erwägungen. So konstatiert der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, dass es bei der Rohstoffpartnerschaft „um die vitalen Exportinteressen Deutschlands geht“ und dass Deutschland für die Herstellung und die Wettbewerbsfähigkeit bei der Produktion von Elektrobatterien für Elektroautos „einhundert Rohstoffe [braucht], die nicht in Deutschland existieren“, weswegen man mit einem gewissen Realismus an diese Fragen herangehen müsse (DLF 2012). Die Versorgung mit Rohstoffen sei deswegen im deutschen *Interesse*. Auch thematisiert Mißfelder in jenem Interview das schwierige Spannungsverhältnis von wertgebender und interessengeleiteter Außenpolitik, die im Falle von Menschenrechtsverletzungen beispielsweise in Kasachstan an ihre Grenzen stößt. Dieses Thema dürfe nicht ignoriert werden, aber es sei nun einmal so, dass die „wirtschaftlichen Interessen in dieser Frage überwiegen“ (DLF 2012).

Welche Interessen damit in der Hierarchie ganz oben stehen, kann mit Blick auf Zentralasien und Kasachstan kaum deutlicher beantwortet werden. Auch die Frage, inwiefern die Verfasstheit Kasachstans als ein autoritärer Staat den Umgang Deutschlands mit dem Land beeinflusst, erübrigt sich. Angesichts der stetigen Intensivierung der deutsch-kasachischen Beziehungen bei gleichzeitiger Zunahme der Repression und des Personenkultes um den Präsidenten<sup>84</sup> in Kasachstan scheint die politische Lage für Deutschland nicht als ein Kriterium für die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zu gelten. Die ausbleibende Kritik an der Niederschlagung der Proteste in Westkasachstan hat dies einmal mehr verdeutlicht.

Ein weiteres interessantes Zugeständnis Mißfelders betrifft die Ebene, auf der die Rohstoffpartnerschaft angesiedelt ist. War es in Deutschland in der Vergangenheit üblich, Wirtschaftskooperationen auf privater Ebene zu etablieren und Unternehmen vonseiten des Staates lediglich unterstützend und mittels der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen behilflich zu sein, wurde die deutsch-kasachische Rohstoffpartnerschaft nun auf Regierungsebene beschlossen (Steinbach 2011: 51 f.). Mißfelder vermerkt diesbezüglich, dass „obwohl es unseren ordnungspolitischen Vorstellungen in erster Linie nicht entspricht“ (DLF 2012), die Rolle des Staates stärker herauszustellen, dies im Rohstoffbereich getan werde, weil der Staat in den rohstoffreichen potenziellen Partner-

84 So wurde Ende 2011 kurz vor der Verabschiedung der Rohstoffpartnerschaft ein neuer Feiertag in Kasachstan eingeführt. „Danach wird am 1. Dezember ein neuer Feiertag begangen, der ‚Tag des ersten Präsidenten der Republik Kasachstan‘, zu Ehren von Nasarabajew“ (DWK KAZ 2012: 14).

ländern auch eine „sehr, sehr große Rolle“ (DLF 2012) spiele.<sup>85</sup> Deutschland passt sich damit den Gegebenheiten und Modi des Partnerlandes an, anstatt seine eigenen Normen und Werte durchzusetzen. Es stellt sich die Frage, inwiefern dies mit dem Leitbild einer *Zivilmacht*<sup>86</sup>, das häufig im Zusammenhang mit deutscher Außenpolitik formuliert wird, zusammenpasst. Deutschland unterstützt mit der Verstaatlichung der Wirtschaftsbeziehungen nämlich eine ökonomische Nationalisierung in Kasachstan, die frühe Errungenschaften der marktwirtschaftlichen Reformen in den 1990er Jahren zunichtemachen und eine weitere Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes zur Folge haben (siehe Kap. 4.1). Deutschland trägt damit nicht zu einer Demokratisierung Kasachstans beispielsweise mittels einer Konditionierung der Partnerschaft bei, sondern stattdessen zu einer Perpetuierung und Stärkung der autoritären Strukturen. Die eingangs beschriebene außenpolitische Prämisse von einem *Wandel durch Handel* stellt sich somit als Mär heraus; die Partnerschaft Kasachstans mit westlichen Ländern hat hingegen lediglich zum Aufbau von formal demokratischen Strukturen und Institutionen geführt, die jedoch ohne Probleme in das traditionell autoritäre System eingebunden wurden (Grävingholt 2007: 411).

In Deutschland soll durch den Verweis auf den Wettbewerb um Rohstoffe und Ressourcen zur Sicherung der industriellen Produktion und damit des Wohlstandes Legitimität für die umstrittene Rohstoffpartnerschaft hergestellt werden. Denn anders als bei vorangegangenen Staatsbesuchen und Wirtschaftsverträgen stieß der Berlin-Besuch von Staatspräsident Nasarbajew anlässlich der Unterzeichnung der Rohstoffpartnerschaft im Februar 2012 auf Kritik und großes Echo in den deutschen Medien (Eschment 2012: 7). „Der Tenor nahezu aller Artikel war, unabhängig von der Orientierung der Zeitung, überraschend kritisch. Nasarbajew wurde ausdrücklich als Autokrat bezeichnet, Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite deutlich angesprochen“ (Eschment 2012: 7). Auch Bundestagsabgeordnete der Grünen und der Linken oder die Nichtregierungsorganisation *Human Rights Watch* kritisierten den Empfang des Präsidenten und forderten die Bundeskanzlerin auf, auch die Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren.

85 Diese Neuausrichtung deutscher Außenpolitik findet auch in der Rohstoffstrategie seinen Niederschlag, in der deutlich gemacht wird, dass die Bundesregierung rohstoffpolitisch relevante Projekte stärker als in der Vergangenheit flankieren wird (BMW 2010a).

86 In der Typologie, die zwischen Machtstaat, Zivilstaat und Handelsstaat unterscheidet, wird ein Zivilstaat wie folgt charakterisiert: Seine Legitimität ist auch in der Außenpolitik abhängig vom Erreichen immaterieller Werte und die Förderung sozialer Gerechtigkeit auf globaler Ebene ist sein Ziel. „Die Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik für sicherheitspolitische bzw. außenwirtschaftliche, egoistische Interessen der Geberländer widerspricht somit grundlegend dem Zivilstaatsmodell“ (Schrade 1999: 261).

Schließlich protestierten bei der Ankunft von Nasarbajew anlässlich eines Vortrages bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) 30 Demonstranten mit Pfiffen (Eschment 2012: 7).

Neben der Rohstoffpartnerschaft wurde am Rande des Besuchs von Nasarbajew auch der *Berliner Eurasische Klub* (BEK) gegründet. Dieses Dialogforum gibt Politikern und Experten aus Deutschland und der EU eine Möglichkeit, sich vor allem mit Vertretern aus den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und Zentralasiens auszutauschen (DWK KAZ 2012: 7; Brinkmann 2012). Beim ersten der dreimal jährlich – jeweils in Berlin, Brüssel und Astana – stattfindenden Treffen standen Kasachstans Rolle als dynamisch wachsendes Land in Eurasien und Deutschlands Rolle als Wirtschaftsmotor der EU im Zentrum (Brinkmann 2012). Kasachstan ist auch deswegen von großem Interesse, weil es sich mit Russland und Belarus nach dem Vorbild der Europäischen Union zur *Eurasischen Union* zusammenschließen will.<sup>87</sup> Am 1. Januar 2012 trat mit diesem Ziel ein gemeinsamer Eurasischer Wirtschaftsraum in Kraft (DWK KAZ 2012: 10). Diese Union „ist Neuland für die EU. Wir sollten den BEK als eine Gelegenheit begreifen, konkreter über bestimmte politische und wirtschaftliche Prozesse im neuen Eurasien nachzudenken“, so Alexander Rahr, Programmdirektor des Berthold-Beitz-Zentrums der DGAP, wo der Berliner Eurasische Klub angesiedelt ist (DGAP 2012b; DWK KAZ 2012: 7). Der BEK soll darüber hinaus dazu dienen, die weitere Ausgestaltung der Rohstoffpartnerschaft zu diskutieren. Wie schon bei der EU-Zentralasienstrategie ist Deutschland innerhalb der EU auch in Bezug auf neue Rohstoffpartnerschaften politischer Motor und Initiator einer frühen Kontaktaufnahme mit dem neuen Bündnis *Eurasische Union* (MD).<sup>88</sup> Generell lässt sich hinsichtlich der rohstoffpolitischen Aktivitäten feststellen, dass sich Deutschland allmählich an die veränderten Bedingungen auf dem Weltmarkt (zum Beispiel auf Chinas Exportbeschränkungen für *Seltene Erden*) anpasst, dahingehend eine wichtige Position und Vorreiterrolle in der EU einnimmt, während die EU als Ganzes „hinterherhinkt“ (Kleinwächter 2011: 42; Steinbach 2011: 45). Dies wurde vom Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) in einer Rede anlässlich der Eröffnung des 3. BDI-Rohstoffkongresses 2010 deutlich, in der er feststellte: „Rohstoffpolitik ist eine Schlüsselaufgabe“ (BMWi 2010a) und „Ganz oben

87 Zuvor bestand zwischen den drei Ländern eine Zollunion. Eine solche Integration ist unter den Ländern der ehemaligen Sowjetunion bisher einmalig (Hoffmann 2012b).

88 Der interviewte Matthias Dornfeldt nahm an der Gründungssitzung des BEK teil und erinnerte sich an die vielen Bundestagsabgeordneten, die während der Sitzung anwesend waren (MD). Die rege Teilnahme von Parlamentariern deutet erneut auf ein starkes Interesse der deutschen Politik an der Region hin.

steht aber die Sicherung der Rohstoffversorgung“ (BMW 2010a). Weiter heißt es, dass eine nachhaltige Rohstoffversorgung zentraler Baustein sei für wettbewerbsfähiges Wirtschaften in Deutschland und dafür auch eine „kraftvolle und eng verzahnte europäische Rohstoffpolitik“ (BMW 2010a) notwendig sei. Diese Aussagen des Wirtschaftsministers gehen Hand in Hand mit den Forderungen der deutschen Industrie- und Wirtschaftsunternehmen und belegen deren großen Einfluss auf die (Außen-)Politik. So äußerte unter anderem Thyssen-Krupp Chef Ekkehard Schulz 2010, dass die Rohstoffversorgung eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre sei, und forderte eine direkte Beteiligung des Bundes an der Deutschen Rohstoff AG (Finanzwirtschaftler 2010). Diese AG ist dabei, „ein international tätiges, diversifiziertes Rohstoffunternehmen“ aufzubauen (Rohstoff 2012). Die AG funktioniert im Sinne eines Joint Venture<sup>89</sup> und soll die Aktivitäten von Rohstoff fördernden Unternehmen bündeln (Kwiatkowska-Drozd 2011).

Bezüglich der sicherheitspolitischen Interessen lassen sich keine Aussagen treffen, die über die bereits hergestellten Zusammenhänge in Kapitel 3 hinsichtlich der Bedeutung der zentralasiatischen Länder als Garanten der Transport- und Abzugsrouten von und nach Afghanistan hinausgehen. Hingegen zeichnen sich die kulturellen deutsch-kasachischen Beziehungen durch einige Besonderheiten aus. Aufgrund der großen Zahl an in Kasachstan lebenden Deutschstämmigen – 1989 ungefähr eine Million, 2000 noch 500.000 und heute circa 200.000 Menschen (Bos 2007: 466; AA 2011b) – bestand von jeher eine besondere Beziehung zwischen beiden Ländern. Diese Bevölkerungsgruppe nahm, laut der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper (FDP), dabei eine wichtige *Brückenfunktion* ein (AA 2011b).<sup>90</sup> Sinnbild dieser besonderen Beziehung ist die Deutsch-Kasachische Universität (DKU) in Almaty. Diese 1999 auf private Initiative gegründete Hochschule ist laut Staatsministerin Pieper das „Vorzeigeprojekt unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“ (AA 2011b); in dieser Bildungseinrichtung wird „für Kasachstan eine breite Palette wichtiger Fachkräfte im ingenieurwissenschaftlich-technischen Bereich ausgebildet“ (AA 2011b). Als Leuchtturmprojekt der bilateralen Zusammenarbeit war die DKU auch an zahlreichen Veranstaltungen des *Deutschland-Jahres in Kasachstan* 2010 beteiligt. Dieses Themenjahr folgte auf ein *Kasachstan-Jahr in*

89 Ein Joint Venture ist ein Zusammenschluss von Unternehmen. Bei der Durchführung von Projekten wird gemeinsam das finanzielle Risiko getragen (Wirtschaftslexikon 2012b).

90 Da seit 1990 eine massive Abwanderung der deutschstämmigen Kasachen stattgefunden hat, leben in Deutschland heute ca. 800.000 Kasachstandeutsche, „die gesellschaftlich weitgehend integriert sind“ (AA 2012b).

*Deutschland* 2009; die Durchführung beider wurde im September 2008 auf einer Zentralasienreise von Bundespräsident Horst Köhler (CDU) mit dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew vereinbart. Die zweijährige Veranstaltungsreihe dient dem Kulturaustausch, dem Kennenlernen des jeweils anderen Landes und der Vermittlung eines facettenreichen Bildes von Deutschland beziehungsweise Kasachstan (AA 2010a). Dafür wurden verschiedene Veranstaltungen zu den Bereichen Kunst, Bildung, Gesellschaft, Klima, Umwelt und Wirtschaft durchgeführt. Zum Beispiel wurde Deutschland als Studien- und Wissenschaftsstandort für Kasachen im Rahmen des Schwerpunktes Bildung beworben (AA 2010a; 2010b; 2011b).

Wie bereits in Kapitel 3.3 festgestellt, sind die Aktivitäten im Bereich der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – wie auch der Fokus der DKU auf ingenieurwissenschaftlich-technische Studiengänge verdeutlicht – ein Mittel zur Förderung der deutschen Außenwirtschaft. Auch Staatsministerin Pieper bezeichnet sie als dritte Säule der deutschen Außenpolitik neben der klassischen Außen- und Außenwirtschaftspolitik (AA 2010b). Im Rahmen dieser Strategie wird auch in Kasachstan die Verbreitung der deutschen Sprache gefördert und unterstützt. So fördert das Auswärtige Amt mit der „Partnerschulinitiative“ (PASCH) 13 Schulen in Kasachstan, an denen Deutsch unterrichtet wird (AA 2011b). Zudem bieten das Goethe-Institut, der DAAD, die ZfA und die Robert-Bosch-Stiftung vielfältige Sprachprogramme an. Der DAAD finanziert auch Auslandsaufenthalte für kasachische Studenten oder betreut kasachische Stipendiaten in Deutschland (AA 2011b). Neben der DKU gibt es verschiedene Hochschulpartnerschaften, zum Beispiel zwischen der TU München und der TU Ostkasachstan, und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung vergibt Forschungsstipendien an hochqualifizierte Wissenschaftler aus Kasachstan (AA 2012b).

Nach der Betrachtung der deutsch-kasachischen Beziehungen ist festzustellen, dass die Kooperationen in den vergangenen Jahren angesichts der wachsenden regionalen Bedeutung Kasachstans zugenommen und sich verstärkt haben (AA 2010a). Neben den intensiven Wirtschaftsbeziehungen belegen auch die verstärkten und flankierenden Bemühungen im Rahmen der Kulturbeziehungen die Bedeutungszunahme Kasachstans innerhalb der deutschen Außenpolitik. Die wirtschaftspolitischen Interessen sind insgesamt am wichtigsten und auch am erfolgreichsten in der Umsetzung (MD). Von den Interviewpartnern wurden die herausgehobene Bedeutung Kasachstans für Deutschland sowie die guten Beziehungen zueinander bestätigt.



## 5 Fazit

„Zentralasien ist das wirkliche Ende Europas, die Grenzmembran zwischen den Zivilisationen, einerseits einer Welt des Autoritarismus und andererseits einer Welt der Demokratie, ein Grenzbereich zwischen religiösen und säkularen politischen Ordnungen, zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt“ (Körber-Stiftung 2007: 37).

Dass Deutschland gute Kontakte zu diesem sogenannten *dritten europäischen Raum* Zentralasien pflegt, dessen Repräsentanten zumindest in der Rhetorik eine „historisch bedingte Affinität zu Europa“ hervorheben und deswegen „stark nach Westen orientiert“ (Körber-Stiftung 2007: 27 ff.) seien, hat die Analyse der Politik Deutschlands gegenüber der Region gezeigt.

Die guten Beziehungen sind für Deutschland und die EU in verschiedener Hinsicht von Nutzen. Einerseits ermöglichen sie den Dialog mit einer Region, deren Stabilität auch für die Sicherheit Europas von Bedeutung ist. Andererseits ist Zentralasien mehr als nur eine Pufferzone zwischen Europa und Afghanistan oder Iran, sodass gute bilaterale Beziehungen auch den Zugang zu strategischen Rohstoffen begünstigen. Die Interessen Deutschlands und der EU sind entgegen häufiger Darstellungen jedoch nicht identisch. Um die Unterschiede in der Prioritätensetzung herauszuarbeiten, war die von der EU-Politik weitgehend losgelöste Betrachtung der deutschen Aktivitäten besonders hilfreich, denn nur mit diesem Fokus konnten viele bemerkenswerte Einzelheiten – die in den Publikationen zur EU-Zentralasienpolitik zumeist untergehen – aufgedeckt werden. Der Schwerpunkt der Analyse lag auf der deutschen Zentralasienpolitik, die ergänzt wurde durch eine Betrachtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur EU-Politik gegenüber der Region. Im Zentrum der Arbeit standen verschiedene Forschungsfragen zu den Interessen, die diese Politiken leiten und dominieren, zu den Akteuren, die Einfluss auf die Interessendurchsetzung nehmen sowie zu etwaigen Veränderungen in der Politik hinsichtlich der Schwerpunktsetzung und Intensität der Maßnahmen. Zudem galt es, die Bedeutung der deutschen für die EU-Zentralasienpolitik herauszuarbeiten. Für die Untersuchung dieser Forschungsfragen wurden fünf Hypothesen formuliert, von denen vier sowohl für die gesamte Region Zentralasien als auch für das Fallbeispiel Kasachstan bestätigt werden konnten:

Die Analyse der drei Phasen der Außenpolitik gegenüber Zentralasien sowie die konkrete Betrachtung Kasachstans anhand der Dimensionen wirtschaftspolitischer, sicherheitspolitischer und normativer Interessen haben ergeben, dass Deutschland eine eigene, von der EU

zum Teil unabhängige Politik gegenüber Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan verfolgt, womit die erste Hypothese bestätigt werden kann. Deutlich wurde dies unter anderem anhand verabschiedeter Strategien, Programme und Kooperationen, der Anzahl an Staatsbesuchen sowie diverser Aktivitäten auch nichtstaatlicher Akteure, die sich explizit der Region Zentralasien und nicht etwa dem gesamten GUS-Raum widmen. Mehr noch war und ist Deutschland in Zentralasien mit Abstand der aktivste Akteur unter den EU-Mitgliedstaaten und aufgrund seiner Expertise sowie der schon vor 1991 bestehenden guten Kontakte der BRD und DDR zur Sowjetunion prädestiniert, sich der Pflege der Beziehungen auch als Repräsentant der Europäischen Union anzunehmen. Die eingangs vorgestellte These von einer Ostorientierung deutscher Außenpolitik kann anhand des untersuchten Materials und der Region daher gestützt werden. Innerhalb der EU findet diese Ausrichtung ihren Widerhall in von Deutschland initiierten und geförderten Verträgen und Programmen zur Stärkung der Beziehungen mit Zentralasien, Russland und Osteuropa oder in der Kontaktpflege zu Organisationen und Bündnissen mit zentralasiatischer Beteiligung wie der Eurasischen Union oder dem Eurasischen Wirtschaftsraum. Es ist deswegen nur folgerichtig, dass seit dem 1. Juli 2012 eine deutsche Diplomatin EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien ist und damit die gesamte Region in der EU vertritt. Die Hypothese von einer deutschen Zentralasienpolitik, die als Impulsgeber der europäischen fungiert, kann deswegen bestätigt werden.

Die deutlich höhere Intensität der deutsch-zentralasiatischen Beziehungen im Vergleich zu denen der EU resultiert auch aus den stärkeren und vielseitigeren Interessen Deutschlands an der Region. Während Stellungnahmen und Maßnahmen der EU vordergründig auf die Bedeutung Zentralasiens für die Energieversorgung und -diversifizierung abheben, obwohl das Potenzial Zentralasiens sowie die Möglichkeiten der Beteiligung der EU im Energiebereich gegenüber bereits seit Jahrzehnten engagierten Ländern als gering erachtet werden (Pradetto 2012: 23), verfolgt Deutschland neben sicherheitspolitischen und normativen Interessen *diverse* wirtschaftspolitische Interessen.

Letztere dominieren entgegen der in der Einleitung formulierten These von einem Vorrang energiepolitischer Interessen die Außenpolitik Deutschlands gegenüber Zentralasien deutlich. Der Export von Know-how und Technologie aus Deutschland in die zentralasiatischen Länder, der zu einer Modernisierung der postsowjetischen Wirtschaften beiträgt, erzeugt im Vergleich zu bloßen monetären Einnahmen durch Energierohstoffverkäufe zudem einen deutlichen Mehrwert. Auch die



flankierenden Maßnahmen der deutschen Außenwirtschafts-, Außenwissenschafts- und Außenkulturpolitik, wie zum Beispiel Rechtsberatungsangebote, Sprachkurse oder die Ausbildung von Managern, bedeuten einen langfristigen Nutzen sowie nachhaltige Entwicklungsschritte für Zentralasien.

Deutschland profitiert wiederum von seinen vielfältigen Investitionen insofern, als es damit Vertrauen erzeugt, die Bereitschaft zu langfristigem Engagement untermauert, und damit über einen Verhandlungsvorteil verfügt, der ihm teilweise einen prioritären Marktzugang beschert sowie die Erschließung von Märkten der Zukunft ermöglicht. Aufgrund der gegenseitigen Vorteile ist das Kooperationsmodell einer partnerschaftlichen Politik für Deutschland Leitmotiv seiner außenpolitischen Bemühungen in Zentralasien.

Da eine Partnerschaft aber auch auf gemeinsamen Werten und nicht nur auf gemeinsamen Interessen beruhen sollte, ruft diese Politik gerade unter NGOs und Menschenrechtsorganisationen, aber auch in Teilen der deutschen Opposition Kritik hervor. Denn die fünf zentralasiatischen Länder sind autoritär regiert und gehen als solche unter anderem gewaltsam gegen die Opposition oder ethnische Minderheiten vor. Wenn Deutschland Belarus, das kaum über Rohstoffe verfügt, für seine Wahlmanipulationen und Menschenrechtsverletzungen kritisiert, ein ähnliches Verhalten im rohstoffreichen Kasachstan aber unkommentiert lässt, drängt sich der Verdacht auf, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird (Brill Olcott 2007: 399).

Auslöser dafür, dass das Leitprinzip der Wertgebundenheit in der deutschen Außenpolitik deutlich in den Hintergrund gerückt ist, sind unter anderem die tiefgreifenden Veränderungen auf den globalen Rohstoffmärkten. Denn mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Chinas und anderer Schwellenländer nahm die Konkurrenz erheblich zu, sodass importabhängigen Staaten wie Deutschland angesichts der Reorganisation und Etablierung neuer Rohstofflieferverträge der Zugang zu Rohstoffen erschwert wird. Dies macht(e) einige Anpassungen der bisherigen Politik notwendig. „Aufgrund der neuralgischen Rolle für die eigene Entwicklung beinhaltet die Außenpolitik Deutschlands zunehmend eine Energie- und Rohstoffkomponente“ (Kleinwächter 2011: 41). Die maßgeblichen Veränderungen bestehen dabei in der politischen Aufwertung des Rohstoffthemas sowie in einer neuen Strategie hin zu *mehr Staat*. Hatten Wirtschaft und Politik in Deutschland zuvor eine deutliche Distanz zueinander gewahrt, streben sie nun mit dem Ziel der Sicherung der strategischen Rohstoffversorgung zentral gesteuerte und gemeinsam koordinierte nationale Initiativen an (Inverardi/Rinke 2011).

Da ein politisches Vorgehen, das Werten und Normen Vorrang vor Interessen einräumen würde, dazu führte, dass der *Wettlauf* um die weltweiten Rohstoffe von Deutschland verloren wird, werden Menschenrechtsverletzungen in Partnerländern zwar angesprochen, aber nicht sanktioniert. Die Rohstoffpartnerschaft mit Kasachstan liefert ein anschauliches Beispiel dafür. Zur Unterstützung dieser Politik konstatieren außenpolitische Repräsentanten wieder und wieder, dass sich Demokratie nicht exportieren lasse und Deutschland keinesfalls als „moralischer Richter“ (Meckel/Milbradt/Pflüger et al. 2012: 2) auftreten dürfe. Solche Aussagen begleiten den exemplarisch für Kasachstan und Zentralasien festgestellten Wandel in der außenpolitischen Rhetorik, die nun eigene Interessen bewusst formuliert und einfordert. Die sprachlichen Veränderungen sollen in der Bevölkerung ein Bewusstsein für deutsche Interessen, die notwendigen Bedingungen ihrer Durchsetzung sowie Zustimmung erzeugen, sodass weitreichende Veränderungen in der Rohstoffpolitik mittels legaler Mittel vorgenommen werden können (Kwiatkowska-Drożdż 2011). So ist zu erwarten, dass die zunehmende Konkurrenz auf den Rohstoffmärkten die deutsche Politik mehr und mehr beeinflussen wird. *„In the near future, Germany’s resource policy may become a driving force behind changes in its foreign and security policy“* (Kwiatkowska-Drożdż 2011).

So ist auch die in einer Hypothese formulierte und im Zeitverlauf festgestellte Bedeutungszunahme Zentralasiens und Kasachstans im Rahmen der deutschen Außenpolitik maßgeblich auf die Existenz rohstoffpolitisch relevanter unerschlossener Reserven an *Seltenen Erden* sowie Erdöl und -gas zurückzuführen.

Die Bedeutung sowie die Möglichkeiten der Einflussnahme wirtschaftlicher Akteure auf die deutsche Außenpolitik wurden am Beispiel Zentralasiens und Kasachstans als weitreichend und unter allen Akteuren am größten bewertet, womit die zu Beginn der Arbeit aufgestellte Hypothese bestätigt werden kann. Angesichts der neuen Schwerpunktsetzung auf Rohstoffpolitik wird dieser Einfluss noch zunehmen. Welche Auswirkungen aber hat eine solche Entwicklung auf die deutsche Außenpolitik?

Ulrike Guérot hat diesbezüglich bereits eine vor allem auf wirtschaftlichen Interessen basierende Orientierung in Richtung aufstrebender Schwellenländer sowie eine Substitution von Außen- durch Handelspolitik festgestellt (Guérot 2012: 10). In der Typologie, die zwischen Machtstaat, Zivilstaat und Handelsstaat unterscheidet, ist Letzterer ein solcher, der absolute Wohlfahrtsgewinne gegenüber einer Verbesserung seiner relativen Machtposition anstrebt und „für den die

Verwirklichung ethischer Werte der Verfolgung egoistischer Interessen untergeordnet ist“ (Schrade 1997: 259).<sup>91</sup> Die Ergebnisse der Untersuchung der Außenpolitik gegenüber Zentralasien haben ein solches Bemühen Deutschlands teilweise bestätigt. Es stellt sich jedoch die Frage, inwiefern sich Deutschland, als einer der größten Exporteure weltweit, damit von anderen Wirtschaftsmächten unterscheidet. So stellt der Politikwissenschaftler Jochen Hippler fest: „Kaum ein wichtiger außenpolitischer Staats- und Regierungsbesuch kommt noch ohne eine eindrucksvolle Begleitung durch Wirtschaftsvertreter aus, und die Förderung privatwirtschaftlicher Interessen (oft Exportinteressen, aber auch zur Rohstoff- und Energiesicherung) gehört zum Standardrepertoire der Außenpolitik“ (Hippler 2012: 30). Zudem hat die Analyse Zentralasiens gezeigt, dass die EU vom Voranschreiten Deutschlands, unter anderem bei der Etablierung von Partnerschaften und der Erschließung neuer Märkte, nicht nur profitiert, sondern sogar auf Impulse vonseiten Deutschlands angewiesen ist. In der außenpolitischen Debatte wird die Aktivität Deutschlands daher zunehmend als logische Konsequenz seiner wirtschaftlichen und politischen Potenz gesehen (u. a. Sandschneider 2012). An die Stelle der Angst vor deutscher Dominanz tritt damit die Forderung nach Gestaltung, wobei im starken bilateralen außenpolitischen Engagement Deutschlands einerseits und seiner Rolle im europäischen Integrationsprozess andererseits kein Widerspruch gesehen wird.<sup>92</sup> Ganz im Gegenteil scheinen sich beide Umstände zu bedingen, denn: „Die Gestaltungsmacht Europas hängt an ihrer größten Volkswirtschaft“ (Sandschneider 2012: 3).

Die Analyse der deutschen Außenpolitik gegenüber Zentralasien hat somit auch generelle Entwicklungen der nationalen und europäischen Außenpolitik sowie ihres Wechselverhältnisses aufgezeigt. Eine vertiefende Untersuchung der an Bedeutung gewinnenden Tendenzen innerhalb der deutschen Außenpolitik, unter ihnen vor allem die Bedeutungszunahme des Staates im Rahmen der Wirtschafts- und Rohstoffpolitik sowie die Unterordnung normativer gegenüber wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen, sollte weitere Fälle mit einbeziehen.

91 Zudem heißt es über den Handelsstaat, dass er Entwicklungshilfe vor allem solchen Ländern zukommen lässt, „die als Außenhandelspartner und als Abnehmer von Exportprodukten interessant erscheinen, d. h. insbesondere aufstrebende Ökonomien mit hohem Marktpotential und/oder Staaten, die bereits wichtige Handelspartner sind“ (Schrade 1997: 259).

92 Es sei an dieser Stelle auf den Appell des polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski im November 2011 verwiesen, als er bei einem Deutschlandbesuch bemerkte: „Ich habe weniger Angst vor deutscher Macht, als ich anfangs, mich vor deutscher Inaktivität zu fürchten“ (EurActiv 2011).



# 6 Anhang

## 6.1 Literaturverzeichnis

### Monografien

- Algieri, Franco: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Falcultas, Wien 2010.
- Auswärtiges Amt (AA): Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990–1993. Eine Dokumentation. Auswärtiges Amt, Bonn 1993.
- Auswärtiges Amt (AA): Deutsche Außenpolitik 1995. Auswärtiges Amt, Bonn 1995.
- Auswärtiges Amt (AA): Deutsche Außenpolitik 1998. Auswärtiges Amt, Bonn 1998.
- Auswärtiges Amt (AA): Deutsche Außenpolitik 2001. Auswärtiges Amt, Berlin 2001.
- Auswärtiges Amt (AA): Deutsche Außenpolitik 2002. Auswärtiges Amt, Berlin 2002.
- Bar, Julia: Wasserkonflikte in Zentralasien. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2009 (WeltTrends Thesis, Bd. 5).
- Bredow, Wilfried von: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 2., aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.
- Brill Olcott, Martha: Central Asia's second chance. Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C. 2005.
- Brzezinski, Zbigniew: The grand chessboard. American primacy and its geostrategic imperatives. Basic Books, New York 1997.
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR): XIII Zentralasiatische Länder der GUS. BGR, Hannover, Berlin 1998 (Rohstoffwirtschaftliche Länderstudien).
- Czempel, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. C. H. Beck, München 1999.
- Dschafarow, Rauf: Die Politik der Groß- und Regionalmächte im Südkaukasus und in Zentralasien. Peter Lang, Frankfurt a. M. [u. a.] 2009 (Europäische Hochschulschriften, Bd. 1073).
- Gareis, Sven Bernard: Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. 2. Auflage. Budrich, Opladen [u. a.] 2006.
- Hellmann, Gunther: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.
- Kavalski, Emilian: The new Central Asia. The regional impact of international actors. World Scientific Publications, Singapur 2010.
- Keohane, Robert O. / Nye, Joseph S.: Power and interdependence. 3. Auflage. Longman, New York [u. a.] 2001.
- Krause, Ulf von: Die Afghanistanensätze der Bundeswehr. Politischer Entscheidungsprozess mit Eskalationsdynamik. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.
- Lapins, Wulf: Demokratieförderung in der Deutschen Außenpolitik. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.
- Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. 4. aktualisierte Auflage. Dietz, Bonn 1996.
- Pradetto, August: Zentralasien und die Weltmächte, oder: *Great Game Boys* auf Reisen. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2012 (Strategische Kultur Europas, Bd. 9).
- Puglierin, Jana: Zwischen realistischen Interessen und moralischem Anspruch. Eine theoriegeleitete Analyse der deutschen Außenpolitik seit 1989/90. Institut für Internationale Politik, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg 2004.

Sadyrbek, Mahabat: Die Zentralasienstrategie der EU. Neues „Great Game“ oder neue Chance für die Region? Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2009.

Schwarz, Hans-Peter: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1985.

Urzde, Sigita: Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten. Nomos, Baden-Baden 2010.

Warkotsch, Alexander: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union. Interessen, Strukturen und Reformoptionen. Peter Lang, Frankfurt a. M. [u. a.] 2006.

Weber, Max: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik. Kröner, Stuttgart 1992.

Woyke, Wichard: Handwörterbuch Internationale Politik. 12. überarbeitete und aktualisierte Auflage. Budrich, Opladen [u. a.] 2011.

### **Sammelwerke**

Melvin, Neil J. (Hrsg.): Engaging Central Asia. The European Union's New Strategy in the Heart of Eurasia. Centre for European Policy Studies, Brüssel 2008.

Rittberger, Volker (Hrsg.): German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies. MUP, Manchester 2001.

Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656).

Theiler, Olaf (Hrsg.): Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24).

WeltTrends: Großmächtiges Deutschland. WeltTrends 43, 2004.

Zamirad, Azadeh (Hrsg.): Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20).

### **Beiträge aus Sammelwerken**

Albrecht, Ulrich: Interessen als Kriterien in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation. Nomos, Baden-Baden 2001, S. 112–122.

Allison, Roy: Blockaden und Anreize. Autoritarismus und regionale Kooperation. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 257–276.

Bos, Ellen: Die GUS-Staaten. In: Schmidt, Siegmund / Hellmann, Gunther / Wolf, Reinhard (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 455–467.

Brand, Alexander: Entwicklungspolitik ist *Interessenpolitik* ist *Interessenpolitik*. In: Brand, Alexander / Niemann, Arne (Hrsg.): Interessen und Handlungsspielräume in der deutschen und europäischen Außenpolitik. TUDpress, Dresden 2007, S. 41–58.

Brand, Alexander: Alte These – neuer Aufguss. In: Zamirad, Azadeh (Hrsg.): Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 34–37.

Brand, Alexander / Fochtmann, Kathrin / Niemann, Arne: Einleitung. Interessen und Handlungsspielräume als Analysekategorien deutscher und europäischer Außenpolitik – Implikationen für Handlungsempfehlungen. In: Brand, Alexander / Niemann, Arne (Hrsg.): Interessen und Handlungsspielräume in der deutschen und europäischen Außenpolitik. TUDpress, Dresden 2007, S. 9–40.

Brill Olcott, Martha: Ohne Linie. Der Westen und Usbekistan nach Andischan. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 389–400.

Bunde, Tobias / Oroz, Adrian: Warten auf Godot. In: Zamirirad, Azadeh (Hrsg.): *Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte*. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 26–29.

Cordes, Eckhard: Rohstoffpartnerschaft als wichtigstes Thema. In: Falkner, Jutta / Leger, Klaus (Hrsg.): *Deutsch-Kasachisches Wirtschaftsjahrbuch*. OWC-Verlag für Außenwirtschaft, Münster 2012, S. 18–19.

Dave, Bhavna: The EU and Kazakhstan. Is the pursuit of energy and security cooperation compatible with the promotion of human rights and democratic reforms? In: Melvin, Neil J. (Hrsg.): *Engaging Central Asia. The European Union's New Strategy in the Heart of Eurasia*. Centre for European Policy Studies, Brüssel 2008, S. 43–67.

Dierßen, Imke: Ohne Konsequenz. Menschenrechtspolitik gegenüber Usbekistan. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 377–388.

Dinger, Dörte: Nationale Interessen sind von gestern. In: Zamirirad, Azadeh (Hrsg.): *Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte*. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 22–25.

Erlr, Gernot: Oil and Gas in the Caspian Sea Region. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) / SPD Bundestagsfraktion (Hrsg.): *A Great Game No More: Oil, Gas and Stability in the Caspian Sea Region*. FES, SPD, 1999, S. 1–6.

Erlr, Gernot: Erfahrung und Interesse Das EU-Engagement in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 369–376.

Erlr, Gernot / Müller, Friedemann: Region of the Future: The Caspian Sea. German Interests and European Politics in the Trans-Caucasian and Central Asian Republics. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) / SPD Bundestagsfraktion (Hrsg.): *A Great Game No More: Oil, Gas and Stability in the Caspian Sea Region*. FES, SPD, 1999, S. 91–104.

Eschment, Beate: Elitenrekrutierung in Kasachstan. Nationalität, Klan, Region, Generation. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 175–194.

Fragner, Bert G.: Hochkulturen und Steppenreiche. Der Kulturraum Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 27–52.

Geiß, Paul Georg: Andere Wege in die Moderne. Recht und Verwaltung in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 155–174.

Grävingsholt, Jörn: Ohne Gewähr. Demokratieförderung in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 401–416.

Gumpel, Werner: Die außenpolitischen Optionen Kasachstans und der zentralasiatischen Republiken und ihrer auswärtigen Beziehungen, insbesondere zu Deutschland. In: Meissner, Boris (Hrsg.): *Die Außenpolitik der GUS-Staaten und ihr Verhältnis zu Deutschland und Europa*. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, S. 147–155.

Hacke, Christian: Interessen und Legitimation nationaler Außen- und Sicherheitspolitik. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): *Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation*. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24), S. 131–144.

Halbach, Uwe: Das Erbe der Sowjetunion. Kontinuitäten und Brüche in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 77–98.

Heinemann-Grüder, Andreas / Haberstock, Holger: Sultan, Klan und Patronage. Regimedilemmata in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 121–138.

Hetsch, Jörg: Raus aus der Rohstofffalle. Stand und Perspektiven der deutsch-kasachischen Wirtschaftsbeziehungen. In: Falkner, Jutta / Leger, Klaus (Hrsg.): *Deutsch-Kasachisches Wirtschaftsjahrbuch*. OWC-Verlag für Außenwirtschaft, Münster 2012, S. 10–15.

Jansen, Christoph / Kreuzenbeck, Lisa / Wilmanns, Manuel B.: „It's the Strategy, Stupid! In: Zamirad, Azadeh (Hrsg.): *Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte*. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 18–21.

Krämer, Annette: Islam in Zentralasien. Blüte, Unterdrückung, Instrumentalisierung. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 53–76.

Laruelle, Marlène: Wiedergeburt per Dekret. Nationsbildung in Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 139–154.

Mangold, Klaus: Potenzial und Perspektiven. Zentralasien im Fokus der deutschen Wirtschaft. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 549–557.

Mey, Holger H.: Der Interessenbegriff in der Politikberatung für nationale Außen- und Sicherheitspolitik. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): *Deutsche Interessen in der sicherheits-politischen Kommunikation*. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24), S. 145–157.

Pradetto, August: Interessen und „nationale Interessen“ in der Außen- und internationalen Politik. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): *Deutsche Interessen in der sicherheits-politischen Kommunikation*. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24), S. 33–68.

Reichel, Hans-Christian: Die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit den GUS-Staaten. In: Meisner, Boris (Hrsg.): *Die Außenpolitik der GUS-Staaten und ihr Verhältnis zu Deutschland und Europa*. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1994, S. 157–165.

Rumer, Eugene B.: Peripherie, Zentrum, Problemfall. Die Zentralasienpolitik der USA. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007 (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 295–312.

Rusche, Maxian / Bielawski, Martina / Riemann, Silke et al.: Deutsche Interessen offen diskutieren! Plädoyer für eine neue außenpolitische Kultur. In: Zamirad, Azadeh (Hrsg.): *Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte*. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 9–17.

Schmitz, Andrea: Interessen, Instrumente, Einflussgrenzen. Die Europäische Union und Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007a (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 327–338.

Schmunk, Michael: German Policy Towards the Caspian Sea Region. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) / SPD Bundestagsfraktion (Hrsg.): *A Great Game No More: Oil, Gas and Stability in the Caspian Sea Region*. FES, SPD, 1999, S. 72–76.

Schuster, Ulrich: Wiederkehr des Immergleichen? In: Zamirad, Azadeh (Hrsg.): *Deutsche Interessen. Eine außenpolitische Debatte*. Universitätsverlag Potsdam, Potsdam 2011 (WeltTrends Papiere, Bd. 20), S. 51–55.

Siedschlag, Alexander: Definition und Reichweite des Interessenbegriffs in den internationalen Beziehungen. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): *Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation*. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24), S. 17–32.



Stadelbauer, Jörg: Zwischen Hochgebirge und Wüste. Der Naturraum Zentralasien. In: Sapper, Manfred / Weichsel, Volker / Huterer, Andrea (Hrsg.): *Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007a (Schriftenreihe, Bd. 656), S. 9–26.

Wellershoff, Dieter: Interessen in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik. In: Theiler, Olaf (Hrsg.): *Deutsche Interessen in der sicherheitspolitischen Kommunikation*. Nomos, Baden-Baden 2001 (Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Bd. 24), S. 123–130.

### **Aufsätze aus wissenschaftlichen Zeitschriften**

Bendiek, Annegret / Neyer, Jürgen: Wohin steuert Deutschland? Die neue deutsche Ostpolitik im Kontext der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS)* 3(4), 2010, S. 445–455.

Bredow, Wilfried von: Machtpolitikresistenztestanordnungsproblem. In: *WeltTrends* 43, 2004, S. 18–22.

Busse, Sabine: Für ein Voranschreiten der deutschen Realität. Ein Plädoyer für verantwortungsvollen Pragmatismus. In: *WeltTrends* 43, 2004, S. 23–28.

Gießmann, Hans J.: Deutsche Außenpolitik sollte gescheite Friedenspolitik sein. In: *WeltTrends* 43, 2004, S. 41–46.

Grewlich, Klaus W.: Nabucco und der Wettlauf um das kaspische Gas. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS)* 4, 2011, S. 53–64.

Guérot, Ulrike: Eine deutsche Versuchung: östliche Horizonte?. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62(10), 2012, S. 9–16.

Gumpfenberg, Marie-Carin von / Gumpfenberg, Marcus B. von: Great Game: Phase 3. In: *GUS-Barometer* 11(37), 2005, S. 4–6.

Hacke, Christian: Mehr Bismarck, weniger Habermas. Ein neuer Realismus in der deutschen Außenpolitik? In: *Internationale Politik* 61, 2006, S. 1–8.

Hellmann, Gunther: Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus. In: *WeltTrends* 42, 2004, S. 79–88.

Hippler, Jochen: Perspektiven der internationalen Politik im 21. Jahrhundert. Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62(10), 2012, S. 27–33.

Jünemann, Annette / Knodt, Michèle: Externe Demokratieförderung durch die Europäische Union. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 13, 2006, S. 113–122.

Kleinwächter, Lutz: Neue Strategien für ein altes Problem. Überlegungen zur Rohstoff- und Machtpolitik Deutschlands. In: *WeltTrends* 79, 2011, S. 37–42.

Knelangen, Wilhelm: Eine neue deutsche Europapolitik für eine andere EU? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 38–39, 2005, S. 24–30.

Leinen, Jo: Energieaußenpolitik für Europa. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS)* 2, 2009, S. 427–436.

Link, Werner: Vom elend des „offensiven Idealismus“. Eine Antwort auf Hellmanns „Traditionslinie und Sozialisationsperspektive“. In: *WeltTrends* 43, 2004a, S. 47–51.

Link, Werner: Grundlinien der außenpolitischen Orientierung Deutschlands. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 11, 2004b, S. 3–8.

Masala, Carlo: Don't worry, be happy. Eine Erwiderung auf Gunther Hellmann. In: *WeltTrends* 43, 2004, S. 52–56.

Rahr, Alexander: Konturen einer neuen Ostpolitik. In: *GUS-Barometer* 12(41), 2006, S. 1–6.

Sandschneider, Eberhard: Deutsche Außenpolitik: eine Gestaltungsmacht in der Kontinuitätsfalle. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 62(10), 2012, S. 3–9.

Schrade, Christian: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4(2), 1997, S. 255–294.

Schwarz, Siegfried: Dramatisierung deutscher Außenpolitik. In: WeltTrends 43, 2004, S. 62–66.

Steinbach, Volker: Rohstoffsicherung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands? Rohstoffstrategie im globalen Wettbewerb. Interview mit Volker Steinbach. In: WeltTrends 79, 2011, S. 43–55.

### **Artikel aus nichtwissenschaftlichen Zeitschriften oder Zeitungen**

Geden, Oliver: Außenansicht: Auslaufmodell Erdgas. In: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2011, S. 2.

### **Reihe, Studie, Bericht, Report**

Basedau, Matthias / Portela, Clara / von Soest, Christian: Peitsche statt Zuckerbrot: Sind Sanktionen wirkungslos? (GIGA Focus, Nr. 11). Hamburg, German Institute of Global and Area Studies (GIGA), 2010.

Bienen, Derk / Freund, Corinna / Rittberger, Volker: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 33). Tübingen, Abteilung Internationale Beziehungen / Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 1999.

Ciechanowicz, Artur / Poplawski, Konrad: The German concept for increasing the economic benefits of globalization (CeWeekly). Warschau, Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich), 2012.

Deutscher Wirtschaftsclub in Kasachstan (DWK KAZ): DWK-Info (Nr. 18). Almaty, Deutscher Wirtschaftsclub in Kasachstan, 2012.

Deutscher Wirtschaftsclub in Usbekistan (DWK UZB): DWK-Info (Nr. 2). Taschkent, Deutscher Wirtschaftsclub in Usbekistan, 2011.

Erlar, Gernot: Zentralasien verbindet Europa und Asien. Interview mit Staatsminister Gernot Erlar am 31. Juli 2008 (Zentralasien-Analysen, Nr. 8). Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa, 2008.

Eschment, Beate: Der Deutschlandbesuch des Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew – ein Höhepunkt der bilateralen Beziehungen? (Zentralasien-Analysen, Nr. 50). Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa, 2012.

Gotkowska, Justyna: Niemieckie sieci na Wschodzie. Niemiecki soft power w Europie Wschodniej, Azji Centralnej i na Kaukazie Południowym (OSW Report). Warschau, Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich), 2010.

Grant, Charles: Is Europe doomed to fail as a power? (Essay). London, Centre for European Reform, 2009.

Grewlich, Klaus W.: Pipelines, Drogen, Kampf ums Wasser – greift die EU-Zentralasienstrategie? (Discussion Paper, Nr. 200). Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 2010.

Gumpenberg, Marie-Carin von: Deutsches und Europäisches Engagement in Zentralasien. Ein Beitrag zur Stabilisierung der Region? (Arbeitspapier, Nr. 85). Sankt Augustin, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2002.

Helms, Amos: Parlamentswahlen in Kasachstan. Umstrittener Verlauf, Unumstrittener Präsident (KAS Auslandsinformationen, Nr. 5). Sankt Augustin, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012.

Hoffmann, Katharina: Analyse: Eurasische Union – Alte Integrationsidee mit neuem Namen (Russland-Analysen, Nr. 237). Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 2012b.

Körber-Stiftung: Energie und Geostrategie im kaspischen Raum – Akteure, Interessen, Konfliktpotenziale (Bergedorfer Gesprächskreis, Nr. 113, Baku, Aserbaidschan). Hamburg, Körber-Stiftung, 1998.

Körber-Stiftung: Europäische Politik in Zentralasien (Edition Körber-Stiftung, Bergedorfer Gesprächskreis, Nr. 137, Astana, Kasachstan). Hamburg, Körber-Stiftung, 2007.

- Krumm, Reinhard: Zentralasien. Kampf um Macht, Energie und Menschenrechte (Kompass 2020). Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007.
- Kunze, Thomas (2006): Russlands Hinterhof: Turkmenistan – Selbstzerstörung durch Autokratie (KAS-Auslandsinformationen), 2/06, Sankt Augustin.
- Kwiatkowska-Drożdż, Anna: The natural resources deficit: the implications for German politics (OSW Commentary). Warschau, Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich), 2011.
- Lang, Józef / Matusiak, Marek / Strachota, Krzysztof: A new chapter in relations between NATO & the USA and Central Asia (Eastweek). Warschau, Centre for Eastern Studies (Ośrodek Studiów Wschodnich), 2012.
- Laumulin, Murat T.: Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration? (Discussion Paper, Nr. 29). Bonn, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, 1999.
- Mangold, Klaus: Grußwort von Dr. Klaus Mangold für die erste Ausgabe der Zentralasien-Analysen (Zentralasien-Analysen, Nr. 1). Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa, 2008.
- Matveeva, Anna: EU Stakes in Central Asia (Chaillot Paper, Nr. 91). Paris, Institute for Security Studies, European Union, 2006.
- Meckel, Markus / Milbradt, Georg / Pflüger, Friedbert et al.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft. Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft (DGAPStandpunkte, Nr. 1). Berlin, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 2012.
- Müller, Friedemann: Energie-Außenpolitik. Anforderungen veränderter Weltmarktconstellationen an die internationale Politik (SWP-Studie, Nr. 33). Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006.
- Niepagenkemper, Eva: Zwischen Förderung von Stabilität, Menschenrechten und langfristigen Wirtschaftsinteressen. Wo steht die Zentralasienstrategie der EU? (BICC Focus, Nr. 5). Bonn, Bonn Internationale Center for Conversion (BICC), 2007.
- Ochmann, Cornelius: Im Osten was Neues (spotlight europe, Nr. 6). Gütersloh, Bertelsmann Stiftung, 2009.
- Ost-West-Contact: 100 Fragen und Antworten zum Kasachstan-Geschäft (Special, Nr. 4). Berlin, Das Wirtschaftsmagazin für Ost-West-Kooperation, 2012.
- Peyrouse, Sébastien: Business and Trade Relationships between the EU and Central Asia (Working Paper, Nr. 1). Brüssel, EUCAM, 2009.
- Raabe, Stephan: Der Streit um die Ostsee-Pipeline. Bedrohung oder notwendiges Versorgungsprojekt? (Rapporte der KAS, Nr. 14). Warschau, Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, 2009.
- Satpajew, Dosym / Umbetalijewa, Tolganay: Die Dynamik von Machterhalt und -nachfolge. Die politische Elite in Kasachstan und Perspektiven für den Machtwechsel (Zentralasien-Analysen, Nr. 39). Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa, 2011.
- Schmitz, Andrea: Effizienz als Leitmotiv. Die „Strategie für eine neue Partnerschaft mit Zentralasien“ (Analyse, Nr. 24). Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2007b.
- Schmitz, Andrea: Kasachstan: neue Führungsmacht im postsowjetischen Raum? (SWP-Studie, Nr. 7). Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2009.
- Schmitz, Andrea / Somfalvy, Esther: Falsche Erwartungen. Die innenpolitische Dimension des kasachischen OSZE-Vorsitzes (SWP-Aktuell, Nr. 9). Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2011.
- Schmitz, Andrea / Wolters, Alexander: Politischer Protest in Zentralasien. Potentiale und Dynamiken (SWP-Studie, Nr. 4). Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2012.
- Shao, Yuqun: The EU's Central Asia Policy and its Implications for China (Discussion Paper, Nr. 9). Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2008.
- Zentralasien-Analysen: Chronik vom 22. Februar bis zum 21. März 2008 (Zentralasien-Analysen, Nr. 3). Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa, 2008.

## Dokumente

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Zentralasienkonzept. 2005. [http://www.giga-hamburg.de/content/ias/pdf/asien\\_konzept.pdf](http://www.giga-hamburg.de/content/ias/pdf/asien_konzept.pdf) (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesregierung: Zentralasienkonzept der Bundesregierung. 2002. [http://www.giga-hamburg.de/content/ias/pdf/zentralasien\\_konzept\\_bure.pdf](http://www.giga-hamburg.de/content/ias/pdf/zentralasien_konzept_bure.pdf) (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesregierung: Globalisierung gestalten – Partnerschaften ausbauen – Verantwortung teilen. Konzept der Bundesregierung. 2012a. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesregierung: Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich. 2012b. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

Europäische Kommission: 52000DC0191. Mitteilung der Kommission über Wahlunterstützung und Wahlbeobachtung durch die EU /\* KOM/2000/0191 endg. \*/. 2002. <http://eur-lex.europa.eu/> (abgerufen am 02.06.2012).

European Union: Strategy Paper 2002–2006 & Indicative Programme 2002–2004 for Central Asia. 2002. [http://eeas.europa.eu/central\\_asia/rsp/02\\_06\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/central_asia/rsp/02_06_en.pdf) (abgerufen am 03.08.2012).

Rat der Europäischen Union (EU Rat): Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft. 10113/07. 2007. <http://register.consilium.europa.eu/> (abgerufen am 06.08.2012).

## Internet

Amnesty International: Amnesty Report 2012 Kasachstan: 2012. <http://www.amnesty.de/> (abgerufen am 05.07.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der Eröffnung der Konferenz „Zentralasien und Europa. Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jh.“: 23.11.2007. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 02.05.2012).

Auswärtiges Amt (AA): „Auf dem Weg zu einer europäischen Ostpolitik“ – Rede von Bundesaußenminister Steinmeier anlässlich der Podiumsdiskussion bei der Willy-Brandt-Stiftung: 04.03.2008. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 23.06.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Deutschland in Kasachstan 2010: 04.02.2010a. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Interview Staatsministerin Pieper mit der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Kasachstan: 05.03.2010b. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Turkmenistan. Beziehungen zu Deutschland: 2011a. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 27.06.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Grußwort von Staatsministerin Cornelia Pieper anlässlich des Empfangs zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Kasachstan: 01.12.2011b. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Klima-Außenpolitik. 2012a. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Klima/Aktuelles/120116-NGO-Treffen-Klima.html> (abgerufen am 23.07.2012).

Auswärtiges Amt (AA): Beziehungen zwischen Kasachstan und Deutschland. April 2012: 2012b. <http://www.auswaertiges-amt.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Bensmann, Marcus: Repression in Kasachstan. Krank in der Freiheit. In: taz.de: 24.06.2012. <http://www.taz.de/Repression-in-Kasachstan/!95982/> (abgerufen am 26.06.2012).

Brinkmann, Peter: Gründungssitzung des BEK. „Berliner Eurasischer Klub“ soll Kontakte zu Zentralasien stärken. In: EurActiv – Das Portal für europäische Nachrichten, Hintergründe und Kommunikation: 26.04.2012. <http://www.euractiv.de> (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr: 2006. [http://merln.ndu.edu/whitepapers/Germany\\_Weissbuch\\_2006\\_oB\\_sig.pdf](http://merln.ndu.edu/whitepapers/Germany_Weissbuch_2006_oB_sig.pdf) (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): „Deutsch - Kasachische Regierungsarbeitsgruppe Wirtschaft und Handel“ erörterte die Möglichkeiten des Ausbaus der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen: 23.06.2009. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Rohstoffsicherung Deutschlands. Rede des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle anlässlich der Eröffnung des 3. BDI-Rohstoffkongresses. 26.10.2010a. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Brüderle gibt Startschuss für Deutsche Rohstoffagentur. 04.10.2010b. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Rohölimporte: April 2011: 2011. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 06.07.2012).

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi): Rohölimporte: April 2012: 2012. <http://www.bmwi.de/> (abgerufen am 06.07.2012).

Deutscher Bundestag: Die Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe: 2012a. <http://www.bundestag.de/> (abgerufen am 04.05.2012).

Deutscher Bundestag: Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik protestiert gegen die Verhaftung des kasachischen Regisseurs Bolat Atabayev: 26.06.2012b. <http://www.bundestag.de/> (abgerufen am 27.06.2012).

Deutscher Bundestag: Ausschuss für Kultur und Medien schließt sich dem Protest gegen Verhaftung Bolat Atabayevs an: 28.06.2012c. <http://www.bundestag.de/> (abgerufen am 29.06.2012).

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Die Östliche Partnerschaft als Priorität begreifen. Expertengruppe legt Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik vor: 06.02.2012a. <https://dgap.org/de/node/20482> (abgerufen am 22.07.2012).

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP): Startschuss für den Berliner Eurasischen Klub. Die EU benötigt mehr Wissen über Reintegrationstendenzen im postsowjetischen Raum: 24.04.2012b. <https://dgap.org/de/node/21125> (abgerufen am 27.04.2012).

Deutsche Welle: Werbereise für mehr Demokratie in Zentralasien: 02.11.2006a. <http://www.dw.de/dw/article/0,,2223469,00.html> (abgerufen am 27.04.2012).

Deutsche Welle: Steinmeier kündigt EU-Initiative für Zentralasien an: 04.11.2006b. <http://www.dw.de/dw/article/0,,2225184,00.html> (abgerufen am 27.04.2012).

Deutschlandfunk (DLF): Philipp Mißfelder: Interview zum Thema Rohstoffpolitik: 04.03.2012. [http://www.philipp-missfelder.de/de/Politik/Interviews/46/Philipp\\_Missfelder\\_Interview\\_zum\\_Thema\\_Rohstoffpolitik/artikel,630,1,1.html](http://www.philipp-missfelder.de/de/Politik/Interviews/46/Philipp_Missfelder_Interview_zum_Thema_Rohstoffpolitik/artikel,630,1,1.html) (abgerufen am 10.05.2012).

Die Presse: Kasachstan: Neues Aufmarschgebiet für Islamisten: 13.11.2011. <http://diepresse.com/> (abgerufen am 05.07.2012).

Epoch Times: Steinmeier mit EU-Troika nach Zentralasien: 27.03.2007. <http://www.epochtimes.de/steinmeier-mit-eu-troika-nach-zentralasien-102426.html> (abgerufen am 03.08.2012).

Erlar, Gernot: Für eine neue Partnerschaft: Die Europäische Union und Zentralasien: 2006. [http://www.gernot-erlar.de/cms/front\\_content.php?idcat=26&idart=61](http://www.gernot-erlar.de/cms/front_content.php?idcat=26&idart=61) (abgerufen am 13.06.2012).

Erlar, Gernot: Pressemitteilung. Kasachstan: Freilassung Bolat Atabayevs ermutigendes Signal. SPD-Bundtagsfraktion: 04.07.2012. <http://www.spdfraktion.de/> (abgerufen am 06.07.2012).

EU-Info: Deutsche wird EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien: 25.06.2012. <http://www.eu-info.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

EurActiv: Berliner Europa-Rede des polnischen Außenministers Sikorski: „Deutschland ist Europas unverzichtbare Nation“: 30.11.2011. <http://www.euractiv.de/> (abgerufen am 30.05.2012).

Finanzwirtschaftler: Neue Deutschland AG oder VEB Rohstoffe: Rohstoffversorgung im Blickpunkt: 15.11.2010. <http://www.finanzwirtschaftler.de/> (abgerufen am 03.08.2012).

Germany Trade & Invest (GTAI): Deutsche Technologien in Turkmenistan stärker gefragt: 02.01.2012. <http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=421146.html> (abgerufen am 27.05.2012).

Goethe-Institut: Präsident des Goethe-Instituts bestürzt über Verhaftung Atabayevs. 18.06.2012. <http://www.goethe.de/prs/prm/a012/de9502217.htm> (abgerufen am 03.08.2012).

Handelsblatt: Lange Version von Nabucco ist gescheitert: 25.05.2012. <http://www.handelsblatt.com/> (abgerufen am 26.06.2012).

Hoffmann, Kevin P.: Seltene Erden – auf nach Kasachstan. In: Tagesspiegel: 06.02.2012a. <http://www.tagesspiegel.de/> (abgerufen am 09.07.2012).

Institut für seltene Erden und Metalle (ISE): Seltene Erden und Metalle: 2012. <http://institut-seltene-erden.org/seltene-erden-und-metalle/> (abgerufen am 09.07.2012).

Inverardi, Matthias / Rinke, Andreas: Wie Deutschland seine Rohstoffversorgung sichert. In: Welt Online: 25.09.2011. <http://www.welt.de/> (abgerufen am 29.09.2011).

Kazakh.net: Kazakhstan and Germany strengthen their economic relations: 27.09.2011. <http://www.kazakh.net/kazakhstan-and-germany-strengthen-their-economic-relations-t134.html> (abgerufen am 03.08.2012).

OECD: Aid Statistics, Recipient Aid at a glance: 2010. [http://www.oecd.org/document/40/0,3746,en\\_2649\\_34447\\_50445160\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/40/0,3746,en_2649_34447_50445160_1_1_1_1,00.html) (abgerufen am 17.06.2012).

President of the Republic of Kazakhstan: Security Council of the Republic of Kazakhstan: 2012. [http://www.akorda.kz/en/the\\_administration\\_of\\_the\\_president/presidential\\_councils/\\_security\\_council](http://www.akorda.kz/en/the_administration_of_the_president/presidential_councils/_security_council) (abgerufen am 05.07.2012).

Rohstoff: Deutsche Rohstoff AG: 2012. [www.rohstoff.de](http://www.rohstoff.de) (abgerufen am 03.08.2012).

Saidzimova, Gulnoza: Kazakhstan: Opposition Blames Regime For Sarsenbaev's Death. In: Eurasianet. org: 14.02.2006. <http://www.eurasianet.org/> (abgerufen am 05.07.2012).

Schmitz, Andrea: Merkel und Westerwelle besuchen Zentralasien: 15.07.2010. <http://www.dw.de/dw/article/0,,5795149,00.html> (abgerufen am 03.08.2012).

Welt Online: Grüne kritisieren Festnahme von Regisseur in Kasachstan: 22.06.2012. <http://www.welt.de/> (abgerufen am 23.06.2012).

Wirtschaftslexikon: Definition Hermes-Bürgschaft: 2012a. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de> (abgerufen am 05.08.2012).

Wirtschaftslexikon: Definition Joint Venture: 2012b. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de> (abgerufen am 05.08.2012).





Zeit Online: Kampf um Chinas Rohstoffe eskaliert: 13.03.2012. <http://www.zeit.de/> (abgerufen am 09.07.2012).

## 6.2 Karte



Quelle: PJB 2006 (CC BY-SA 2.0)

## 6.3 Die zentralasiatischen Staaten – eine Übersicht

Kasachstan	Kirgisistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
				
<b>Hauptstadt</b>				
Astana (seit 1997)	Bischkek	Duschanbe	Aschchabad	Taschkent
<b>Fläche</b>				
2.724.900 km <sup>2</sup> (ca. 7 mal so groß wie D.)	199.900 km <sup>2</sup>	143.100 km <sup>2</sup>	488.100 km <sup>2</sup>	447.400 km <sup>2</sup>
<b>Bevölkerung</b>				
16,2 Mio. (2009)	5,5 Mio. (2010)	7,5 Mio. (2010)	4,9 Mio. (2010)	28,1 Mio. (2011)

Bevölkerungsdichte				
5,6/km <sup>2</sup>	26/km <sup>2</sup>	46/km <sup>2</sup>	9,9/km <sup>2</sup>	59/km <sup>2</sup>
Bevölkerungswachstum				
0,9% (2005)	1,0%	1,2%	1,4%	1,2%
Lebenserwartung				
66,9	68,5	64,5	61,3	65
Ethnien				
57,5% Kasachen, 27% Russen	64,9% Kirgisen, 13,8% Usbeken, 12,5% Russen	80% Tadschiken, 15,3% Usbeken	73,3% Turkmenen, 9,8% Russen, 9% Usbeken	73,7% Usbeken, 5,5% Russen, 4,2% Kasachen
Sprachen				
Kasachisch, Russisch	Kirgisisch, Russisch	Tadschikisch, Russisch	Turkmenisch, Russisch	Usbekisch, Russisch
Religionen				
65% Muslime (v. a. Sunniten), 35% Christen (v. a. russisch-orthodox)	75% Muslime (v. a. Sunniten), 20% Christen (v. a. russisch-orthodox)	80% Sunniten, 5% Schiiten und Ismailiten	90% Muslime (Sunniten), 10% Christen (russisch-orthodox)	90% Muslime (Sunniten), Christen (russisch-orthodox), Juden
Staatsform				
Präsidentialrepublik	Präsidentialrepublik	Präsidentialrepublik	Präsidentialrepublik	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt				
Nasarbajew (*1940)	Atambajew (*1956)	Rahmon (*1952)	Berdimuhamedow (*1957)	Karimov (* 1938)
Internationale Mitgliedschaften				
OSZE, UN, EAPR, IWF, Weltbank, ADB, GUS, IOM, SCO, ECO, OIC, EurasEC, CAREC, SPECA etc.	OSZE, UN, EAPR, IWF, Weltbank, ADB, GUS, IOM, SCO, ECO, OIC, EurasEC, CAREC, SPECA, WTO etc.	OSZE, UN, EAPR, IWF, Weltbank, ADB, GUS, IOM, SCO, ECO, OIC, EurasEC, CAREC, SPECA, ADB etc.	OSZE, UN, EAPR, IWF, Weltbank, ADB, GUS, SCO, ECO, OIC, SPECA, Bewegung der Blockfreien Staaten etc.	OSZE, UN, EAPR, IWF, Weltbank, ADB, GUS, SCO, ECO, OIC, EurasEC, CAREC, SPECA, Bewegung der Blockfreien Staaten etc.



<b>BIP gesamt</b>				
77.300 Mio. USD	2.441 Mio. USD	2.312 Mio. USD	8.067 Mio. USD	13.950 Mio. USD
<b>BIP pro Kopf</b>				
5.020 USD	474 USD	354 USD	1.670 USD	537 USD
<b>Natürliche Ressourcen</b>				
Erdöl, Erdgas, Kohle, Eisenerz, Mangan, Chrom, Nickel, Kobalt, Kupfer, Zink, Gold, Uran etc.	Wasserkraft, Gold, Kohle, Blei, Zink	Wasserkraft, Erdöl, Uran, Quecksilber, Braunkohle, Blei, Zink, Anti- mon, Wolfram etc.	Erdöl, Erdgas, Schwefel, Salz	Erdgas, Erdöl, Kohle, Gold, Uran, Silber, Kupfer, Blei, Zink, Wolfram, etc.
<b>Gemeinsamkeiten</b>				
Politisches System	autoritär; starke Präsidenten; exekutive Machtkonzentration; personalisierte Herrschaft; dynastisch bis sultanistisch; Dominanz einer Partei; Korruption; Durchdringung formaler mit informellen Herrschaftslogiken (Neopatrimonialismus); Kontinuität sowjetischer, patrimonial-klientelistischer Herrschaftsmuster auch nach 1991			
Gesellschaft	traditionelle Stammes- und Klanstrukturen; Gleichzeitigkeit von Nationenbildung und Systemwechsel; Konstruktion einer nationalen Identität und Geschichtsschreibung nach 1991			
Wirtschaft	Monopolisierung der wirtschaftlichen Ressourcen; ungleichmäßige Verteilung des Reichtums; steigende Armut und soziale Ungleichheit in der Gesellschaft			

Quellen: Sapper/Weichsel/Huterer 2007; Pradetto 2012

## 6.4 Zeittafel

<b>Jahr / Monat</b>	<b>Ereignis</b>
<b>1991</b>	
Dezember	Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
Dezember	Völkerrechtliche Anerkennung KAZ, TUR und UZB
<b>1992</b>	
Januar	Völkerrechtliche Anerkennung KGZ und TJK
Januar	Aufnahme der GUS-Staaten in die KSZE

März	Beschluss der Bundesregierung zum Gesamtkonzept der Beratungshilfe beim Aufbau von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in den GUS-Staaten
bis März	Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den fünf zentralasiatischen Staaten durch Deutschland
Mai	Eröffnung des ersten Ausbildungslehrgangs des AA für junge Diplomaten aus den GUS-Staaten in Berlin
Mai	Eröffnung der deutschen Botschaft in Taschkent (UZB)
September	Abschluss eines allgemeinen, wirtschaftlichen Kooperationsvertrages sowie eines Investitionsförderungs- und Investitionsschutzvertrages zwischen Deutschland und Kasachstan
September	Eröffnung der deutschen Botschaft in Bischkek (KGZ)
Oktober	Eröffnung der deutschen Botschaft in Almaty (KAZ)
seit 1992	Vermittlung deutscher Lehrer an herausgehobene Schulen in KAZ durch das ZfA
<b>1993</b>	
	Eröffnung eines Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Almaty (KAZ)
Juni	Eröffnung der deutschen Botschaft in Duschanbe (TJK)
November	Eröffnung der deutschen Botschaft in Aschgabat (TUR)
<b>1994</b>	
	Bilaterales Kulturabkommen mit KAZ unterzeichnet
	Eröffnung Goethe-Institut in Almaty (KAZ)
	Eröffnung eines Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bischkek (KGZ)
	GTZ nimmt Tätigkeit in KAZ auf
	Eröffnung einer Repräsentanz des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) in KAZ
	Gründung der Deutsch-Usbekischen Gesellschaft
<b>1995</b>	
	Deutsch-kasachisches Investitionsschutzabkommen
	Gründung des Deutschen Wirtschaftsklubs in KAZ
April	Konstituierung der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe
April	Zentralasienreise von Bundespräsident Herzog (KAZ, UZB)
November	Kirgisistanreise von Außenminister Kinkel
<b>1996</b>	
Mai	Zentralasienreise von Außenminister Kinkel (KAZ, UZB)
Herbst	Deutschland präsentiert sich im Rahmen deutscher Kulturwochen in allen fünf zentralasiatischen Staaten

<b>1997</b>	
	Eröffnung eines Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Taschkent (UZB)
	Doppelbesteuerungsabkommen mit KAZ
	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan über die Entsendung von deutschen Lehrern an Schulen in der Republik Kasachstan
	Investitionsförderverträge mit KGZ und TUR
April	Gründung der Deutsch-Kasachischen Gesellschaft
Mai	Kurzbesuch des Bundeskanzlers Kohl in KAZ
August	Zentralasienreise des Wirtschaftsministers Rexrodt (TUR, KGZ, UZB, KAZ)
August	Unterzeichnung eines deutsch-turkmenischen Kulturabkommens
<b>1998</b>	
Jan./Feb.	Kirgisistanreise von Bundespräsident Herzog
	Eröffnung Goethe-Institut in Taschkent (UZB)
<b>1999</b>	
	Gründung des Deutschen Wirtschaftsklubs in UZB
	Gründung Deutsch-Kasachische Universität in Almaty (KAZ)
<b>2001</b>	
Januar	Gründung der Deutsch-Tadschikischen Gesellschaft
Mai	Zentralasienreise von Außenminister Fischer
Dezember	Zentralasienkonzept des BMZ
<b>2002</b>	
Februar	Usbekistanreise von Außenminister Fischer
Februar	Usbekistanreise von Verteidigungsminister Scharping
März	Zentralasienkonzept der Bundesregierung
Mai	Usbekistanreise von Bundeskanzler Schröder
Juli	Usbekistanreise von Verteidigungsminister Struck
Juli	Zentralasienreise einer Wirtschaftsdelegation unter Staatssekretär Gerlach (BMW i)
November	Usbekistanreise von Außenminister Fischer
<b>2003</b>	
Dezember	Kasachstanreise von Bundeskanzler Schröder
Dezember	Vereinbarung zwischen dem BMW i und dem Ministerium für Industrie und Handel der Republik Kasachstan über Grundsätze zur Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit

<b>2004</b>	
April	Usbekistanbesuch von Außenminister Fischer
<b>2005</b>	
	Zentralasienkonzept des BMZ
April	Usbekistanbesuch von Verteidigungsminister Struck
<b>2006</b>	
Okt./Nov.	Zentralasienreise von Außenminister Steinmeier
<b>2007</b>	
Februar	Usbekistanbesuch von Verteidigungsminister Jung
März	Zentralasienreise der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe (KGZ, TJK)
März	Kasachstanreise einer EU-Troika unter deutscher Führung
Mai	EU-Zentralasienstrategie unter deutscher Ratspräsidentschaft
Oktober	Kasachstanreise von Wirtschaftsminister Glos
November	Konferenz „Zentralasien und Europa: Eine neue Wirtschaftspartnerschaft für das 21. Jh.“ in Berlin
November	Eröffnung eines Generalkonsulats in Almaty, Umzug der Botschaft nach Astana (KAZ)
	Gründung der Deutsch-Kasachischen Regierungsarbeitsgruppe Wirtschaft und Handel
<b>2008</b>	
Januar	Deutsch-kasachisches Regierungsabkommen über den Transit von militärischer Fracht und Personal durch Territorium und Luftraum Kasachstans. Deutschland nutzt dies zur Versorgung seiner Truppen in Afghanistan.
Februar	Zentralasienreise einer Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Wirtschaftsminister Glos (TUR, UZB)
Juni	Zentralasienreise der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe (UZB, TUR)
September	Usbekistanbesuch von Verteidigungsminister Jung
September	Kasachstanreise von Bundespräsident Köhler
September	Gemeinsame Erklärung über eine Partnerschaft für die Zukunft, über die Deutsch-kasachische Universität (DKU) und über eine Investitions- und Innovationspartnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan
September	Konferenz „EU-Zentralasien-Forum zu Sicherheitsfragen“

	DHK-Repräsentanz in Kasachstan wird zu einem Delegiertenbüro der deutschen Wirtschaft in Zentralasien aufgewertet
	Gründung Deutsch-Turkmenisches Forum
<b>2009</b>	
ganzjährig	Kasachstanjahr in Deutschland
November	Zentralasienreise einer deutschen Wirtschaftsdelegation unter Leitung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (KAZ, TUR, UZB)
	Gründung des Deutsch-Kirgisischen Kulturvereins
<b>2010</b>	
ganzjährig	Deutschlandjahr in Kasachstan
Februar	Kasachstanreise von Staatsministerin Pieper (AA)
April	Usbekistanreise von Verteidigungsminister zu Guttenberg
Juli	Zentralasienreise von Außenminister Westerwelle (UZB, KGZ, KAZ)
Juli	Kasachstanreise von Bundeskanzlerin Merkel
Juli	Memorandum über die Schaffung eines Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsrates für strategische Zusammenarbeit
September	Vier-Augen-Gespräch zw. Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Berdimuhamedow (TUR)
Oktober	Eröffnung eines deutschen Honorarkonsulats in Atyrau (KAZ)
Oktober	1. Tag der deutschen Wirtschaft in Usbekistan
Dezember	OSZE-Gipfel in Astana & bilaterale Gespräche zw. Merkel & Nasarbajew (KAZ) sowie Merkel & Berdimuhamedow (TUR)
<b>2011</b>	
Mai	Abkommen über eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des Berliner Kasachisch-Deutschen Wirtschaftsforums
Mai	Usbekistanbesuch von Staatssekretär Kossendey (BMVg)
Juni	Zentralasienreise einer Delegation des Deutschen Bundestages (Teilnehmer u. a. Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe, Michael Glos) (TJK, KAZ)
September	13. Tag der deutschen Wirtschaft in Kasachstan (seit 1998)
Oktober	2. Tag der deutschen Wirtschaft in Usbekistan
November	Turkmenistanreise des Außenministers Westerwelle
November	1. Tag der deutschen Wirtschaft in Turkmenistan

2012	
Februar	Abkommen zwischen der Regierung der BRD und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich (Rohstoffpartnerschaft)
Februar	Gründung „Berliner Eurasischer Klub“
März	Usbekistanreise von Verteidigungsminister de Maizière
März	Konferenz „Wasserdiplomatie in Zentralasien“ im Auswärtigen Amt
September	14. Tag der deutschen Wirtschaft in Kasachstan (Almaty)
	Deutscher Wirtschaftsclub in Kasachstan wird zum „Verband der Deutschen Wirtschaft in Kasachstan“

Quellen: u. a. AA 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998; DWK UZB 2011; DWK KAZ 2012

## 6.5 Auszüge aus wichtigen Dokumenten

Auszüge aus „Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft“ (EU Rat 2007: 7 ff.)

„V. Ein verstärktes EU-Konzept [...]

- [1] Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratisierung [...]
- [2] In die Zukunft investieren: Jugend und Bildung [...]
- [3] Förderung von Wirtschaftsentwicklung, Handel und Investitionen [...]
- [4] Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen [...]
- [5] Umweltverträglichkeit und Wasser [...]
- [6] Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen [...]
- [7] Brücken bauen: Der interkulturelle Dialog [...].“

Auszüge aus dem „Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kasachstan über Partnerschaft im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich“ (Bundesregierung 2012b: 4 ff.)

„[...] **Artikel 2** Ziele und Schwerpunkte der Zusammenarbeit [...]

- (3) Die Vertragsparteien vereinbaren folgende Schwerpunkte für eine nachhaltige Zusammenarbeit:
  - a) Erkundung, Erschließung, Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Rohstoffen,

- b) Schaffung und Ausbau der technischen Infrastruktur,
- c) Verbesserung der Rohstoff- und Ressourceneffizienz,
- d) Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung,
- e) Aufbau von Industrieclustern einschließlich der Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und
- f) Verbesserung des Investitions- und Innovationsklimas. [...]

#### **Artikel 6** Leistungen und Pflichten der Vertragsparteien [...]

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt unter anderen folgende Maßnahmen zur Förderung der Republik Kasachstan bereit:

- Fortbildungsprogramm für Führungskräfte der Wirtschaft,
- Unterstützung der Unternehmen bei der Kontaktabahnung,
- Erstellung eines Investorenhandbuches durch Untersuchung und Bewertung der Rohstoffpotentiale in Halden beziehungsweise von Haldenmaterial,
- Beratung zu Ressourcen- und Energieeffizienz,
- Beratung bei der Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung,
- Beratung beim Aufbau von Industrieclustern einschließlich der Einbindung von Forschungsinstituten,
- Beratung bei der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten beider Länder und
- Beratung zur Förderung von Investitionen und Innovationen sowie des Transfers von Spitzentechnologie.“

## 6.6 Statistiken

**Tabelle 1:** Anteil an den gesicherten Erdöl- und Erdgasreserven weltweit in Zentralasien

	Anteil in % an den gesicherten Erdölreserven weltweit					Anteil in % an den gesicherten Erdgasreserven weltweit				
	1999	2001	2003	2005	2007	1999	2001	2003	2005	2007
Kasachstan	2,30	3,50	3,28	3,26	3,22	1,12	1,00	1,02	1,09	1,07
Turkmenistan	0,05	0,05	0,05	0,04	0,05	1,12	1,00	1,02	1,09	1,07
Usbekistan	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	1,07	1,00	1,00	0,99	0,98

Quelle: Urdze 2010: 188 f.

**Tabelle 2:** Deutsche EZ-Mittel für Zentralasien im internationalen Vergleich

	EZ in Mio. USD <b>2007/2008</b>	EZ in Mio. USD <b>2009/2010</b>	Position unter den bi- und multilateralen Gebern
Kasachstan	38	17	4 (nach USA, Türkei, Japan)
Kirgisistan	23	25	6/7 (nach Türkei, USA; IDA, AsDF, EU)
Tadschikistan	17	30	5/7 (nach USA, AsDF, IDA, EU, IWF, Japan)
Turkmenistan	1,3	2	6 (nach Türkei, USA; EU, OFID, UNDP)
Usbekistan	26	33	2 (nach Japan)

Quellen: Gotkowska 2010: 52; OECD 2012

## 6.7 Liste der Interviewpartner

Name	Position	Institution	Interview
Matthias Dornfeldt	Dozent für Energiepolitik	<i>Berlin Centre for Caspian Regional Studies</i> , Forschungszentrum für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin	08. Mai 2012, 10–11 Uhr, in Potsdam
Markus Tschan	Amtsrat, Referat 207 Südkaukasus und Zentralasien, Politische Abteilung	Auswärtiges Amt, Berlin	22. Mai 2012, 15–17 Uhr, im AA
Gerd Benke	Referent für Kasachstan, Referat 207 Südkaukasus und Zentralasien	Auswärtiges Amt, Berlin	22. Mai 2012, 15–17 Uhr, im AA



# Welt Trends *Thesis*

## Publikation von Abschlussarbeiten

**Seit zwei Jahrzehnten** betreuen wir akademische Veröffentlichungen. Seit fünf Jahren publizieren wir in der Reihe **WeltTrends Thesis** studentische Abschlussarbeiten (Magister-, Diplom- und Masterarbeiten) mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen und vergleichende Länderstudien in ansprechender Form.

**Unser Angebot:** WeltTrends übernimmt Korrektorat, Satz und Werbung. Der Universitätsverlag Potsdam realisiert die Buchpublikation, die Online-Veröffentlichung auf dem zertifizierten Publikationsserver der Universität Potsdam sowie den Nachweis in den relevanten bibliografischen Datenbanken und Bibliothekskatalogen. Sie erhalten zehn Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

**Die Kosten** liegen für Sie deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten. Die konkreten Konditionen, z. B. mit Farbfotos oder in englischer Sprache, werden nach Vorlage des Manuskripts abgesprochen.

### **Bisher erschienen:**

- 1 | Kolleck: FTAA/ALCA – Von Alaska bis Feuerland?
- 2 | Die „dritte Generation“ – „Trzecie pokolenie“
- 3 | Kube: Immigration und Arbeitskämpfe in den USA
- 4 | Krämer: Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage
- 5 | Bar: Wasserkonflikte in Zentralasien
- 6 | Iro: UN Peacebuilding Commission in Sierra Leone
- 7 | Dittrich: Die FDP und die deutsche Außenpolitik
- 8 | Chinalski: Regional Governance in der Oder-Partnerschaft
- 9 | Kolanoski: Die Entsendung der Bundeswehr ins Ausland
- 10 | Kaltschew: Das politische System Kenias
- 11 | Wernert: Die Rolle der Afrikanischen Union
- 12 | Klein: Rechtspopulistische Parteien in Regierungsbildungsprozessen
- 13 | Vogt: Strategische Aspekte deutscher Weltraumsicherheitspolitik
- 14 | Wagener: Der EU-Verfassungsvertrag und die Positionen linker Parteien
- 15 | Kasper: EU-Nachbarschaftspolitik als Instrument der Demokratieförderung
- 16 | Schumacher: Free Trade and Absolute and Comparative Advantage
- 17 | Kersten: Soft Power und Militär
- 18 | Becker / Kopp: Zivilgesellschaft und Dezentralisierung in Kamerun

---

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Jochen Franzke 0331 / 977 3414 (j.franzke@welttrends.de)

Büro WeltTrends 0331 / 721 20 35 (verlag@welttrends.de)

www.welttrends.de

# Wissenschaft griffbereit!

**UNIVERSITÄTSVERLAG POTSDAM**

Seit 1998 der Wissenschaftsverlag  
an der Universität Potsdam.

online – print – hybrid – multimedial

... über 400 Autoren von A bis Z

Im Webshop können 460 lieferbare  
gedruckte Titel bestellt werden. Auf dem  
zertifizierten Publikationsserver sind fast  
6000 Online-Dokumente im Open Access  
zum kostenfreien Download verfügbar.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>



**UNIVERSITÄTSVERLAG POTSDAM**

Universitätsbibliothek Potsdam  
Abt. Publikationen  
Am Neuen Palais 10  
14469 Potsdam

Telefon +49 331 977-2533  
Telefax +49 331 977-2292



Seit 1990 ist die vereinte, wieder souveräne Bundesrepublik Deutschland auf der Suche nach ihrer Rolle in der Welt. Auch die akademische Debatte um die Orientierung deutscher Außenpolitik und die ihr zugrundeliegenden Interessen hält seitdem an. In welchem Verhältnis stehen Normen und Werte einerseits und pragmatische, meist wirtschaftliche Interessen andererseits zueinander? Wie verhält sich die deutsche Außenpolitik zur europäischen? Beeinflusst oder dominiert die deutsche Position gar die europäische? Am Beispiel der deutschen Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan werden diese Fragen diskutiert.

**Welt  Trends**

ISSN 1866-0738  
ISBN 978-3-86956-286-5